ATZE

Januar 1992

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 14



Liebe Leserinnen, Liebe Leser,

mit diesem Heft legen wir erstmals eine ATZE mit vierzig Seiten Umfang vor. Das liegt vor allem daran, daß es eine Vielzahl interessanter Themen gibt, über die zu berichten und zu diskutieren es sich lohnt. Im ersten Themenblock gibt es Informationen und Einschätzungen zum Kampf der Flüchtlinge in der Norderstedter Shalom-Kirchengemeinde. Mit einigen von ihnen führten wir ein Interview. Noch einmal vielen Dank an sie und die ÜbersetzerInnen! Die Kandidatur faschistischer Parteien zu den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen Anfang April ist ein zweiter Schwerpunkt unserer Berichterstattung. Als Ergänzung findet ihr verschiedene Infos über die Aktivitäten rechts außen im hohen Norden. Zur festen Einrichtung haben wir übrigens die Rubrik *Schon gehört?* gemacht.
Angesichts des breiten Themenangebots (u.a. 50 Jahre Wannsee-Konferenz, Internationales, ...) sind wir sicher, daß für jede/n etwas Interessantes dabei ist. Leider erscheint die Fortsetzung des Artikels zum rassistischen Feminismus erst in der ATZE 15.
Diese 40 Seiten sind auch deshalb finanzierbar, weil unsere Fete am 9. November letzten Jahres ein voller Erfolg war. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an all jene, die dieses Fest unterstützt haben.
Eine kleine Bitte zum Schluß: wir finden es sehr ermutigend und erfreulich, daß die ATZE zunehmend von den verschiedenen antifaschistisch tätigen Gruppen und Personen in Kiel genutzt wird - sei es durch Weiterverkauf oder Artikelzusendung. Solltet ihr zu euren Artikeln auch ein paar gestalterische Ideen haben, wäre es vorteilhaft, wenn ihr sie uns mitteilt.
Und ganz zum Schluß noch einmal die Bitte: Abonniert dieses Blatt, empfehlt es weiter. 4 Ausgaben für 15 DM auf untenstehendes Konto.

Eure ATZE-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel 1
Auflage: 800
Nr. 14, Februar/März 1992
V.i.S.d.P.: W. Petersen

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20

Inhaltsverzeichnis:

Interview mit Flüchtlingen in Norderstedt

Das folgende Interview entstand am 19.1.1992; zunächst beteiligten sich fünf, später zehn männliche Flüchtlinge. Sie kommen aus Kurdistan, Zaire, Algerien, Bulgarien und Kosovo. Die Flüchtlinge bestanden aus verständlichen Gründen darauf, daß ihre echten Namen nicht erwähnt werden. Sie sind alle bedroht, sowohl durch die hiesigen Behörden, die nur nach „Rädelsführern" suchen, als auch durch die Behörden der Länder, aus denen sie geflohen sind.

? Wie geht es euch körperlich und psychisch nach dieser langen Zeit, die ihr nun schon hier bzw. vorher in Neumünster verbracht habt?

Z: Die Situation ist psychisch sehr schwer. Früher war der Druck gegen uns von den Behörden, jetzt kommt er von der Kirche. Das geht so nicht weiter.

B: Ich teile die Meinung von **Z**, daß wir zunächst den Kampf gegen die Regierung hier geführt haben, und in letzter Zeit nur noch mit der Kirche. Wir sind müde und erschöpft.

M: Während der fünfmonatigen Aktion waren wir unter starkem psychologischen Druck. Drohungen bzgl. einer Räumung, einer Beschleunigung der Asylverfahren und einer Deportation gab es während des Widerstandes sehr oft. Aber unsere Leiden sind nicht größer als die, denen wir in der Ex-DDR ausgesetzt wären.

? Wieviele Flüchtlinge befinden sich noch hier?

M: 24 sind in die Ex-DDR zurückgekehrt. Vier sind wieder hierher zurückgekommen. 2 von ihnen wurden zurückgewiesen, als sie in die Ex-DDR zurückkehrten. 2 wurden, nachdem sie in Schwerin angekommen waren, sofort wieder angegriffen. Danach kehrten sie zu uns zurück.

B: Ein paar haben die BRD verlassen. Die übrigen leben einzeln illegal in Schleswig Holstein und Hamburg.

M: Die Flüchtlinge die aus der Ex-DDR zurückgekommen sind, haben erzählt, daß sie tagsüber nicht raus gehen können, und daß die Situation unerträglich ist. Viele Flüchtlinge dort, wollen aus der Ex-DDR abhauen.

Z: In der Ex-DDR kann man kein normales Leben führen. Ich war ein paar Stunden in der Ex-DDR und bin sofort überfallen worden.

K: Kein Flüchtling ist von hier freiwillig in die Ex-DDR zurückgefahren, sie sind gezwungen worden, konnten den Druck hier nicht mehr aushalten.

? Ihr habt gesagt, 2 Flüchtlinge die nach Greifswald zurückgekehrt sind, wurden dort nicht aufgenommen. Könnt ihr uns dazu etwas Genaueres sagen?

B: Die Revolte *(die Kirchenbesetzung)* an der sie ja beteiligt waren, wurde als gegen die Unterbringung gerichtet gesehen. Deshalb sind sie in der Ex-DDR *(Greifswald)* nicht aufgenommen worden.

Z: Einer der beiden war hier sehr aktiv. Sie wurden gegen über den Ex-DDR-Behörden als Wortführer denunziert, und deshalb dort nicht aufgenommen. Die Namen von aktiven Flüchtlingen werden nach Mecklenburg Vorpommern weitergegeben.

(Einer der beiden, der inzwischen nach Norderstedt zurückgekommen ist, setzt sich dazu)

A: Als wir nach Greifswald kamen, wurden wir in einer Wohnung untergebracht, ein Zimmer, in dem die Eltern und zwei Kinder wohnten. Uns wurde gesagt, daß eventuell später Zimmer frei werden. Aber wir sahen, daß dort Zimmer frei waren. Der Heimleiter sagte, wir müssten in dem Zimmer mit der Familie bleiben. Wir durften auch nicht fernsehen. Das Problem war aber: wir sind Albaner aus Kosovo *(geflohen wegen dem dort herrschenden Konflikt mit der Serbischen Regierung)* und die Familie sind Serben. Am nächsten Tag hat man uns die Ausweise weggenommen. Wir fuhren nach Schwerin. Auf der Rückfahrt sagte man uns, daß die Behörde mit uns Schwierigkeiten hat. Der Mensch von der Behörde sagte uns, daß wir dem Pastor und dem Kirchenvorstand *(in Norderstedt)* nicht von unserer Rückkehr Bescheid gesagt haben, was wir allerdings getan hatten, und daß deshalb die Behörde mit uns Schwierigkeiten hat. Der Pastor *(Frenz)* hatte uns gesagt, daß er den Staatssekretär informiert hat. Der Heimleiter sprach am nächsten Tag mit der Behörde. Der Verantwortliche sagte, wir müssten entweder bei der Familie bleiben, oder sehen wo wir hin wollen. Am nächsten Tag beschlossen wir nach Norderstedt zu fahren. Dort sprachen wir mit Pastor Frenz. Fragten, warum er uns falsche Informationen gegeben hatte. Er sagte so ungefähr: jetzt reichts. Was für Luxus wollt ihr denn haben?



Rückkehr aus Greifswald

Warum hat euch das bei der Familie nicht gereicht?

M: Ich beschreibe jetzt mal die Situation in Utecht, wo einige der in die Ex-DDR Zurückgekehrten jetzt sind. Das Heim der Asylsuchenden liegt ca. 4 km von der nächsten Bushaltestelle entfernt, von der man zum nächsten Einkaufszentrum, wo man alles kriegen kann, - das ist in Lübeck - kommt. Also muß man vier Kilometer zu Fuß gehen, um den Bus benutzen zu können. Nur wenn man nach Lübeck kommt, kann man irgendetwas einkaufen. Aber nach Lübeck zu fahren ist den Flüchtlingen nicht erlaubt, weil es in Schleswig-Holstein liegt. Wir dürfen die Kreisgrenze ja nicht überschreiten Aber viele Flüchtlinge überqueren die Grenze jeden Tag und riskieren dabei Ärger mit der Polizei, weil sie sonst zum Einkaufen 40 km nach Gadebusch in Mecklenburg-Vorpommern fahren müssten. Das ist der gesetzestreue Weg wie Flüchtlinge leben - zu totaler Isolation verurteilt. Es gibt dort keine Übersetzer. Die Flüchtlinge müssen sich auf ihre eigenen Möglichkeiten verlassen und verständigen sich mit Händen und Füßen.

Z: In Schwerin waren wir zu zweit in einem sehr kleinen Zimmer ohne Licht.

M: Letzte Woche bin ich nach Mecklenburg-Vorpommern gefahren, nach Utecht und Schwerin, um die Situation dort zu beurteilen. Das Heim liegt in völliger Isolation in einem Dorf außerhalb Schwerins. Am Eingang steht eine Informationstafel. Das einzige, was daran hing, war ein Flugblatt, auf dem stand, wie die Flüchtlinge ihre Asylanträge zurücknehmen können und wie sie in ihre Heimatländer zurückkehren können. Das war in mehreren Sprachen zu lesen. Ansonsten gibt es keinen Übersetzer, keine Sprachkurse. Es gab keine Informationen über das Asylverfahren und keine Anwälte, die sich mit den neuen Ausländergesetzen auskennen. Es gab keine Möglichkeit, Kontakt zu den Nachbarn zu bekommen oder am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie hatten noch keine Winterbekleidung erhalten. Sie bekommen nur 70 DM im Monat. Sie haben keine Möglichkeit, ihre eigenen Mahlzeiten zu kochen. All diese Flüchtlinge fühlen sich verzweifelt, hilflos und psychisch niedergeschlagen. Obwohl auch ich ein Flüchtling bin, fragten sie mich viele Fragen über ihre Zukunft und das Asylverfahren. Ihre Augen waren voll Tränen, als sie von ihren Problemen erzählten. Sie überlegen wie sie aus Deutschland fliehen können. Es war eine totale Isolation. Man kann die wahren Auswirkungen der staatlichen Flüchtlingspolitik in diesem Flüchtlingswohnheim wie in vielen anderen Flüchtlingsunterkünften in der Ex-DDR beobachten. Wenn ich diese Situation mit unserem illegalen Leben in der Kirche in Norderstedt vergleiche, ist es hier sehr gut. Wir haben Übersetzer, Sprachkurse, gute Anwälte, Kontakt mit der Gesellschaft, Informationsfluß über Asylfälle und viele Menschen, die Solidarität mit uns zeigen.



Nach dem Angriff auf das Wohnheim

? Wie beurteilt ihr die Wirkungen der Besetzungen?

Z: Was ich sehe ist, daß die Öffentlichkeit hier gar nicht sieht, worum es uns geht. Ich verurteile das, was die Kirche macht. Sie müsste humanitäre Hilfe anbieten und auf unserer Seite eingreifen. Sie helfen uns nicht, sondern unterstützen die Regierung. Das finde ich nicht normal.

M: Wenn wir nicht in Neumünster gemeinsam mit der Aktion angefangen hätten, wären wir bestimmt einzeln und heimlich aus der Ex-DDR zurückgekehrt. Wir haben mit der Aktion bekannt gemacht wie die Situation dort ist. Viele kehren einzeln zurück. Mit der Aktion haben wir ein Signal gesetzt, aufmerksam darauf gemacht, daß es hier ein Problem gibt. In der ersten Zeit war die Aktion für die Öffentlichkeit und die Presse interessant. Als sie merkten, daß dies eine Auseinandersetzung mit dem Staat ist, ist die Unterstützung geringer geworden. Ich habe gelernt, daß für die Presse Dinge nur kurzfristig interessant sind. Dann wird das Thema gewechselt, damit die Leute ständig mit anderen Sachen konfrontiert werden.

? Wie beurteilt ihr die Aktivitäten der UnterstützerInnen?

M: Ohne die die Aktivitäten der UnterstützerInnen wäre die Aktion nicht bundesweit bekannt geworden.

J: Die Briefe und persönliche Unterstützung von einzelnen und Gruppen haben uns sehr viel geholfen.

M: Ohne die Unterstützung, die wir hier in der Kirche erhalten haben, hätten wir das aus eigenen Kräften nicht geschafft. Solidarität und Unterstützung sind der größte Unterschied zwischen der Ex-DDR und Schleswig-Holstein.

Z: Was die politische Lösung betrifft, ist wohl etwas bewegt worden, aber es gibt noch keine Lösung. Sie haben sich auf unsere Vorschläge nicht eingelassen.

M: Man hat unsere Situation immer noch nicht verstanden, wie die Faschisten und die Staatspolitik zusammen-

arbeiten. Wir wollen zeigen, daß die Verantwortlichen das Problem nicht wirklich lösen wollen. Es ist ein politisches Problem und es sollte auch eine politische Lösung geben. Der Unterstützerkreis ist immer noch sehr eng. Nur die Linken haben begriffen, wie die Staatspolitik läuft. Viele normale Menschen wollen das nicht sehen. Deshalb wird uns auch vorgeworfen, wir wollen andere politische Forderungen durchsetzen. Das wird gemacht, damit die normalen Menschen die Zusammenhänge nicht sehen.

? Glaubt ihr, es ist richtig, dauerhaft eure individuellen Forderungen, nicht in die ehemalige Ex-DDR zurückkehren zu müssen, mit allgemeinpolitischen Forderungen, z.B. nach offenen Grenzen oder einem Bleiberecht für alle zu verbinden, obwohl solche Forderungen im Moment offensichtlich nicht durchzusetzen sind?

M: Diese Diskussionen, „Bleiberecht für alle" und „offene Grenzen", und die Forderungen laufen seit Jahren. Für diese Forderungen wird seit Jahren in Gruppen, Initiativen, Kreisen etc. gearbeitet. Das sind ideelle Forderungen. Für uns sind das Problem im Moment nicht die allgemeinen Forderungen. Wir fordern jetzt konkrete Lösungen für unsere Situation. Normale Bürger lehnen alles, was in Richtung dieser Forderungen läuft, ab. Das soll man fordern, aber nicht mit der Aktion hier vermischen.

(Zustimmung von **Z**)

? Wie ist momentan euer Verhältnis zur Kirche hier vor Ort?

Z: Der Kirchenvorstand steht uns konträr gegenüber. Es gibt einige Einzelne, die auf unserer Seite stehen. Allgemein ist das Verhältnis schlecht. Durch den Druck von der Regierung müssen sie sich selbstverständlich gegen uns wenden.

? Wie ist euer Verhältnis zu den UnterstützerInnen hier? Habt ihr das Gefühl, die UnterstützerInnen fungieren mehr als euer Sprachrohr, oder verfolgen sie eigene Interessen?

M: Auf allen Ebenen haben sie uns positiv unterstützt. Die Situation hier kann für ganz Deutschland ein Muster für Demokratie sein, wie sich die Menschen trotz verschiedener Nationalitäten und Kultur verstehen.

S: Das ist doch selbstverständlich. Sie stehen hier selbst gegen die Staatspolitik und tun all das nicht nur wegen uns. Sie fühlen sich selbst betroffen.

? Gab es hier Schwierigkeiten bzw. Streit über Sexismus von männlichen Flüchtlingen?

J: Es gibt hier einen allgemeinen Respekt zwischen Frauen und Männern. Es gab hier nur einmal einen Vorfall. Aber der Flüchtling gehörte nicht zur Gruppe hier. Außerdem war er besoffen. Der Umgang ist gleich. Egal ob mit Freund oder Freundin. Freundschaften werden nicht mißbraucht.

Z: Auch in meiner Familie gibt es Streit. Die Situation hier ist normal.

S: Wir sind hier seit fünf Monaten zusammen. Eine Vergewaltigung hat es nicht gegeben. Wir kritisieren soetwas scharf.

M: Wir hätten in den 5 Monaten diskutieren können über Sexismus, haben das aber nicht gemacht. Wenn das nicht passiert ist, heißt das nicht, daß wir kein Interesse daran haben. Daß wir aus verschiedenen Kulturen kommen und verschiedene Nationalitäten haben, macht alles noch viel schwerer. Solche Probleme gibt es aber doch überall, auch in Hamburg oder Kiel. Wenn hier solche Schwierigkeiten gesehen wurden, hätten sie gleich diskutiert werden müssen. Man hat immer gesagt, daß die Flüchtlinge auch ein Teil der Gesellschaft sind. Sexistische Übergriffe dürfen nicht allen Flüchtlingen angelastet werden. Dahinter steht ein anderes Interesse, die Flüchtlinge zu isolieren und zu diskriminieren. Wenn solche Sachen von Männern kommen, müssen wir gemeinsam was machen.

Übersetzerin1: Man darf Birnen nicht mit Äpfeln vergleichen. Das ist eine interne Diskussion, die auch unabhängig von äußeren Anlässen von den Frauen hier gewünscht wird.

M: O.K. wir sind doch seit 5 Monaten zusammen. Warum habt ihr uns bisher nichts mitgeteilt, nicht mit uns gemeinsam darüber diskutiert? Warum habt ihr darüber nur unter Frauen geredet?

Übersetzerin2: Darüber werden wir in nächster Zeit noch diskutieren.

M: Mich ärgert, daß wir nicht gemeinsam diskutieren.

Übersetzerin1: Frauen müssen für sich erst klarkriegen, wie es ihnen damit geht. Das hat nicht den Charakter einer Diskriminierung.

?. Im Moment scheint hier eine relativ aussichtslose Situation zu sein. Wie ist eure Perspektive, wie glaubt ihr, können wir politisch noch in die Offensive kommen, um eure Forderungen durchzusetzen?

(Kurze Diskussion, dann die gemeinsame Antwort vom Übersetzer:)

Wir werden weiterkämpfen, obwohl die Situation sehr hilflos aussieht, bis wir unsere Forderungen erreichen. Wir können die Isolation nicht akzeptieren. Moderne Sklaven wollen wir nicht sein. Wir leben im 20. Jahrhundert. Wir müssen an dem Ort leben, den der Staat für uns bestimmt. Warum können wir nicht leben, wo wir wollen? Wir fordern doch nichts Unmögliches!

M: Das Problem ist eigentlich nicht lösbar. Wenn die Regierung das Problem wirklich hätte lösen wollen, hätten sie es gemacht. In Hessen, Berlin und Niedersachsen sind die Flüchtlinge so untergebracht. *(In diesen drei Ländern gibt es Ausnahmeregelungen, nach denen Flüchtlinge, die in der Ex-DDR Opfer von Gewalttaten geworden sind, nicht mehr dort hin zurückmüssen)* Das hätten sie hier auch gekonnt. Die Forderungen sind minimal. Das ist keine Politik gegen die Regierung oder das System. Diederich *(Innenminister von Mecklenburg Vorpommern)* stellt sich dagegen. Für die Regierenden ist unsere Situation nicht wichtig. Die Staatspolitik so durchzusetzen wie geplant, ist wichtiger als das Schicksal der Menschen. Solche Ausnahmeregelungen wären politisch legal möglich. Nur wegen der politischen Interessen des künftigen Kanzlerkandidaten Engholm ist es eine Prestigefrage, daß hier keine Lösung für uns gefunden wird. Wenn eine Ausnahmeregelung gefunden würde, dann wäre bestätigt, daß die Gefahrensituation durch Mecklenburg-Vorpommern unterschätzt worden ist. Es ist eine Katastrophe, wenn die Polizei uns hier räumt. Eine polizeiliche Räumung wird aber keine Lösung für irgendetwas sein, aber sie wird das Versagen der Regierung deutlichmachen.

KEINE ABSCHIEBUNGEN: AUCH NICHT IN DIE EX-DDR! SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE

Eine Chronologie der Ereignisse
vom 12.09.91 - 10.01.92

!Dieser chronologische Abriß der Ereignisse soll einen flüssigen Überblick geben über die wichtigsten Etappen des Flüchtlingskampfes in Neumünster und nun Norderstedt. Die Chronologie beinhaltet die uns wichtigen Momente in diesem Kampf der Flüchtlinge und versucht die Lücken zu schließen, die beim nicht ständigen Verfolgen der Ereignisse zwangsläufig entstehen. (...)

Der 12.09.91
Die Anscharkirche in Neumünster wird besetzt.

Am 12.9.91 suchten 82 Flüchtlinge in der Anscharkirche in Neumünster Zuflucht. Sie verweigerten sich damit der Ihnen zugedachten Zwangsverteilung in die neuen Bundesländer (Ex-DDR). Ihre Forderungen sind: Keine Zwangsverteilung in die ehemalige DDR, Aufnahme und Unterbringung in den alten Bundesländern.
(...) Eine Reihe von Menschen war anwesend, als die Flüchtlinge sich weigerten, in die Busse zu steigen, und sie unterstützten die Flüchtlinge in ihren Forderungen, nicht in die Ex-DDR umverteilt zu werden. Es entwickelte sich die Diskussion um die Frage, wie können wir die nötige Öffentlichkeit und den Druck herstellen, um unsere Forderungen bekannt zu machen und durchzusetzen. In dieser Diskussion entstand dann die Idee einer Demo, aus der heraus die Anscharkirche dann am 12.9.91 besetzt wurde.

Die Reaktion der Kirche und der bürgerlichen Presse

Die Kirche war von Anfang an bemüht, die Flüchtlinge wieder aus der Kirche hinauszubekommen. Die Erklärungen und Stellungnahmen des Kirchenvorstandes waren geprägt von Intoleranz und Ignoranz gegenüber den Problemen und Forderungen der Flüchtlinge. Von Anfang an bezog die Kirche staatstragende Positionen, gekleidet in christliches Gehabe.
Die Reaktionen der Presse waren durchgehend gleichlautend und gleichgeschaltet. Die Diffamierung der UnterstützerInnen begann noch am selben Tag. In vorderster Stelle standen hierbei Sozialminister Jansen und die ausländerpolitische Sprecherin der SPD, Heide Moser. Die UnterstützerInnen richteten eine Erklärung an die Presse, in der sie auf diesen Zustand der Verleumdungen und Diffamierungen hinwiesen und protestierten. In keiner Phase der Ereignisse wurde auf die Forderungen der Flüchtlinge eingegangen, welche ein Gespräch mit den politisch Verantwortlichen verlangten. Dies hat sich bis heute fortgesetzt.
In Zusammenarbeit mit der Landesregierung organisierte die Kirche Busse, die die Flüchtlinge in die ihnen von der Landesregierung S-H zugewiesenen Orte bringen sollte. Als die Flüchtlinge nicht in die Busse einstiegen, griff die Kirche zu repressiven Maßnahmen und stellte die Versorgung der Flüchtlinge ein.
(...) Das offensive Verhalten der Kirche, gerichtet gegen die Flüchtlinge, veränderte sich erst als die Angriffe auf die Flüchtlinge in Hoyerswerda durch die Medien gingen und offensichtlich wurde, wie recht die Flüchtlinge in der Anscharkirche hatten, wenn sie davon sprachen, daß sie genau aus diesen Gründen, daß sie Angriffe auf ihr Leben fürchten, nicht in die Ex-DDR gehen werden. Daß diese Änderung im Verhalten der Kirche aber nur oberflächlich war, zeigte sich sehr schnell. Hinter verschlossenen Türen wurde an dem sogenannten „Lösungsvorschlag" gearbeitet. Die Kirche stellte sich als Leitesel für die Landesregierung zur Verfügung.
Während der gesamten Zeit wurde versucht durch Informationsveranstaltungen und Demonstrationen für die nötige Öffentlichkeit zu sorgen. Am 21.9. fand dann eine Demonstration in Neumünster mit 150 Menschen statt.

Der „Lösungsvorschlag"

Während der Wochen, in denen die Flüchtlinge in der Anscharkirche waren, arbeitete der Kirchenvorstand der Landesregierung in die Hand. Am 11.10. war es dann soweit. Der Kirchenvorstand unterbreitete den Flüchtlingen den sogenannten „Lösungsvorschlag" und richtete gleichzeitig mit diesem Vorschlag einen Brief an die Flüchtlinge und UnterstützerInnen, der die Fratze der Kirche deutlich zeichnet.
Die Kirche hatte einen Ort gefunden, an den die Flüchtlinge gehen sollten. Einen Ort, wo sie absolut sicher sind. Einen Ort, der zur Verfügung gestellt wurde durch die pommersche Kirche, ein Ort, natürlich in der ehemaligen DDR. Natürlich könnt Ihr Euch frei entscheiden, aber wenn Ihr Eure Entscheidung nicht in unserem Interesse fällt, dann....! Der physische und psychische Druck auf die Flüchtlinge wurde penetrant erhöht. Eine Delegation der Flüchtlinge fährt nach Greifswald und findet eine ehemalige NVA-Kaserne, die extra und nur allein für ihre Unterbringung renoviert werden soll. Die Unterkunft ist mit einem hohen Zaun umgeben, und alles soll getan werden für die Sicherheit der Flüchtlinge.
Die Kirche vertritt gegenüber den Flüchtlingen die Auffassung, dies sei der sicherste Ort in ganz Deutschland. Nach vielen intensiven Diskussionen unter den Flüchtlingen fällt dann der Entschluß, gemeinsam nach Greifswald zu gehen. Alle haben ein schlechtes Gefühl dabei, aber es ist sicher, daß aufgrund des physischen und psychischen Druckes eine große Zahl der Flüchtlinge sich diesem Lösungsvorschlag beugen wird.
(...) Am 28.10. verlassen die Flüchtlinge die Anscharkirche in Richtung Greifswald. In Gesprächen vorher haben die Flüchtlinge noch einmal deutlich gesagt, daß, wenn ihre Forderungen, die sie mit einem Umzug nach Greifswald verbunden haben, nicht eingehalten werden, sie Greifswald wieder verlassen wollen.
Die Anscharkirche hat ihnen, im Falle daß das Unmögliche eintritt, ein Angriff auf sie, die



Wiederaufnahme in der Anscharkirche zugesagt.

Greifswald

Nach 6 1/2 stündiger Fahrt treffen die Flüchtlinge in Greifswald ein. Was alle ahnten, aber die wenigsten wahrhaben wollten, zeigt sich. Die Versprechen, die man den Flüchtlingen machte, wurden nicht eingehalten. Trotz allem wollen die Flüchtlinge erst einmal in Greifswald bleiben.
Daß Greifswald für die Flüchtlinge zu einer bitteren Erfahrung werden wird, zeigt sich am 3.11., als die Unterkunft der Flüchtlinge von mehr als 200 Hooligans angegriffen wird. Den Flüchtlingen gelingt es, den ersten Angriff abzuwehren, und sie melden sich bei den UnterstützerInnen und bitten um Hilfe. Nach diesem Hilferuf wird ein Autokonvoi organisiert, der die Flüchtlinge aus Greifswald abholen wird. Dieser Konvoi, der aus mehr als 50 PKW´s und einem Reisebus besteht, bringt die Flüchtlinge am 4.11. nach Neumünster in die Anscharkirche. Diese Aktion, die nur erfolgreich war, weil sich viele Menschen, die den Kampf der Flüchtlinge solidarisch unterstützen, an ihr beteiligten, veranlaßt die politisch Verantwortlichen zu verbalen Kraftakten, die anfangen bei Äußerungen wie „...dies ist politisches Kidnapping" bis hin zum Konstrukt einer Verknüpfung bei der Aktion von linksradikalen und ehemaligen Stasileuten. Gleichzeitig beginnt hier aber auch der konkrete Schritt der Kriminalisierung der UnterstützerInnen.

Neumünster - Norderstedt

Am 3.11. veröffentlichen die Flüchtlinge eine Erklärung. Am 4.11. treffen die Flüchtlinge in Neumünster in der Anscharkirche wieder ein. Sie werden von den Pastoren der Anscharkirche herzlich empfangen und es hagelt Entschuldigungen, daß die Entscheidung, die Flüchtlinge in die Ex-DDR zu schicken wohl falsch war. Diese Stimmung dauert aber nur wenige Stunden an. Noch am selben Abend findet eine Krisensitzung statt, an der sich der Kirchenvorstand und Vertreter der Landesregierung beteiligten. In derselben Nacht verabschiedet der Kirchenvorstand noch eine Presseerklärung, die die Kirche ihr wahres Gesicht zeigen läßt.
Nachdem in Gesprächen eingeschätzt wurde, daß die politischen Möglichkeiten in der Anscharkirche ausgereizt sind, daß für die Durchsetzung der Forderungen der Flüchtlinge aber ein Aufenthaltsort dringend notwendig ist, von dem aus der Kampf um ihre Forderungen geführt werden kann und solidarisch unterstützt wird, entschlossen sich die Flüchtlinge die Anscharkirche zu verlassen und nach Norderstedt in die Shalomgemeinde zu gehen. Hier erhofften sich die Flüchtlinge bessere Möglichkeiten und solidarische Unterstützung durch die Kirchengemeinde. Diese Einschätzung war erfolgt nach dem Bild, was die Shalomgemeinde selber von sich zeichnete. Am Anfang schien diese Einschätzung auch richtig.
In den nun folgenden ersten Wochen in Norderstedt war die Situation geprägt von infamer Hetze durch die Medien und die politisch Verantwortlichen. Die Angriffe in Greifswald wurden als inszeniert dargestellt, inszeniert durch die UnterstützerInnen und Flüchtlinge. Die Flüchtlinge würden umfunktionalisiert zur Manövriermasse der linksextremen UnterstützerInnen. Die Repression gegen die UnterstützerInnen wurde fortgesetzt mit ersten Vorladungen, die einige der UnterstützerInnen erhielten. Die Hetze der Presse geht soweit, daß von kurdischen Terroristen gesprochen wird, die hier in der ach so schönen und friedlichen BRD ihren extremistischen Interessen nachgehen. Verbindungen zur RAF werden angedeutet darüber, daß Erklärungen der Flüchtlinge im Angehörigen-Info veröffentlicht werden.

Shalomkirche Norderstedt

Nach der anfänglichen Hoffnung, daß der Umzug nach Norderstedt in die Shalomkirche der richtige Schritt war, zeigte sich aber sehr bald, daß sich auch hier wieder die staatstragende Funktion der Kirche im allgemeinen bestätigt. Nur die Variante von Kirchen- und Regierungskollaboration ist dieses Mal eine andere. Die Kampfansage richtet sich vordergründig gegen die UnterstützerInnen. Die Kirche versucht einen Keil zwischen Flüchtlinge und UnterstützerInnen zu treiben mit dem Ziel, die Kampfkraft der Flüchtlinge dadurch zu brechen, daß ihnen die permanente und direkte Kommunikation mit den UnterstützerInnen verbaut wird.
Nachdem es der Kirche nicht gelungen ist, die Flüchtlinge zu bewegen, wieder in die Ex-DDR zu gehen, werden die ersten Behinderungsaktionen eingeleitet. Es beginnt damit, daß der Kirchenvorstand den UnterstützerInnen die Möglichkeit der Telefon- und Kopiererbenutzung nimmt. Die UnterstützerInnen besorgen sich einen eigenen Kopierer, und ein Telefon wird besorgt. Damit ist diese Maßnahme der Kirche außer Kraft gesetzt. Die Flüchtlinge nehmen in ihrer Erklärung vom 4.12. zu dem Verhalten der Kirche Stellung. Nun folgt ein Ultimatum gegen die Flüchtlinge. Nachdem die Flüchtlinge auf dieses Ultimatum nicht eingehen, stellt die Kirche die Versorgung der Flüchtlinge mit Nahrung und ärztlicher Betreuung ein. Desweiteren werden die Kirchenräume nur noch notdürftig beheizt, und den Flüchtlingen wird verboten, bestimmte Räume, die sie vorher nutzten, auch weiterhin zu nutzen. Innerhalb eines Tages gelingt es den UnterstützerInnen, die Versorgung der Flüchtlinge zu sichern. Dies ist möglich, weil sich eine breite Bewegung mit den Forderungen der Flüchtlinge solidarisiert und für die nötigen materiellen Ausstattungen sorgt und eintritt. Da nun auch diese repressive Maßnahme gegen die Flüchtlinge keine Wirkung zeigt, folgt als nächster Schritt des Kirchenvorstandes das Ultimatum an die UnterstützerInnen mit der Drohung einer polizeilichen Räumung. Mit dem Ablauf des Ultimatums befinden sich über 200 Menschen in der Shalomkirche und weit über hundert Organisationen unterstützen mittlerweile die Forderungen der Flüchtlinge. Mit dieser Entwicklung hat der Kirchenvorstand nicht gerechnet, und nun bekommt er langsam kalte Füße. Das Ultimatum wird ausgesetzt, und der Kirchenvorstand formuliert zum ersten Mal ganz deutlich, daß eine polizeiliche Räumung für ihn nicht in Frage kommt. Weder gegen die Flüchtlinge, noch gegen die UnterstützerInnen.
Seit Mitte Dezember wird es für alle Menschen in der Shalomkirche, Flüchtlinge wie UnterstützerInnen, immer deutlicher und spürbarer, mit welcher Intensität die Landesregierung beabsichtigt, die Situation auszusitzen und den Widerstand der Flüchtlinge damit zu brechen. Eine Reihe von Flüchtlingen ist diesem Druck schon erlegen, und sie sind den Weisungen der Landesregierung, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen, nachgekommen. Zwei der Flüchtlinge, die nach Schwerin gingen, sind allerdings in der Silvesternacht, nachdem sie von Faschisten angegriffen wurden, nach Norderstedt zurückgekommen.

Was noch alles nebenbei passierte

(...) Mit dem Beginn des Kampfes der Flüchtlinge wurde in Neumünster im Infoladen OMEGA ein Infobüro eingerichtet. Über dieses Büro läuft und lief die Öffentlichkeitsarbeit. Es fanden vielfältige Veranstaltungen statt (...). Gemeinsam mit den Flüchtlingen wurden Demonstrationen in Neumünster, Kiel und Norderstedt geplant, vorbereitet und durchgeführt. Es fanden Solikonzerte und andere Kulturveranstaltungen in Kiel, Neumünster und Hamburg statt, die neben der Information auch für die nötige materielle Unterstützung des Flüchtlingskampfes sorgen sollten.
Darüber hinaus wurde dem Gedanken Rechnung getragen, daß die Kämpfe der Flüchtlinge nicht beschränkt sein dürfen auf die Regionen, wo die Flüchtlinge diese Kämpfe führen. Es ist notwendig, diese Kämpfe zu verbinden und zu koordinieren. Dieser Gedanke führte zu den Städtetreffen, auf denen sich Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus Berlin, Norderstedt und Frankfurt trafen und gemeinsam diskutierten. Ein Ergebnis dieser Diskussionen ist die Demonstration, die am 8.2.92 in Berlin stattfindet und zu der bundesweit eingeladen wird. In Vorbereitung sind Großveranstaltungen in Kiel, Osnabrück und Bremen.

(Dieser von uns leicht geänderte und an verschiedenen Stellen gekürzte Text (...) ist Teil einer Broschüre, die in diesen Tagen von der *Autonomen Infogruppe* herausgegeben wird, ATZE)

NORDERSTEDT - Welche Fragen, welche Lehren ?

Einige Gesichtspunkte aus der Diskussion

Seit über 4 Monaten kämpfen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein für ein Bleiberecht und gegen die herrschende Asylpolitik, die Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse macht, indem ihnen grundlegende Rechte, wie z.B. das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes, verweigert und sie zu Bittstellern degradiert werden. Im Unterschied zu anderen Landesregierungen, an denen die reale Sozialdemokratie beteiligt ist, waren Engholm, Jansen und Co. nicht einmal bereit, über eine von humanitären Motiven bestimmte Ausnahme zu verhandeln.

Bereits frühzeitig hatten die Verantwortlichen in der schleswig-holsteinischen SPD den Kurs festgelegt: kein Abweichen von der Forderung: Die Flüchtlinge müssen zurück nach Mecklenburg-Vorpommern. Auf dem Landesparteitag der SPD Ende November hängte sich Jansen mit seiner harten Linie noch einmal weit aus dem

Fenster. Danach verschwand die Landesregierung als politisch verantwortliche Instanz in der politischen Öffentlichkeit für einige Zeit ganz aus der Auseinandersetzung. In den Medien und in den Diskussionen wurden fast ausschließlich die immer schwieriger werdende Situation in der Kirche und die Drohungen und Beschwerden des Kirchenvorstandes bzw. von Pastor Frenz dargestellt. Aktionen und Initiativen, die zur Unterstützung der Forderungen nach Bleiberecht gestartet wurden, wurden hingegen zunehmend weniger zur Kenntnis genommen. Schließlich darf die Wirkung der Verbreitung von Lügen, wie in vielleicht krassester Form durch den STERN-Artikel geschehen, in dem die Opfer des Angriffs von Greifswald zu den eigentlich Verantwortlichen gemacht wurden, nicht unterschätzt werden. Die Hetze gegen einen Teil der UnterstützerInnen, sie würden die Flüchtlinge für andere politische Vorstellungen funktionalisieren, fiel auch bei einem Teil derjenigen auf fruchtbaren Boden, die den Forderungen der Flüchtlinge nach Bleiberecht in SH zumindest wohlwollend gegenüberstanden. Dadurch waren die Möglichkeiten, auch diese Menschen praktisch in den Kampf einzubeziehen, ebenso reduziert wie durch die - spätestens im Dezember offensichtlich werdende - fehlende Durchsetzungsmöglichkeit der Forderungen.

I.

Auch wenn es für eine gründliche Nachbereitung der sich an den Kirchenbesetzungen in Neumünster und Norderstedt entwickelnden antirassistischen Tätigkeit noch zu früh ist, scheint es uns nützlich, einige Aspekte bereits jetzt zur Diskussion zu stellen.

Dabei sollte nicht aus den Augen verloren werden, daß die Dauer und Umstände dieses Kampfes für alle Beteiligten eine in vielen grundsätzlichen Zügen neue Erfahrung war, d.h. nur sehr begrenzt auf bereits Vorhandenes aus anderen politischen Kämpfen gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik zurückgegriffen werden konnte. Zudem ist es uns wichtig festzustellen, daß ohne diejenigen UnterstützerInnen, die zeitlich in der Lage und persönlich und politisch dazu bereit waren, über Wochen die Kirche zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen, dieser Kampf nicht so lange hätte geführt werden können; diese Anerkennung gilt ungeachtet einer kritischen Diskussion des Verlaufs dieses Kampfes.

II.

Es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt (Mitte Januar 1992) nicht gelungen, für die Bleiberecht-Forderung dieser Gruppe von Flüchtlingen einen breiten politischen Druck auf die Landesregierung zu organisieren. In verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins und in Hamburg gab es zwar Veranstaltungen, Solidaritätskonzerne und Flugblätter zu diesem Kampf; eine Demonstration in Norderstedt fand statt, und eine ganze Reihe von Solidaritätserklärungen und -spenden traf unmittelbar nach der Rückkehr aus Greifswald und - noch einmal - im Zusammenhang mit den von der Kirche im Dezember gestellten Ultimaten ein. Trotz einer gewissen Erweiterung des unterstützenden Spektrums gegen Ende des Jahres ist es insgesamt nicht gelungen, in größerem Umfang Menschen, die sich in ihrer Beurteilung von Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Grundlage an den Vorstellungen der SPD orientieren, für die Forderung nach Bleiberecht dieser Flüchtlinge in SH zu gewinnen. Allein dies wäre jedoch, besonders angesichts der bevorstehenden Wahlen, eine Entwicklung gewesen, die Jansen und Co. zumindest über eine Ausnahmelösung hätte nachdenken und verhandeln lassen. Die Begrenztheit des mobilisierten Spektrums hat es der SPD-Landesregierung erlaubt, in Fortsetzung der Vorreiterrolle, die sie bei der Entwicklung und Umsetzung des sog. „Asylkompromisses" spielt, mit ihrer harten Haltung in den Wahlkampf zu gehen.

Daß die gegenwärtige SPD-Asylpolitik, die in verschiedenen Punkten gegenüber früher einer 180°-Wende gleichkommt (Sammellager, Bargeld), auf so wenig Kritik innerhalb des eigenen (SPD-Spektrums trifft, macht deutlich, wie tiefgreifend die Hetze gegen Flüchtlinge im Jahre 1991 die gesellschaftliche Situation verändert hat. Der Schwachsinn, daß die Flüchtlinge soziale Standards bedrohen, hat weite Verbreitung gefunden; diejenigen, die gegen Zuzugsbeschränkungen und für gleiche Rechte eintreten, sind nach wie vor in der Defensive. In der SPD finden sich nicht wenige, die einer Grundgesetzänderung à la CDU das Wort reden. Da mag manche/r, der/die sich als SPD-Linke/r versteht, froh sein, daß die SPD-Spitze diesem Druck nicht nachgibt und weiterhin eine Änderung des Artikels 16 GG ablehnt (die weitere Aushöhlung in Kauf nehmend).

III.

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits seit ca. sechs Wochen deutlich, daß ein Ansatz zur Durchsetzung der Bleiberechtsforderung für diese Gruppe fehlt und gegenüber der erkennbar erfolgreichen Zermürbungsstragie der

Landesregierung ein Hebel hätte gesucht werden müssen, der uns selbst wieder die politische Initiative in die Hand gibt. Hierzu hätte bspw. die Diskussion um mögliche Kompromißlinien gehören müssen, denn z.B. ein durchgesetztes Bleiberecht für ein anderes Bundesland der alten BRD hätte - besonders angesichts des Symbolcharakters dieser Auseinandersetzung - mehr als nur einen „Teilsieg" bedeutet. Es hätte nicht nur eine konkrete Verbesserung der Situation der Flüchtlinge beinhaltet, sondern wäre auch wichtiger Aspekt zukünftiger Kämpfe gewesen.

Erschwert wurde eine Debatte um diese Fragen durch das Herangehen eines großen Teils der DauerunterstützerInnen in Norderstedt, die sich - möglicherweise auch gefördert durch die Pressehetze (Stichwort: Funktionalisierung) und im Bemühen, gerade dies nicht zu tun - dazu entschlossen hatten, jeweils das zu unterstützen, was von den Flüchtlingen gefordert und an politischen und praktischen Initiativen vorgeschlagen und entwickelt wurde. So wurde eine (kritische) Debatte über die Perspektive des Kampfes in seinen unterschiedlichen Etappen sehr erschwert. Erst Ende Dezember wurde diese Haltung angesichts der nun allgemein nicht mehr zu übersehenden Perspektivlosigkeit bei unveränderter Fortsetzung des Aufenthalts in der Kirche breiter in Frage gestellt. Im Kieler Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung hatten sich bereits vorher Stimmen geäußert, die eine weitere Unterstützung des Kampfes im bisherigen Umfang davon abhängig machten, daß nach Ansätzen für politische Initiativen, die über den blockierten/ blockierenden Ist-Zustand hinausgehen, gesucht und die beschriebene Sichtweise problematisiert würde. Dort wurde der Standpunkt vertreten, daß wir den Flüchtlingen eine Auseinandersetzung über Form, Inhalt und Perspektive des Kampfes nicht nur um des Erfolgs dieses Kampfes willen, sondern auch als Ausdruck, daß wir sie ernst nähmen, zumuten können müssen.

IV.

Jeder Versuch, politisch wieder die Initiative in die Hand zu bekommen, hätte sich auf Absprachen über gezielte und koordinierte Interventionen stützen und die Widersprüche im gegnerischen Lager schärfer ausnutzen müssen. Hierzu fehlte es jedoch an einem Koordinierungsgremium, das die verschiedenen politischen Initiativen und Aktivitäten hätte politisch gezielter zum Ansatz bringen können. Das zeitweise tätige sog. „Städtetreffen" (als der Versuch, täglich VertreterInnen aus den Städten zusammenzubringen), war dazu in seiner praktizierten Form wegen seiner weitgehenden Begrenzung auf das autonome Spektrum (war etwas anderes überhaupt gewollt?) und wegen der bis Ende 1991 vorhandenen Einstellung der Unterstützer-Innen aus diesem Spektrum, sich lediglich als „Sprachrohr" der Flüchtlinge zu verstehen, überfordert.

Aus den Städten wurde immer wieder mit der Erwartung an die DauerunterstützerInnen in Norderstedt herangetreten, von dort würden Vorschläge für konkrete Aktivitäten gemacht. So verständlich dies angesichts des starken Informationsgefälles sein mag, so unrealistisch war es gleichzeitig. In Norderstedt liessen die Belastungen durch die Regelung des alltäglich Nötigen und eigene Aktivitäten zur Unterstützung der Forderungen die längste Zeit selbst Debatten über Perspektive, Strategie und Taktik der politischen Auseinandersetzung nicht zu. Eine denkbar schlechte Konstellation also, um einen Kampf erfolgreich bestreiten zu können.

Jede politische Initiative hätte versuchen müssen, die Widersprüche im gegnerischen Lager schärfer auszunutzen. Ein - in gewisser Hinsicht natürlich spekulatives - Beispiel: Die Hoffnungen, die mit der Person Frenz (ehemaliger AI-Generalsekretär) anfangs verbunden wurden, erfüllten sich nicht. Dabei nützt es dann allerdings wenig, zu moralischen Denunziationen überzugehen („Das Schwein"). Frenz und Co. sind mit Sicherheit *auch* persönlich von der Entwicklung und Dauer der Aktion in der Norderstedter Shalomgemeinde überfordert sowie bewußt dem Druck und der Zermürbungsstrategie der Landesregierung ausgesetzt worden. Wo irgendwie möglich, ohne in der Bleiberechtsforderung für diese Gruppe von Flüchtlingen Abstriche zu machen, hätte bewußt und kontinuierlich der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Basis der Kirchengemeinde gesucht werden müssen. Dies hätte es vielleicht dem Kirchenvorstand erschwert, die vermeintliche Konfrontation Flüchtlinge - Gemeindeleben gegen die Flüchtlinge in die Auseinandersetzung zu tragen. Wo dieser Aspekt an Bedeutung verloren hätte, wäre möglicherweise die Verantwortlichkeit der Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern schärfer hervorgetreten.

Das Wahrnehmen und Ausnutzen von Widersprüchen im gegnerischen Lager hat für die an dieser politischen Auseinandersetzung beteiligten politischen Strömungen unterschiedlichen Stellenwert und schlägt sich in den Formen, in denen der Kampf geführt wurde, nieder. Auch darum ist eine Debatte also notwendig.

V.

Der Kampf hat verschiedene Fragen aufgeworfen, die u.E. weiter diskutiert werden müssen. Einige seien hier genannt: Was sehen wir in den Flüchtlingen? (zugespitzt: Arme Menschen in Not oder revolutionäres Potential?) Gibt es *die* Flüchtlinge? Wie wirken sich unterschiedliche politische Orientierungen (antikommunistisch, islamistisch) und verschiedene Grade politischen Bewußtseins aus? Was bedeuten unterschiedliche Fluchtgründe möglicherweise für das Verhalten hier? Wie sehen wir unser Verhältnis zu ihnen? (Unterstützung oder gemeinsamer Kampf?) Wo tritt der politische Kampf zurück und ein sozialarbeiterisches Verhältnis in den Vordergrund? Welchen Charakter haben Flüchtlingskämpfe? Wie wirkt sich unsere Sicht der Dinge auf Strategie und Taktik aus? Welche Maßstäbe legen wir an ihr Verhalten an?

In Norderstedt hat es bspw. erst seit Anfang Januar eine organisierte Debatte über den Sexismus bei den männlichen Flüchtlingen gegeben. Bereits vorher hat es zwar vereinzelt Diskussionen über Anmache oder die wiederholt laufenden RTL-Pornos gegeben, aber diese blieben begrenzt. Weder den Frauen noch den Männern gelang ein gemeinsamer Prozeß der Auseinandersetzung über dieses Problem. Die Frage der Grenzziehung, d.h. wo ist für mich als Feministin angesichts sexistischen Verhaltens Schluß mit der Unterstützung (oder spezifischen Formen davon), wird nun intensiver und gemeinsam unter Frauen diskutiert.

VI.

Die Auseinandersetzungen um die Asyl- und Flüchtlingspolitik hat in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten einen wichtigen Stellenwert gehabt. Dazu hat nicht zuletzt der Kampf der Flüchtlinge beigetragen.

Die Besetzung der Norderstedter Kirche dauert an. Es ist zur Zeit nicht absehbar, wie dieser Kampf noch gewonnen werden kann, so daß die Flüchtlinge ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein zugesichert bekommen. So wenig diese Form des Kampfes gegen die herrschende Asyl- und Flüchtlingspolitik die einzige ist, so wenig sagen wir, daß dieser Kampf nicht hätte geführt werden sollen. Die Erfahrungen gründlich auszuwerten, wird jedoch ebensolche Bedeutung haben wie der Kampf selbst. So versteht sich auch unser Text nur als - an vielen Stellen noch unzureichender - Versuch, eine solche Debatte einzuleiten.

Einige Kieler UnterstützerInnen aus der ATZE-Redaktion

pumpe

Fr 7.2 21.00
Erstes Kieler Percussiontreffen
Kieler Conga Kollektiv - Clasen
Latin Jazz Celebration - Sambuca
- Aja Addy Masterdrummer
mit freundlicher Unterstützung des Kulturamtes

So 16.2 21.00
Ur-Rocker aus Detroit
Mitch Ryder & Band

Fr 21.2 20.00
Jongel Bongel Syndikat

Fr 28.2 20.00
Pantomime
Jörg Lemke
„Kopf und Herz"

Sa 29.2 21.00
Jazz meets Rock
Albert Mangelsdorff & Members
(of Klaus Lage Band)

Fr 6.3 21.00
New CD!
m. walking on the water

Februar

Haßstraße 22, Tel. 96161, Fax: 93548
Kartenvorverkauf:
WOM, Streiber, Uni-Sechseckbau,
Pumpe, Musicland
Kartenreservierung tagsüber: 96161

Keine Zulassung von Faschisten zu den Landtagswahlen!

Nach ihrem Erfolg bei den Bremer Bürgerschaftswahlen hatte die Deutsche Volksunion (DVU) erklärt, die schleswig-holsteinischen Landtagswahlen seien für sie von besonderer Bedeutung. Von allen faschistischen Organisationen bereitete sie sich am zielstrebigsten darauf vor. Schon am 9.11.91 stellte sie die Landesliste auf. Ob und wenn ja welche sonstigen faschistische Gruppierungen sich noch zu einer Kandidatur aufraffen werden, wird mit Bestimmtheit wohl erst nach dem 4.2.92, dem letztmöglichen Abgabetermin für die Landeswahlvorschläge, bekannt werden.

In Bremen bestand der Wahlkampf der DVU vor allem aus der Hetze gegen die ausländischen Einwohner und die Flüchtlinge. Ihre Parolen unterschieden sich dabei kaum von denen der CDU („Das Boot ist voll"). Der Bremer Senat hatte als erste Landesregierung mit der Abschiebung von Roma begonnen. Asylanträge von Polen und Rumänen wurden nicht mehr entgegengenommen. Die Politik der Bremer SPD war damit soweit von einer Abgrenzung von faschistischen Parolen entfernt, daß sie sich vom Vorsitzenden der Roma- und Sinti Union „blanken Rassismus" hatte vorwerfen lassen müssen. Die DVU war also mit ihrem Rassismus in bester Gesellschaft. Sie war keineswegs isoliert und das hat mit Sicherheit dazu beigetragen, daß sie ins Landesparlament einziehen konnte.

Und in Schleswig-Holstein? Die Engholm-Regierung rühmt sich, sie habe bundesweit die schnellsten Asylverfahren. Weil augenblicklich weniger als 5 Prozent aller Antragsteller anerkannt werden, bedeutet das: Sie schiebt am schnellsten ab. Eine solche Verschärfung der Asylpolitik gibt dem Rassismus der Faschisten Auftrieb, anstatt ihn zu isolieren und zu illegalisieren. Genau darauf kommt es jetzt aber an, soll der Einzug der Faschisten ins Landesparlament verhindert werden.

Die Wahlausschüsse dürfen die DVU und andere Faschisten gar nicht erst zur Wahl zulassen!

Zur Erinnerung: Zu den Kommunalwahlen 1990 hatte es in mehreren Städten Kampagnen gegen die Zulassung von faschistischen Parteien gegeben. Wahlauftritte von Faschisten wurden angegriffen, Plakataktionen durchgeführt usw. In Kiel hatte das Antifaschistische Forum die Mitglieder des Ausschusses mit Informationen über das faschistische Programm der Republikaner versorgt. Auf der öffentlichen Sitzung des Ausschusses verlangten über 20 Leute, daß die Republikaner von der Wahl ausgeschlossen wurden. Von den acht Mitgliedern des Ausschusses stimmten die Vertreter von Grünen und SPD gegen die Zulassung der Republikaner. Die Stimme des Ausschußvorsitzenden, Oberbürgermeister Luckhard, gab den Ausschlag: Die Republikaner wurden mit 5 zu 4 Stimmen zur Wahl zugelassen. Auch in anderen Kreisen, wie zum Beispiel in Rendsburg-Eckernförde, stimmten Vertreter von Grünen und SPD gegen eine Zulassung von faschistischen Parteien.

Die antifaschistischen Aktivitäten und ihre Argumentation hatten immerhin den Erfolg, daß bis in Teile der SPD hinein die Einsicht bestand, daß den Faschisten kein Raum und erst recht kein legaler Raum gelassen werden darf, daß Faschisten verboten sind und nicht in den Genuß des Parteienprivilegs kommen dürfen, daß sie keine legitime parlamentarische Alternative sind, daß insbesondere auch ihr Rassismus geächtet gehört.

Die widerlichen Pogrome gegen Flüchtlinge in der letzten Zeit haben die Richtigkeit dieser Einsicht drastisch bestätigt. Zu den Landtagswahlen dürfen faschistische Parteien erst recht nicht zugelassen werden!

Die antifaschistische Bewegung wäre schlecht beraten, wenn sie hinter ihre Forderungen von vor zwei Jahren zurückfallen würde.

Im Gegenteil: Nötig wäre eine möglichst breit angelegte Kampagne, die die Forderung nach Nichtzulassung der DVU und anderer faschistischer Organisationen insbesondere mit deren offenen Rassismus begründet. Eine solche Kampagne könnte nicht nur den Bewegungsspielraum der Faschisten einengen, sondern gleichzeitig dazu beitragen, ausländerfeindliche Politik von CDU und FDP anzugreifen und die Landesregierung zu einer Änderung ihrer Politik gegenüber Flüchtlingen und Ausländern zu bewegen.

Auf welche Rechtsnormen kann sich die Forderung nach Nichtzulassung der Faschisten stützen?

Bei der Feststellung der rechtlichen Tatsache, daß faschistische Organisationen verboten **sind**, aufgelöst gehören und auf keinen Fall zu irgendwelchen Wahlen zugelassen werden dürfen, stützte sich die antifaschistische Bewegung bislang vor allem darauf, daß nach Artikel 139 Grundgesetz die einschlägigen alliierten Kontrollratsgesetze fortgelten.

Rein rechtlich betrachtet gelten seit der



allseitigen Ratifizierung des 2+4-Vertrages keine Bestimmungen der Alliierten mehr. Aber: Gerade weil die Bestimmungen der Alliierten so eindeutig waren und sie selbstverständlich galten, sind faschistische Organisationen an keiner anderen Stelle des Grundgesetzes mit Hinweis auf ihre rassistische, revanchistische und nationalistische Politik verboten. Das hat die Bundesregierung selbst zum Beispiel 1970 in ihrer Stellungnahme zum Bericht des UN-Generalsekretärs über „Maßnahmen, die gegen Nazismus und Rassenintoleranz zu ergreifen sind" hervorgehoben. Der Artikel 139 Grundgesetz kann zwar so, wie er jetzt ist, nicht bleiben. Ob es der Reaktion aber gelingt, mit dem Artikel auch die Zielsetzung, nämlich das geltende Verbot faschistischer Organisationen, gänzlich aus dem Grundgesetz zu streichen, hängt nicht zuletzt von der Stärke der antifaschistischen Bewegung ab.

Obwohl im Augenblick die alliierten Bestimmungen zwar nicht mehr gelten und noch kein direkter Ersatz geschaffen wurde, kann sich die Forderung auf Nichtzulassung von Faschisten zu Wahlen trotzdem auf eine ganze Reihe von Rechtsnormen berufen:

1. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts gelten auch in der BRD.

Artikel 25 des Grundgesetzes regelt, daß die „allgemeinen Regeln des Völkerrechtes" Bestandteil des Bundesrechtes sind. Die wichtigsten sind u.a.:

- Die „Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeglicher Form von Rassendiskriminierung" vom 20.22.63,
- Die „Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung" (Entschließung 2106 vom 21.12.65)
- Der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte" von 1966, der in Artikel 20,1 festhält: „Jedes Eintreten für nationalen, rassischen und religiösen Haß, durch das zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufgestachelt wird, wird durch Gesetz verboten."

Das Europäische Parlament setzte 1985 eine Untersuchungsausschuß zum „Wiederaufleben des Faschismus und Rasismus in Europa" ein, der im Ergebnis die Mitgliedstaaten auffordert, „ihrer historischen Verantwortung nachzukommen und das Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus auf allen Ebenen zu bekämpfen."

2. Weitere Anhaltspunkte im Grundgesetz und in den Strafgesetzen der BRD:

Der Artikel 9 des Grundgesetzes stellt bei aller sonstigen Zweischneidigkeit fest: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit ... (sich) gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Das Strafgesetzbuch verbietet das Verwenden und Verbreiten von faschistischen Kennzeichen, Parolen und Grußformeln, die Aufstachelung zum Rassenhaß, Aufforderung zur Gewalt, Beschimpfung und Verleumdung von Teilen der Bevölkerung sowie die sogenannte Auschwitzlüge.

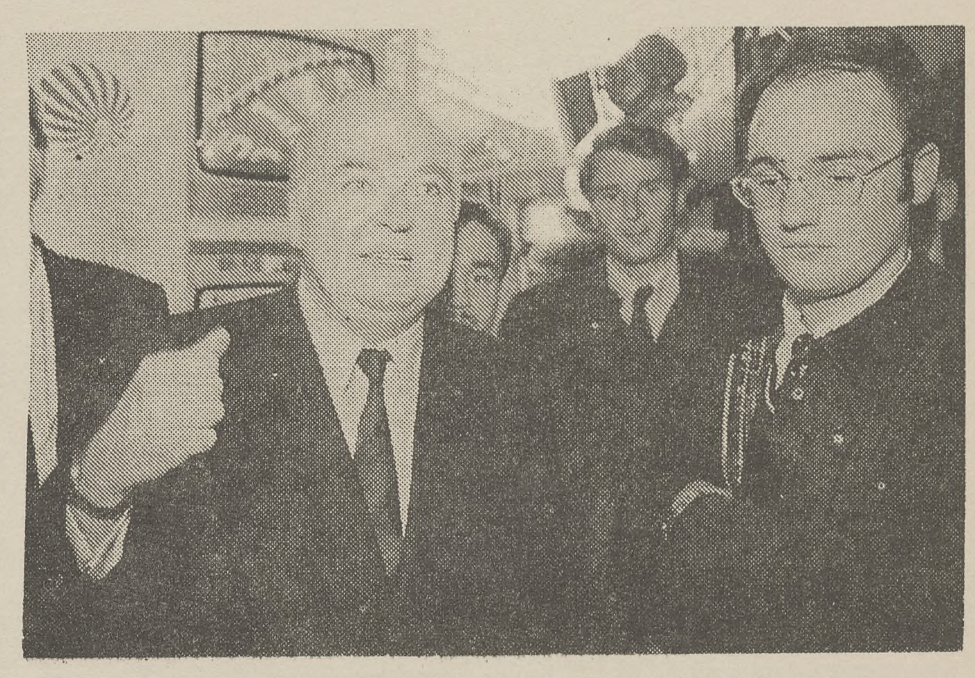
3. Möglichkeiten der Kommunen, faschistische Aktivitäten einzuschränken: Städte und Gemeinden haben für viele Zwecke Satzungen, so zum Beispiel für Jugendhäuser, Büchereien, Sportanlagen, Friedhöfe usw. Sofern in den entsprechenden Vertretungen eine Mehrheit das will, können solche Satzungen nazistische Propaganda und Rituale verbieten. So hat zum Beispiel im Dezember letzten Jahres die SPD in Bönningstedt (Kreis Pinneberg) einen Antrag gestellt, die Friedhofsatzung „zum Zwecke der Verhinderung von Trauerfeiern mit nazistischen Ritualen" zu ändern. Solche Satzungsänderungen können ebenfalls Argumente für die Nichtzulassung von Faschisten zur Wahl liefern.

Die Wahlausschüsse mit Material versorgen und besuchen!

Am Freitag den 14. Februar tagt der Landeswahlausschuß, eine Woche später, am Freitag den 21. Februar sind die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse. Antifaschistische Organisationen und Bündnisse sollten, wo immer es möglich ist, sich mit öffentlichen Erklärungen an die Ausschüsse wenden, in denen sie verlangen, daß die DVU und andere faschistische Organisationen nicht zur Wahl zugelassen werden. Die Ausschüsse können mit Material über deren Rassismus versorgt werden und wir sollten wieder dafür sorgen, daß während der Sitzungen ausreichend Öffentlichkeit vorhanden ist. -

(clm / BWK/VSP Schleswig-Holstein)

Vor einigen Monaten zog die Deutsche Volksunion wieder in die Bremer Bürgerschaft ein; diesmal allerdings gleich in Fraktionsstärke. Nun soll auch der Einzug in den Landtag Schleswig-Holsteins bei den Landtagswahlen am 5. April 1992 gelingen. Wir geben ein kurzes Porträt dieser neofaschistischen Organisation.



Senjor und Junjor Frey nach ihrem Wahlerfolg in Bremen

DEUTSCHE VOLKSUNION *kandidiert zur Landtagswahl im April 1992*

Erneut konnte die neofaschistische „Deutsche Volksunion" vor einigen Monaten bei den Landtagswahlen in Bremen einen Erfolg verbuchen. Sechs der 100 Abgeordneten stellt die DVU nun mit den 6,18 % der abgegebenen Stimmen - weit mehr als selbst in pessimistischen Prognosen vorhergesagt worden war.
Mit diesem Ergebnis gelang es der DVU, ihre parlamentarische Vertretung im Stadtstaat beträchtlich auszubauen; bereits seit 1987 hatte sie mit (dem inzwischen zur *Deutschen Liste für Volk und Heimat* gewechselten) Hans Altermann einen Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft, der besonders durch seine Hetzreden gegen Flüchtlinge, EinwanderInnen sowie Sinti und Roma von sich reden machte. Wenige Tage nach dem Wahlerfolg kündigte der Vorsitzende dieser neofaschistischen Organisation, der in München ansässige Verleger Dr. Gerhard Frey, die Teilnahme der DVU an den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen am 5. April 1992 an.

Wer ist die Deutsche Volksunion ?

Die Gründung der DVU geht auf den Januar 1971 zurück. In den Monaten vorher hatte sich gezeigt, daß die NPD nach dem vergeblichen Versuch, in den Bundestag einzuziehen (28.9.69), nach und nach auch ihre in den Jahren zuvor errungenen Landtagsmandate wieder verlor. In dieser Situation gründete Frey die DVU als Auffangbecken für die zerfallende NPD und als Bündnis gegen die Ostverträge. Ihr Selbstverständnis war dabei nicht das einer Partei, sondern einer „überparteilichen" „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes". Mehrere CSU-Mitglieder und der baden-württembergische CDU-Funktionär Nowak beteiligten sich an der DVU-Gründung in München.
1979/80 schuf Frey diverse Organisationen im Vorfeld der DVU, die sich an spezifische Zielgruppen richten, wobei eine Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen automatisch die Zugehörigkeit zur DVU bedeutet. Zur Zeit bestehen folgende „Aktionsgemeinschaften":

- *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA),*
- *Aktion Oder-Neiße (AKON),*
- *Ehrenbund Rudel,*
- *Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur,*
- *Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF),*
- *Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.).*

Diese Vorfeldorganisationen entfalten allerdings so gut wie keine eigenständigen Aktivitäten.
Bis 1986 trat Frey allen Spekulationen entgegen, die DVU werde in eine Partei umgewandelt und solle an Wahlen teilnehmen. Nach dem Aufstieg der REP und deren Wahlerfolg in Bayern begann er allerdings ab November 1986 in seinen Blättern zur Gründung einer Wahlliste (*„Deutsche Liste"*, später *„Deutsche Volksliste"*) aufzurufen. Anfang März 1987 wurde schließlich die *„Deutsche Volksunion - Liste D (DVU)"* als politische Partei gegründet. Beteiligt war inzwischen auch die NPD, die hoffte, so die Abwanderungstendenzen eines Teils ihrer Mitglieder zu den damals wahlpolitisch erfolgreicheren REP stoppen zu können.
Das Programm der DVU beschränkt sich auf die Zusammenstellung einiger weniger Aspekte, die mit ihrem Nationalismus und Rassismus auch UnionswählerInnen ansprechen sollen. Da wird ebenso der Anspruch auf Teile des Territorium Polens, der Sowjetunion und der CSFR erhoben, wie die Kriegsschuld und Verbrechen Deutschlands verharmlost und einer rassistischen Sozialpolitik das Wort geredet.

Die Zusammenarbeit mit der NPD

Die *DVU - Liste D* verstand sich als reines Wahlbündnis zur Bündelung der Stimmen. DVU und NPD blieben als selbständige Organisationen bestehen, wollten aber Wahlabsprachen treffen, um nicht gegeneinander anzutreten. Frey brachte seine Zeitungen und nicht unbedeutende Geldsummen in das Bündnis ein, die NPD ihren Apparat und AktivistInnen vor Ort.
Den ersten Test unternahm die *DVU - Liste D* bei den Bürgerschaftswahlen im September 1987. Dort erreichte sie überraschend 3,4 Prozent der Stimmen und ein Mandat in der Bremer Bürgerschaft. In Bremerhaven wurden gleichzeitig 5,4 Prozent der Stimmen und zwei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung erzielt. Der *Liste-D*-Wahlkampf bestand in einer gewaltigen, von der Münchner Zentrale aus gesteuerten Materialschlacht, zu der neben teuren Anzeigen und einer eigenen Propagandazeitung auch mehrere Postwurfsendungen und der Einsatz von zwei Flugzeugen gehörte. Zwei Millionen Mark investierte Frey auf diese Art in den Bremer Wahlkampf.
Diesem Anfangserfolg, den Frey in seinen Blättern noch Monate danach propagandistisch ausschlachtete, sollte bei der Europawahl der endgültige Durchbruch folgen. Mit einem Werbeaufwand von 18 Millionen Mark wurden u.a. drei Postwurfsendungen in einer Gesamtauflage von 70 Millionen Exemplaren bundesweit mit Hilfe der Deutschen Bundespost und gegen Protest und Widerstand vieler BriefträgerInnen verteilt. Zu den öffentlichen Veranstaltungen der *DVU - Liste D* trauten sich meist nur wenige AnhängerInnen, da überall AntifaschistInnen auftraten und die *DVU - Liste D* mit Blockaden, Pfeifkonzerten und Eierwürfen schnell wieder vertrieben.
Bekanntlich war es aber nicht die *DVU - Liste D*, sondern die Schönhuber-Partei, die nach der Europawahl VertreterInnen ins Europa-Parlament entsenden konnte. Die bundesweit 445390 DVU-Stimmen (1,6 Prozent) brachten Frey „nur" 3,7 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung.
Durch die Schlappe bei dieser Wahl gewannen diejenigen Kräfte in der NPD an Auftrieb, die dem Bündnis mit Frey von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden hatten. Dabei spielte neben politischen Differenzen (u.a. bzgl. der Beurteilung der USA und der NATO) vor allem die Befürchtung eine Rolle, es werde der NPD nichts, dem Münchner Verleger und dessen Geschäften jedoch viel nützen.
Das schlechte Abschneiden der NPD bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990, bei der sie von der DVU unterstützt wurde, aber unter eigenem Namen kandidierte, beendete nicht nur die Ära Mußgnug in der NPD, sondern bedeutete auch das endgültige Aus einer weitgehenden Zusammenarbeit.
Heute hat dieses Bündnis, von dem vor allem Frey profitiert hat (u.a. ein deutlicher DVU-Mitgliederzuwachs), nur noch regional praktische Bedeutung. Die *DVU - Liste D* heißt inzwischen nur noch DVU, und in der Frey-Presse ist von einer gegenseitigen Unterstützung mit der NPD keine Rede mehr. Schließlich äußerte auch der neue NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert im Sommer 1991 in einem Interview, Frey möge sich aufs Zeitungmachen beschränken und die parteipolitische Arbeit anderen überlassen.
Für die Wahl Anfang April hat das Bündnis keine Bedeutung. War zeitweise geplant, daß die NPD drei Listenplätze im vorderen Bereich erhalten sollte, so erklärte Frey noch vor dem Parteitag am 9.11.1991 (s.u.) offiziell dessen Ende.

Die Zeitungen des Dr. Frey

Die Position des 1933 in Cham geborenen Frey im neofaschistischen Lager beruht vor allem auf den von ihm herausgegebenen Wochenzeitungen. Als freier Mitarbeiter stieß er zur „Deutschen Soldaten-Zeitung", die 1951 von einstigen Nazi-Offizieren gegründet worden war. Als 25jähriger erwarb er zunächst 50 Prozent der Anteile an diesem Blatt; zwei Jahre später folgte der Rest. Inzwischen hat er ein umfangreiches Wirtschaftsunternehmen in seiner Hand.
Zu den Wochenzeitungen, die mit ihrem faschistischen Inhalt an vielen Kiosken frei erhältlich sind, gehören heute die „Deutsche National-Zeitung" und die „Deutsche Wochen-Zeitung" mit einer Auflage von über 100.000. Ihre Hauptthemen sind neben revanchistischer und rassistischer Hetze Angriffe auf Israel/ JüdInnen, Gewerkschaften und die „Kriegsschuldlügner". Nach wie vor sind die Frey-Blätter die größte publizistische Macht des bundesdeutschen Neofaschismus.

In ihnen wirbt Frey, zeitweise auf mehreren Seiten, für seinen „Deutschen Buchdienst" und allerlei NS-Klimbim wie Gedenkmünzen mit den Konterfeis von Vorzeige-Nazis wie Heß, Skorzeny oder Walther Dahl. Dort finden sich auch die Angebote des Freyschen „Deutsche Reisen FZ-Verlag GmbH". Der bietet Fahrten nach Südafrika, Taiwan, Chile oder „Schlesien" an. Reisebegleiter sind nicht selten alte Weggefährten Freys aus dem faschistischen Lager.
Solche unterstützt er denn auch schon mal,

Die Schande von Norderstedt

Am 5. April kann sich der Bürger wehren

Die Gruppe von rund 70 Asylbewerbern, die aus Greifswald in Vorpommern vor zwei Monaten nach Norderstedt in Schleswig-Holstein zog und sich bei der evangelischen Schalom-Kirchengemeinde einnistete, ist inzwischen auf einen harten Kern von 25 Männern und Frauen geschmolzen. Die anderen sind nach Beobachtungen von Mitarbeitern der Kirchengemeinde unter dem wachsenden Druck der Rädelsführer und ihrer Helfershelfer aus der deutschen Linksszene regelrecht geflohen. Sie kehrten nach Mecklenburg-Vorpommern zurück. Damit wurde der Verdacht erneut erhärtet, daß
Schmutz türmt sich, unter dem Kreuz wird gekocht und gegessen. Kirchenbesucher bleiben wegen der wenig Vertrauen einflößenden Gesichter der Asylbewerber dem Gottesdienst fern.

Aufforderungen, die Besetzung der Kirchengemeinde zu beenden, ignorieren die verbliebenen Asylbewerber hartnäckig. Sie benutzen Telefon und Kopiergerät der Kirchengemeinde für ihre politische Agitation, fertigen Transparente mit beleidigenden Parolen gegen ihre deutschen Gastgeber, auf denen von „staatlichem Rassismus" die Rede ist. Frech fordern die Fremden

DVU-Pressehetze gegen Flüchtlinge

wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Als Mitglied des „Freundeskreises" der „Wehrsportgruppe Hoffmann" unterstützte er deren Führer Karl-Heinz Hoffmann mit 8000.- DM zur Begleichung einer Geldstrafe. Und den „Ehrenpreis der National-Zeitung für politisch Verfolgte" überreichte Frey dem schleswig-holsteinischen NS-Terroristen Uwe Rohwer, der 1977 mit anderen Neonazis verschiedene Raubüberfälle durchführte und dafür zu neun Jahren Haft verurteilt wurde.

Die DVU in Schleswig-Holstein

Kiel, Lübeck und Neustadt waren einige der Orte, an denen in den 80er Jahren DVU-Veranstaltungen, in diesen Fällen mit dem britischen Pseudohistoriker David Irving, stattfanden. Deren Durchführung wurde meist von der Polizei gegen die Proteste von AntifaschistInnen erzwungen.
Das Gros der DVU-Treffen war jedoch nicht öffentlich; die folgende Auswahl gibt einen kleinen Eindruck von den DVU-Aktivitäten der letzten Jahre:

- Für den 28.März 1987 lädt der „Freundeskreis ein Herz für Deutschland" nach Itzehoe ein. Thema der Veranstaltung ist die Zusammenarbeit von NPD und (damals noch) „Deutscher Liste".
- In Meldorf ruft Frey am 26.März 1988 zur Unterstützung der NPD bei den Landtagswahlen auf. Der inzwischen zurückgetretene NPD-Bundesvorsitzende Mußgnug und der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer sprechen ebenfalls. Mit einem Rundschreiben empfiehlt Frey Mitte April im Namen der *DVU - Liste D* noch einmal die Wahl der NPD.
- Ende August 1988 erfolgt die Gründung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes der *DVU - Liste D* im „Tannenhof" in Lentföhrden. Landesvorsitzender wird Robert Bartke (Heide). Weitere Vorstandsmitglieder sind Hans Eckard (Lübeck), Joachim Arnstedt (Eckernförde), Heinz Ohm (Kiel) und Helmut Thiedemann (Plön).
- Bei einer weiteren Versammlung der DVU in Lentföhrden, zu der Frey jun. und der Bremer DVU-Abgeordnete Altermann anreisen, müssen am 22.Januar 1989 „mehrere junge DVU-Anhänger vor den aufgebrachten Demonstranten, die ihnen auf der B 4 nachsetzten, die Flucht ergreifen", wie die Segeberger Zeitung zu berichten wußte.
- Auch beim NPD-Wahlkongreß mit DVU-Chef Frey sen. im April 1989 in Weddingstedt sehen sich die FaschistInnen mit antifaschistischen Blockaden konfrontiert. Beim Treffen in „Kolls Gasthof" u.a. mit dabei: Reimer Diercks (stellv. NPD-Landesvorsitzender), Sigrun Schurbohm (inzwischen stellv. Bundesvorsitzende der Jugendorganisation der NPD) und Jens Katzer (JN-Aktivist seit Anfang der 80er und seit mehreren Jahren im Landesvorstand der NPD in Schleswig-Holstein).
- Im Zuge des Europawahlkampfes führt die *DVU-Liste D* auch im Norden mehrere Veranstaltungen durch. Während die Besetzung des Veranstaltungssaals in Großenbrode Anfang Juni durch 70 AntifaschistInnen zur Absage des Treffens führte, war es vorher in Neumünster und Flensburg zu Polizeieinsätzen gegen die zahlenmäßig stark vertretenen AntifaschistInnen gekommen. Die DVU-Treffen konnten zumindest behindert werden.
- Als Vertreter eines „Übersiedler-Freundeskreis" treten der neue DVU-Landesvorsitzende Hans-Jürgen Brandt (Itzehoe) und der Steinburger Kreisvorsitzende Ingo Schachtschneider (St. Margarethen) im Herbst 1989 gegenüber MitarbeiterInnen vom Deutschen Roten Kreuz auf, um Zugang zu den Übersiedlerheimen und damit eine weitere Möglichkeit zur Verbreitung ihrer revanchistischen Hetze zu bekommen.
- Bereits Ende 1990 mobilisiert die DVU zu ihrer alljährlichen Großveranstaltung nach Passau. In Schleswig-Holstein sind die Organisatoren die DVU-Landesvorstandsmitglieder Ingo Stawitz und Roland Schulze (Plön).
- Zu einem DVU-Frühschoppen Mitte Juni 1991 lädt der *DVU-Liste D*-Kreisvorsitzende und NPD-Bundestagskandidat Roland Schulze in den Landgasthof „Waldlust" nach Kühren bei Kiel ein. Die Kreisverbände Ostholstein und Plön werden gegründet.
- Den DVU-Landesvorstand stellen Mitte 1991 Hans-Jürgen Brandt (Vorsitz), Ingo Stawitz (Stellvertreter) und Kurt Parnemann, Ingo Schachtschneider, Roland Schulze und Lothar Wegner als Beisitzer.
- Am letzten Augusttag 1991 führte die *DVU-Liste D* ihren Landesparteitag im „Lindenhof" in Westerhorn in Anwesenheit ihres Chefs Gerhard Frey durch. Die Umbenennung in DVU kann beschlossen werden, nachdem ein Teil der Delegierten mit Polizeihilfe „Transportschwierigkeiten" überwunden hat.
- In Hohn traf sich die DVU am 9. November zu einer Mitgliederversammlung, bei der die KandidatInnen für die anstehende Landtagswahl aufgestellt wurden. 45 Wahlkreis- und 30 ListenkandidatInnen wollen für die DVU antreten, z.B. im Wahlkreis 8 (Schleswig-Süd) Maik Fischer (Meldorf), im Wahlkreis 18 (Kiel-Mitte) Ingo Stawitz (Uetersen), im benachbarten Wahlkreis 17 Hans-Joachim Nolte (Mölln) und in Eutin-Süd Bernd-Uwe Pötschke (Stockelsdorf). Aus verschiedenen Städten waren die DVU-Leute von örtlichen Treffpunkten angereist, die sich - wie schon in Bremen - in der Nähe von Polizeistationen befanden.

Henning Wolff und das Fehmarnsche Tageblatt

Zum Stellvertreter Freys in der „Deutschen Volksunion e.V." wurde bei der DVU-Großveranstaltung im bayerischen Passau im März 1990 Henning Wolff gewählt. Ein gutes Jahr vorher war im „Deutschen Anzeiger" (inzwischen mit der „Deutschen Wochen-Zeitung" zusammengelegt) in der Serie „Woran glauben Sie?" ein Porträt des Verlegers und Herausgebers des „Fehmarnschen Tageblattes" erschienen. Seit 1975 erscheint das Blatt, das mit einer täglichen Auflage von 2500 Stück vor allem auf der Insel Fehmarn gelesen wird, unter der Regie Wolffs.
Werbung für Programm und Aktivitäten der DVU werden dort ebenso ungeniert als redaktioneller Text gebracht wie Bücher aus Freys Buchdienst zum Lesen empfohlen (z.B. „Vorsicht Fälschung"). Wolff selbst, früherer Landespressesprecher des BHE und zudem in der „Landsmannschaft Ostpreußen" tätig, schreibt neben seinen Kolumnen im eigenen Blatt auch gern mal Leserbriefe an die „Kieler Nachrichten", die „WELT" oder an die „Deutsche Wochen-Zeitung", in denen er die Kritik an der DVU als undemokratisch denunziert oder den rassistischen Wahlkampfspot der REP im Westberliner Wahlkampf 1989 verteidigt.
Diese massive Propaganda für die DVU bleibt nicht ohne Wirkung. So erreichte die

DVU bei den Europawahlen in Burg auf Fehmarn 5,6%, in Landkirchen 4,7%, in Bannesdorf 4,9% und in Westfehmarn gar 7,1% - deutlich mehr als der Landesschnitt von 1,3%.

1992: Wahl in Schleswig-Holstein

Zur Zeit ruft die DVU über die Frey-Presse und in Drucksachen zur Unterstützung des kommenden Wahlkampfes in Schleswig-Holstein auf. Diese könne in der Sammlung von Unterschriften, der Tätigkeit als WahlkampfhelferIn oder gar in der Kandidatur für den Landtag bestehen. Dabei scheint es wahrscheinlich, daß die DVU auch in Schleswig-Holstein auf öffentliche Veranstaltungen weitgehend verzichtet und sich ganz auf den Einsatz von Plakaten und ähnlichen Werbemitteln konzentriert. Der Wahlkampf im Norden, für den zusätzlich bezahlte Kräfte angeworben werden, wird jedenfalls von der Münchner Zentrale aus gelenkt.

Und ob auch im nördlichsten Bundesland wie in Bremen zum Schutz der DVU-Plakate Skinheads umherschweifen, bleibt abzuwarten. Ganz ausgeschlossen ist dies wohl nicht. Bereits Anfang der 80er Jahre bestanden bspw. Verbindungen zwischen dem Lübecker DVU-Mann Ernst Sellnau und militanten Neofaschisten der ANS/NA. Aus Kiel ist zu hören, daß der Ex-ANS/NA- und FAP-Mann Thomas Nelson, der bei den Europawahlen im Juni 1989 für die DVU tätig war, seine Verbindungen zur Nazi-Skin-Szene vertieft hat und mit jungen Faschisten Wehrsportübungen macht. Und am letzten Landesparteitag der DVU nahm eine Reihe von Skinheads teil.

Zu den politischen Schwerpunkten des rassistisch und nationalistisch geführten Wahlkampfes werden auch die Situation in den Ostseehäfen und der Landwirtschaft gehören. So hat die DVU kürzlich zur Solidarisierung mit den demonstrierenden Bauern aufgerufen.

AVANTI - projekt undogmatische linke
(Diese Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift AVANTI Nr. 4. Er wurde für die ATZE aktualisiert.)

Schleswig-Holstein:

REPUBLIKANER PASSÉ ?

Zuletzt hatten den schleswig-holsteinischen REP nur noch die Austritte führender Mitglieder Schlagzeilen eingebracht. Unter Leitung von Peter-Michael Jensen (Itzehoe) versucht der Landesverband nun wieder Fuß zu fassen.

Einige Mitglieder des nördlichsten Landesverbandes hatten am 22.10.91 in Lübeck mit Transparenttafeln an einer Demonstration von Bauern und Bäuerinnen gegen die EG-Agrarpolitik teilgenommen, andere waren im November nach München gereist, um an der bundesweiten REP-Demo teilzunehmen, die Schönhuber als Zeichen verstanden wissen will, daß sich die REP nicht länger in die - stigmatisierte - rechtsextreme Ecke (ab)drängen lassen wollen. Eine derartige Demonstration mit über 1000 TeilnehmerInnen ist den REP freilich zur Zeit nur in Bayern möglich. In Schleswig-Holstein hat die Organisation zahlreiche Mitglieder verloren, darunter eine Reihe von wichtigen Funktionsträgern.

Der ehemalige Landesvorsitzende Emil Schlee (Austritt: 4/91) verdingt sich bei der „Deutschen Volksversammlung“ (DVV), auf deren erstem Treffen in Weimar er am 21.9.91 die Grundsatzrede hielt. Dabei beschwörte er nicht nur die Möglichkeit einer neuen Weltmachtrolle Deutschlands, sondern lobte auch die Arbeit und Bedeutung jener Geschichtsfälscher, die das NS-Regime und seine Hintermänner von Auschwitz und der Schuld am 2. Weltkrieg freisprechen wollen. Schlees Kommentare zum Zeitgeschehen finden sich in letzter Zeit besonders in der antisemitischen Zeitschrift CODE; die DVV hielt Ende Oktober ein regionales Treffen in Nortorf ab.

Der Lübecker BGS-Beamte Thomas Schröder, kurzzeitig Nachfolger Schlees als Rep-Chef in SH, gründete bereits im Mai 1991 den „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP), der im rechten Lager überparteilich tätig sein soll. Der AfDP arbeitet eng mit den Berliner Republikanern um Carsten Pagel und Rudolf Kendzia zusammen, die im Herbst 1991 die Partei verliessen. Schröder hat zudem bereits Kontakte zur *„Deutschen Liga für Volk und Heimat“* (DL) aufgenommen, bei deren Versammlung in Hartenholm er Grußworte sprach. Anwesend war dort ebenfalls Hans-Jürgen Sabrautzky, ehemaliger stellv. NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, der bei der Gründungsversammlung der DL in Hamburg eine führende Rolle spielte. Die DL hat auf eine Wahlteilnahme im April verzichtet, jedoch der DVU Unterstützung angeboten.

Die REP jedenfalls wollen ihr Glück bei der Landtagswahl am 5. April 1992 versuchen. Anfang November beschlossen sie beim Parteitag in Schwesing, bei ihrem Bundesvorstand einen Antrag auf Teilnahme zu stellen. Per Anzeige in den *Kieler Nachrichten* (25.1.92) verkündeten sie, daß ihre KandidatInnen in allen 45 Wahlkreisen antreten würden.

Dokumentiert

Wir haben in der Nacht zum 23.9.91 dem Busunternehmen Quant in Wilster (Schleswig-Holstein) einen Besuch abgestattet. Das Busunternehmen Quant ist in der Vergangenheit mindestens einmal für eine faschistische Organisation gefahren.

Wir haben mit Abbeizer auf einen Bus „DVU zerschlagen“ und auf einen anderen „Fahr keine Nazis“ geschrieben. Ausserdem haben wir mehreren kleinen Bussen die Reifen zerstochen. Es bereitete uns mit handelsüblichen Werkzeugen Probleme die Reifen der großen Busse zu zerstören.

Mit dieser Tat wollen wir Quant und alle anderen Busunternehmen warnen nicht noch einmal für Faschisten tätig zu werden. Vor einiger Zeit (14.5.88) fackelten Kollegen von uns aus denselben Motiven das Busunternehmen Meißner in Elmshorn ab. Da wir nicht gezwungen werden wollen zu so drastischen Mitteln greifen zu müssen fordern wir Antifaschisten Schüler-Schülervertretungen Lehrer-Lehrerkollegien Abgeordnete und Arbeiter auf auf Quant und alle anderen Busunternehmen Druck auszuüben.

Ihr könnt Leserbriefe an Zeitungen schreiben Briefe an Kreis- oder Gemeindevertretungen schreiben ihr könnt versuchen daß solchen Busunternehmen die Lizens zur Schülerbeförderung zu den Schulen entzogen wird. Ihr könnt euch zusammentun um solche Unternehmen zu boykottieren und es gibt noch viele andere schöne Dinge die ihr tun dürft oder könnt!

KEIN FUßBREIT DEN FASCHISTEN !!!!
Solidarität mit Knut und Ralf
und den anderen politischen Gefangenen !!!!!

gez. Eric Athur Blair

Liebe Jugend-Antifas !

Ende letzten Jahres kamen ein paar von uns auf die Idee, unsere Kräfte in einer Dachorganisation zu vereinen. Wir haben dann einfach einen Termin festgelegt, uns mit ein paar Leuten getroffen und die Antifa-Jugend-Aktion (AJA) ins Leben gerufen.

Wir wollen mit der AJA die gespaltene Antifa-Jugendszene wieder zusammenbringen und ein Sammelbecken und Anlaufpunkt für neu dazukommende oder nicht organisierte Antifas darstellen. Auf großen Plenen ist es auch sicherer und einfacher gesicherte Infos auszutauschen, um Gerüchten über Faschoattacken, Aktionen und Bewegungen in der Antifaszene vorzubeugen. Außerdem können wir auch über das Verhältnis zwischen Jung- und Alt-Antifas sprechen und die „Alt-Linken" in Überheblichkeiten und arroganten Nebenbemerkungen kritisieren („Krieg' Du erstmal so viel Erfahrungen wie ich!"; „... die jugendlichen Gewalt-Kamikaze-Gruppen mal wieder!"). Als weitere Funktion ist uns die zahlenmäßige Masse an Leuten bei Aktionen wichtig.

Wir haben dann zum „Ankurbeln" die Antifa-Jugend-Party am 14.12. in der Meierei organisiert, zu welcher aber dann nicht die erwarteten Massen von Leuten kamen. Trotzdem haben wir aber mit 50 Leuten einen netten Abend gehabt und den Termin für das erste große AJA-Treffen verabredet.

Zu diesem Treffen erschienen dann ziemlich viele Leute und wir haben uns nach nettem Kennenlernen und Erfahrungsaustausch über weitere AJA-Projekte unterhalten. Die Landtagswahlen im April und die Wiederinstandsetzung des Cafes in der Meierei, das dann auch zwei bis drei Mal die Woche geöffnet werden wird, waren die wichtigsten Ideen. Weiterhin haben wir vor, uns mit einigen Leuten hinter die Flüchtlingsarbeit und die Arbeit für politische Gefangene zu klemmen (**schöne Grüße an Knud und Ralf und Power durch die Mauer bis sie bricht**), Straßentheater und viele Antifapartys zu organisieren und Aktionen gegen öffentlich auftretende Faschisten durchzuführen. Als erste Aktion haben wir in der Vorweihnachtszeit Flugblätter vor der „Buchhandlung am Dreiecksplatz" verteilt.

Wir sind zwar schon ziemlich viele Leute - aber noch lange nicht genug: Also kommt alle, solange Ihr euch noch jugendlich fühlt, zum nächsten Treffen am **29. Januar um 17 Uhr ins Merhaba (Harmsstraße 17)**. Wenn Ihr diesen Termin verpennen solltet, könnt Ihr jeden Donnerstag in der Volxküche (auch im Merhaba) nachfragen, wann und wo wir uns das nächste Mal treffen.

Schlagt die Nazis wo ihr sie trefft!

Antifa-Jugend-Aktion

The never ending story

Die „Buchhandlung am Dreiecksplatz" steht schon über einen längeren Zeitraum hinweg im Blickpunkt des Interesses der Kieler AntifaschistInnen; zu bekannt waren die Aktivitäten des Besitzers, Dietmar Munier, zu klar die Funktion, die der „Buchladen" in der rechtsextremistischen Szene hat.

Doch Frust und Resignation über die Tatsache, daß der auf den „Buchladen" ausgeübte Druck relativ wenig Konsequenzen hatte, und die Konzentration auf andere wichtige Themen gaben Munier die Möglichkeit, rechtsextremistisches Gedankengut relativ ungehindert verbreiten zu können.

Doch damit soll jetzt Schluß sein!! Den Anfang für eine längst überfällige Kampagne gegen den Buchladen haben wir, etwa 10-15 zumeist jugendliche AntifaschistInnen, im Rahmen einer AJA-Aktion gemacht.

Pünktlich zur Vorweihnachtszeit verteilten wir Flugblätter vor der „Buchhandlung am Dreiecksplatz", die Muniers ahnungslose KundInnen über seine Aktivitäten hinsichtlich der Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes etc. aufklären sollten.

Die Aktion als solche war ein voller Erfolg: Wir konnten in etwa 2 Stunden 500 Flugblätter verteilen und ungefähr 20 (nun ehemalige!) KundInnen der „Buchhandlung am Dreiecksplatz" überzeugen, ihre Bücher doch woanders zu kaufen.

Ein Wermutstropfen fällt allerdings schon auf diesen Nachmittag: Wir wir später feststellten, haben uns zwei Zivi-Bullen beobachtet (ja, ja, big brother is watching you).

Wer/welche jetzt allerdings denkt, daß er/sie sich nun bequem in den Ohrensessel zurücklehnen kann, der/die irrt. Solange die „Buchhandlung am Dreiecksplatz" als Umschlagplatz rechtsextremistischer Ideologie fungiert, müssen wir möglichst auf ***verschiedenen*** Ebenen aktiv werden, und nicht eher ruhen bis Munier seine Aktivitäten und damit zwangsläufig auch die „Buchhandlung am Dreiecksplatz" aufgibt bzw. aufgeben muß!

Kiel - Hasselteich

Ein idyllisches Fleckchen Kiel.. Im Hintergrund Wiesen und Felder. Dann die Autobahn. Ein leises aber konstantes Rauschen erinnert daran. Blick auf die Wiesen: Linker Hand Wald. Ein schöner, lichter Mischwald. Dickicht, kleine Trampelpfade, zwei Feldwege durchziehen das ganze. Weiter vorne, Richtung Hasseldiecksdammer Weg stehen Einfamilienhäuser. Gemütliche Familienparadiese am Rande der Stadt.
Kiel Hasselteich: am Rande der Stadt stehen dort, am Ende der Straße, wo niemand mehr als einen Parkplatz vermutet, mehrere Wohnblöcke. Typische mehrstöckige Bauten, geeignet möglichst viele Menschen, möglichst kostengünstig zu beherbergen. Wohnblöcke, wie man sie überall in der BRD, an den Stadträndern findet. Ab vom Schuß, für diejenigen, die möglichst nicht die ganze Zeit im Stadtbild auftauchen sollen.

Kiel - Hasselteich:

ein paar deutsche Familien, ansonsten Flüchtlinge. Ein Kindergarten mittendrin. Zum Einkaufen müssen die Flüchtlinge schon ein gutes Stück zu Fuß. Busanbindung direkt nach Kiel - Zentrum gibt es nicht.
Eigentlich sind die Wohnungen nicht so schlecht: wie halt Wohnungen aussehen und riechen, deren Einrichtungen vom Sozialamt gestellt werden. Große alte Teppiche, komische abgewohnte Möbel, wie sie vor 15 Jahren in vielen Wohnungen zu finden waren. Die Wohnungen sind immerhin nicht feucht, sie sind heizbar.

Oktober 1991

Skinheads haben sich angemeldet. Sie haben Nazi-Plakate geklebt - an die Häuserwände. Sie haben gedroht nachts die Häuser zu überfallen - schon morgen.
Erstmals gibt es Kontakte zu Kieler AntifaschistInnen. Diese, durch die Vorfälle in der ehemaligen DDR, in der BRD, vor allem durch den grausamen Anschlag in Hünxe aufgeschreckt, treffen sich. **„Wir müssen die Flüchtlingswohnungen schützen“**. Treffen, absprachen. So ganz weiß niemand was wir eigentlich machen sollen, wenn wir eine größere Gruppe von Faschisten, oder was sich als solche gebärdet, treffen. Abfahrt zum Hasselteich. Als wir ankommen, sehen wir, daß wir zu spät sind. Eine Viertelstunde vorher waren die AngreiferInnen schon da gewesen. Sie haben die Fenster einer Flüchtlingsfamilie eingeworfen. Glück im Unglück: die Kinder, die sonst in dem Zimmer schlafen, waren noch nicht im Bett.
Zusätzliches Pech: die Reparatur wird, bei Nachttemperaturen von -5 Grad „einige Tage“ dauern. Städtische Hausverwaltungen brauchen noch ein bißchen länger, wenn es sich um Flüchtlinge handelt. Überhaupt dauert alles etwas länger, wenn man als Flüchtling oder Sozialhilfeempfänger in der BRD lebt.



Nun stehen wir, das heißt ca. 20 Menschen, die durch die Antifa-Telefonkette mobilisiert wurden, und die Bewohner der Häuser also auf der Straße. Erste Kontakte. Das folgende soll sich in den anschließenden Wochen immer wieder wiederholen: Rumstehen, warten. Einige durchstreifen den Wald, auf der Suche nach den Jungfaschisten. Einige fahren mit Autos rum, um eventuelle Zusammenrottungen früh genug zu entdecken. Die Angreifer schlagen zu aus der Ungewissheit, wann sie wollen, wo sie wollen.

Es gibt zig Wohnungen und Häuser in Kiel, in denen Flüchtlinge wohnen. Viele liegen ähnlich wie die am Hasselteich. Überall gibt es ein paar in der Gegend wohnende Skins bzw. Faschos, die alleine , oder mit Freunden bei Gelegenheit, nach Feten oder an langweiligen Abenden wissen, wie sie sich die Zeit vertreiben können. Und trotz des Wissens um unsere Unzulänglichkeit, um die Fragwürdigkeit des direkten Nutzens unserer Anwesenheit, klappt es die nächsten Wochen ganz gut.
Dabei wird uns einiges bewußt. Solcherlei Angriffe gab es schon lange. Den ganzen Sommer über randalierten öfters Jungfaschisten vor den Häusern, wurden ab und zu FAP Plakate und ähnliches geklebt. Die Flüchtlinge sind auch nicht so hilflos wie sie oft in den Medien dargestellt werden, oder auch in unserer Vorstellung erscheinen. Lediglich nächtliche Angriffe, bei denen heute noch Steine fliegen, machen auch sie hilflos.
Alles in allem haben Ereignisse wie diese im Herbst 1991 in der ganzen BRD stattgefunden. Fast überall, so auch am Hasselteich, sind die Aktivitäten der UnterstützerInnen aber bald darauf auch wieder zurückgegangen. Aus unserer Hilflosigkeit heraus, direkt nichts erreichen zu können, wurde verstärkt Kraft in „politische“ Aktionen, die Großdemo im November, die Unterstützung der Flüchtlinge in Norderstedt, das „Grenzenlos“ etc. gesteckt. Direkte Aktionen wie Patrolienfahren etc. verlagerten sich wieder auf Gegenden wie um das Ströhmann , wo fast jedes Wochenende mittlere bis größere Gruppen von Faschisten rumhängen.Was bei den Flüchtlingswohnungen passiert ist aus der direkten Wahrnehmung der meisten von uns verschwunden. Und auch die Kontakte, die Diskussion mit den dort lebenden Menschen haben abgenommen.

Kein Vergeben, aber Vergessen?

Die Stimmung des Herbstes 91 war geprägt von den gewalttätigen Angriffen junger Faschisten auf Flüchtlinge und Emmigranten. Die Häufigkeit und die Brutalität dieser Angriffe, die zeitweise fast wöchentlich Menschen das Leben kosteten, schockierte größere Teile der Bevölkerung. Viele dieser Menschen waren bereit, sich gegen solcherlei Angriffe zu engagieren. Dieses Engagement konnte, wie wir das von sozialen Bewegungen her kennen, eigentlich nicht besonders lange anhalten. Allerdings wurde schon frühzeitig von denjenigen, die kontinuierlich Antifaarbeit betreiben, versucht, mehr Beteiligte fester einzubinden. Dies scheint in geringem Umfang auch gelungen zu sein.

Das größte Problem bei den Versuchen, mehr Menschen für diese kontinuierliche Arbeit zu gewinnen, scheint das geringe Maß an tatsächlicher direkter Betroffenheit. Als weiße/r Mittelstandsdeutsche/r, der/die in der entsprechenden Gegend wohnt, in entsprechenden Örtlichkeiten die Freizeit verbringt, ist Mensch eigentlich nur via Television bzw Radio/Zeitung mit rassistischer Gewalt konfrontiert. Auch die Gefahr auf der Straße von Faschisten/ Rassisten angepöbelt oder gar angegriffen zu werden, besteht zumindest für die Männer nicht. (Bei sexistischen Angriffen gegen Frauen spielt allerdings das politische Glaubensbekenntnis der Täter für die Frau keine Rolle.)

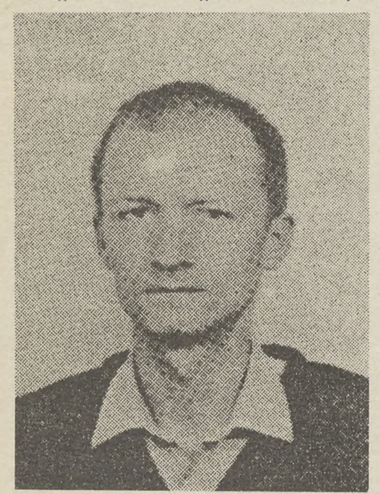
Dauerhaftes Interesse an antirassistischer / antifaschistischer Arbeit kann jedoch nur entstehen, wenn immer mehr Menschen rassistische Angriffe direkt erleben, die Konfrontation mit Rassisten und Faschisten suchen. Es fragt sich also, wann hier in Kiel endlich begonnen wird, die Kontakte zu den hier lebenden Flüchtlingen und EmigrantInnen verstärkt zu vertiefen. Einzelne Personen, die sich zum Teil schon lange und engagiert um solche Kontakte kümmern, gibt es bekanntlich. Es wäre also Zeit, aus dieser individuellen Praxis endlich zusammen mit mehr Menschen organisierte Kontakte zu entwickeln. Denn Antirassismus ist nicht nur auf Demonstrationen und bei besonderen Gelegenheiten gefragt, sondern in erster Linie im Alltag. Immerhin bestehr ja die Möglichkeit, wenn kein direkter Kontakt zu Flüchtlingen und ImmigrantInnen da ist, über das Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung solche Kontakte herzustellen. Vieleicht ja ein Ansatz für einige? *Fantomas*

Kurz und knapp !

Rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse erschien ein Buch, an dem die Fachwelt bereits heute - nur wenige Monate nach seinem Erscheinen - nicht mehr vorbeisehen kann. Dem Autor, einem begabten Doktoranden der Rechtswissenschaften, ist hier ein kleiner Geniestreich gelungen, den wir den geneigten LeserInnen nicht vorenthalten wollen.

Wer bei dem Titel des Buches „Was macht der Häuptling?" allerdings Indianergeschichten erwartet, sieht sich getäuscht. Der Autor entwirft vor unseren Augen die faszinierende Welt des Herrschens. Auf prallen 50 Seiten im praktischen Postkartenformat (A 6) entwirft Bernhard Kurz, der 1988 in München sein erstes juristisches Staatsexamen abgelegt hat, eine erstaunliche Systematik der „Maßnahmen des Herrschens", wie es im Untertitel heißt.

Besonderes Augenmerk richtet der Autor dabei auf Wesen, Funktion und Aufgaben von „Führer" und „Unterführer", zwei gera-



Der junge Autor: Steht er vor einer großen literarischen Karriere?

dezu klassischen Figuren aus Geschichte und Gegenwart. In beeindruckender Weise kombiniert Kurz, der sein Werk als „Lerndarstellung für Häuptlinge" (S. 27) verstanden wissen will, Abstraktes und Alltägliches.

Dabei scheut er auch vor eingängigen Beispielen nicht zurück. Um den „Dreischritt Zielsetzung - Ablaufplanung - Planverwirklichung" den zukünftigen Häuptlingen verständlich zu machen, schreibt er: „Die kleine Susi möchte gerne in ihrem Zimmer an einer bestimmten Stelle einen Nagel in die Wand schlagen" (Achtung: Zielsetzung!) - „Um den Nagel in die Wand zu schlagen, will Susi zuerst Hammer und Nagel holen, dann mit der linken Hand den Nagel senkrecht so an die Wand halten, daß die Nagelspitze die Wand an der vorgesehenen Stelle berührt, und dann schließlich mit der rechten Hand den Hammer so lange auf den Nagelkopf schlagen, bis der Nagel zur gewünschten Tiefe in der Wand steckt. (Das war die Ablaufplanung!) - Susi holt Hammer und Nagel. Dann hält sie mit der linken Hand....." usw. usf. (Planverwirklichung).

Ohne aufdringlich zu wirken, gelingt es unserem Autor mit diesem, streckenweise an Klassiker der Weltliteratur erinnernden Stil an dieser Stelle auch, auf seine handwerklichen Fähigkeiten hinzuweisen. Etwas mehr Farbe, möglicherweise durch eine Beschreibung des „Führers", dessen Bild das Heim des Autors schmückt, wäre hier dem Verständnis allerdings entgegengekommen.

Bernhard Kurz ist Eingeweihten bereits durch seine Aktivitäten an der ehrwürdigen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel aufgefallen. Dort kandidierte er 1989 für die rassistische Gruppierung LISA zu den Stupa-Wahlen und wurde später Landesbeauftragter des bereits vor einiger Zeit selig verschiedenen RHV *(Republikanischer Hochschulverband)*. Nach einem kurzen Ausflug in die Lokalpolitik als Mitglied des Ortsvorstands der REP in Kiel-West, hat sich Kurz jetzt der Literatur zugewandt.

Dabei scheint es so, als habe ihn seine Biographie nachhaltig beeinflusst. Denn klingt da nicht ein wenig Bitterkeit durch, wenn der im REP-internen Kampf gescheiterte Jungpolitiker Kurz gegen Ende seiner Ausführungen anmerkt: „Wenn geklärt ist, wer der Führer ist, dann sind alles weitere nur noch die Maßnahmen des Herrschens, insbesondere Aufgabenzuweisung." (S. 56) Im Abschnitt 6 befasst sich Kurz unter der Überschrift „Der Bereich der Zerstörung. (Der Bereich der Ordner.)" auch kurz mit dem „antifaschistischen Schwarzen Block", den er als Beispiel für Ordnertätigkeiten anführt. Nicht auszuschliessen, daß sich hier der Rauswurf aus einer Veranstaltung zu einem Trauma verdichtet hat.

Besonders überzeugen können auch die - fast ausschließlich ganzseitigen - Abbildungen, die in ihrer gestalterischen Konzeption Maßstäbe für ähnliche Publikationen setzen dürften (vgl. unsere Abbildung in Originalgröße).

Im Anhang des Buches finden wir in ihrer Nüchternheit geradezu verblüffende Einsichten. So schreibt Kurz, aus der ganzen Tiefe seiner reichen Lebenserfahrungen schöpfend: „Die Kernfrage jeglicher Arbeitsteilung ist in jedem Fall die Frage: Wer soll was machen?" Si tacuisses ....

Abbildung 4. Die vier Bereiche, denen die Maßnahmen des Führers entstammen können.

Zielsetzung

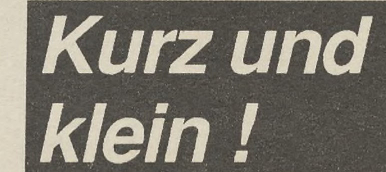
Aufgabenzuweisung

Mitarbeiterführung

Facharbeit

26

Dank gebührt darob dem Kieler Franz-Kurz-Verlag (ja, ja, dem Bernhard sein Bruder), der mit der Veröffentlichung dieser weit über dem Niveau einer Erstsemesterarbeit anzusiedelnden Schrift ein nicht unerhebliches verlegerisches Risiko einging, und dennoch keine Mühen scheute, das Buch nicht in falsche Hände geraten zu lassen und eine Belieferung des örtlichen Zapata-Buchladen verweigerte.



Isolierung der Deutschen Unitarier weiter nötig!

Immer noch nicht entschieden hat der DPWV-Landesverband in Schleswig-Holstein über die weitere Mitgliedschaft dreier, mit den „Deutschen Unitariern" verbundenen Organisationen. Auf insgesamt drei Sitzungen, zu denen der DPWV im zweiten Halbjahr 1991 neben der DUR und den betroffenen DUR-nahen Einrichtungen auch interessierte DPWV-Mitgliedsorganisationen sowie das Antifaschistische Forum Kiel geladen hatte, wurde vor allem auf der Grundlage umfangreicher antifaschistischer Recherchen über den völkisch-rassistischen Charakter dieses Verbandes diskutiert. Das als Antwort von Wolfgang Deppert, dem ehemaligen Leiter des Geistigen Rates der DUR, vorgelegte Papier stellte freilich die anwesenden DPWV-Mitgliedsorganisationen, die den Ausschluß der drei DUR-nahen Organisationen aus dem DPWV fordern, keineswegs zufrieden, werden sie darin zum Teil doch sogar übelst beschimpft. Dem Landesvorstand des DPWV reichte die hilflose Stellungnahme Depperts zunächst einmal auch nicht; er forderte die drei DUR-nahen Mitgliedsorganisationen zu separaten Antworten auf die detaillierte Kritik von antifaschistischer Seite auf. Auf die Ergebnisse darf mensch gespannt sein.

Wolfgang Deppert jedenfalls fordert in seinem Weihnachtsgruß in der Monatsschrift der Deutschen Unitarier Kiel dazu auf, „unbeirrt an unserem unitarischen Glauben fest(zu)halten". Da wird sich auch Gerd von Kamptz gefreut haben, dem im selben Heft Geburtstagsgrüsse übermittelt werden. Gerd von Kamptz kandidierte im Oktober 1959 für die „Deutsche Reichspartei" im Kieler Wahlkreis 24. In den siebziger und achtziger Jahren waren seine Leserbriefe in der Zeitschrift „Die Bauernschaft" des international bekannten Neonazis Thies Christophersen zu finden. Erfreulich allerdings ist, daß die „Freidenker", zu denen die Deutschen Unitarier engere Verbindung zu knüpfen beabsichtigen, in verschiedenen Landesverbänden den völkisch-rassistischen Charakter dieser Organisation durchaus kritisch beurteilen.

Ohne Erfolg blieb der Kieler DUR-Gemeindeleiter Wolfgang Deppert zudem bei seinem Versuch, einen Kieler Antifaschisten gerichtlich zum Widerruf kritischer Aussagen zu zwingen. In einem Leserbrief in den örtlichen „Kieler Nachrichten" hatte letzterer sich mit dem Selbstverständnis der Verantwortlichen des Kommunikationszentrum "pumpe" beschäftigt, in dem Anfang 1991 ein geplanter Vortrag Depperts von AntifaschistInnen verhindert worden war. U.a. schrieb er: „Am konkreten Beispiel der Unitarier heißt das für uns, die Auseinandersetzung mit Menschen zu suchen, die dort organisiert sind und nicht feststellen können, was an diesem Verein faschistisch ist, hingegen aber Podiumsdiskussionen mit dem Kieler Dozenten Wolfgang Deppert, ..., nicht durchzuführen. Daß Ex-Linke, ..., es immer wieder besonders süffisant finden, angebliche 'Tabus' der Linken zu durchbrechen und dann eben auch mal Faschisten in die angeblich antifaschistische Pumpe einzuladen, kann eigentlich für alle Antifaschisten nur Anlaß sein, dieses antifaschistische Selbstverständnis der Pumpe zu hinterfragen."

Deppert fühlte sich durch diese angeblich „ehrenrührige und verleumderische öffentliche Brandmarkung als Faschist" in seiner Ehre gekränkt und in seinem öffentlichen und beruflichen Wirken behindert. Er erstattete nicht nur Strafanzeige wegen Beleidigung, sondern verlangte durch den Kieler Anwalt Graf Kerssenbrock von dem Antifaschisten, „seine Behauptung, der Kläger sei ein Faschist, in einem Leserbrief an die KN zu widerrufen". Da dieser sich weigerte, kam es am 22.10.1991 vor dem Landgericht Kiel zum Prozeß.

Dieses wies die Klage Depperts, der inzwischen auch an der Berliner Humboldt-Universität, u.a. zusammen mit Rudolf Bahro, lehrt, zurück. In der mündlichen Urteilsbegründung wies das Gericht darauf hin, daß Deppert jedenfalls nicht direkt als Faschist bezeichnet worden sei, und daß die Äußerung zum anderen in Ausübung des Rechts zur freien Meinungsäußerung im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung erfolgt sei. Bis Anfang Januar hatte Kerssenbrock seine Androhung, das OLG Schleswig anzurufen, nicht wahrgemacht. Abzuwarten bleibt, ob die Staatsanwaltschaft (strafrechtlich) Anklage wegen Beleidigung erheben wird.

Dokumentiert

Schlesisches Sozialwerk im Abseits

München. Flüchtlingsschicksale und das Elend der Vertreibung scheinen ausgerechnet bei einer landsmannschaftlichen Einrichtung in Vergessenheit geraten zu sein. Stattdessen kommt Gedankengut, das längst der Vergangenheit angehören sollte, wieder hoch. Das beweist ein Brief des Schlesischen Sozialwerks an den Paritätischen Wohlfahrtsverband Bayern, in dem es sich über den starken Rückgang seiner Sammelergebnisse beklagte.

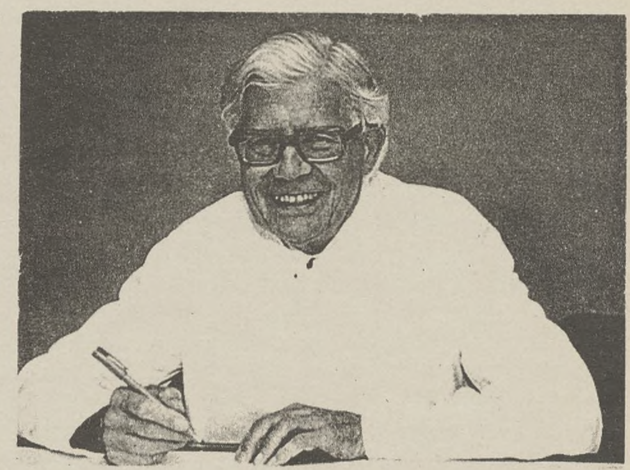
Der Vorsitzende Erich Wolfgardt führte das freilich nicht darauf zurück, daß mehr als 45 Jahre nach Kriegsende immer weniger Leute von der Dringlichkeit einer Aktion für Schlesier zu überzeugen sind. Als Ursache müssen die Aufwendungen für Asylbewerber herhalten; gleichzeitig werden die heutigen Flüchtlinge diffamiert: „Wahrscheinlich sieht kein Mensch mehr ein, wenn die Bonner Geldvergeuder fast 60 Milliarden jährlich an Kriminelle, Tagediebe und Faulpelze aus aller Welt ausgeben, während die junge deutsche Familie kaum Wohnung bekommt und finanziell unterversorgt ist, die Wohlfahrtsverbände noch mitmachen - und wie bei einigen Verbänden selbst Finanzgaunerei betreiben - für einen solchen Staat noch Spenden auszugeben." Wolfgardt verstieg sich zu der Behauptung: „Schuldlos sind diejenigen, die gegen die Asylanten vorgehen, schuldig sind diejenigen, die in den Ministerien und dem Bundestag mit guten Pfründen sitzen und nichts unternommen haben."

Der Paritätische Wohlfahrtsverband reagierte prompt: Der Vorstand entschied einstimmig, das Schlesische Sozialwerk wegen ausländerfeindlicher und nationalistischer Äußerungen auszuschließen. Bei seiner letzten Mitgliederversammlung setzte der Verband außerdem ein Signal, indem er drei Mitgliedsorganisationen ehrte, die sich seit Jahren gegen Rassismus und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit AusländerInnen engagieren die „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen - Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften (IAF)", die „Initiative für Flüchtlinge (IfF)", beide in München ansässig, sowie die „Indienhilfe - Verein für deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit" aus Herrsching.

(Süddeutsche Zeitung 20.12.1991)

Schon gehört?





Abgesagt wurde der für den 9.November im Audimax der Kieler Universität geplante Vortrag von Dr. M. O. Bruker. Auf Einladung der Regionalgruppe Kiel von Brukers „Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB e.V." (Lahnstein) sollte er über „die wahren Ursachen und Möglichkeiten der Verhütung von ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten" sprechen. Nachdem von antifaschistischer Seite zunächst der Allgemeine StudentInnen-Ausschuß auf die Verbindungen und Aktivitäten Brukers in rassistischen Kreisen hingewiesen worden war, entschied wenige Tage vor dem geplanten Veranstaltungstermin auch die Universitätsleitung gegen den Bruker-Auftritt.



Im Zusammenhang mit der Affäre Darsow im Frühjahr 1991, bei der es vor allem um dessen Mitarbeit in der faschistischen Jugendzeitschrift „Tendenz" und seine Verbindungen zu den völkisch-rassistischen „Deutschen Unitariern" ging (vgl. ATZE-Extra von 5/91), hatte sich auch der ehemalige verantwortliche Redakteur dieses Blattes, Harry Addicks, auf Seiten Darsows engagiert. Er mußte seine zunächst abgegebene Eidesstattliche Versicherung, nach der 1979 keine „Tendenz"-Ausgabe mehr erschienen war, allerdings kurz darauf korrigieren. Ende November 1991 wurde das Ermittlungsverfahren gegen ihn von der Staatsanwaltschaft Kiel wg. „vorsätzlich oder fahrlässig falscher Versicherung an Eides Statt" eingestellt. Harry Addicks ist weiterhin als Verwaltungsrichter in Schleswig tätig.





Als Referent bei der Herbsttagung der von der nationalrevolutionären „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" getragenen „Denkfabrik Europa der Völker" sprach am 9. November 1991 u.a. Prof. Dr. Wolfgang Seiffert. Seiffert, Ende der 70er Jahre aus der DDR in den Westen gewechselt, lehrt an der Kieler Universität. Nachdem er Anfang der 80er Jahre mit den Rechtsaußen-Wortführern Schönhuber, Diwald, Hepp, Willms und Mohler den „Deutschland-Rat" gebildet hatte, war er jahrelang gern gesehener Referent bei rassistischen und faschistischen Organisationen. Ende der 80er Jahre während einer Podiumsdiskussion an der Kieler Universität (über den damals stattfindenden Umbruch in der DDR) mit diesen Tatsachen konfrontiert, wies er darauf hin, daß er sich erst jüngst wieder von diesen Gruppen distanziert habe. Im Sommer 1991 war Seiffert bei der Mitgliederversammlung des niedersächsischen Landesverbandes der ÖKO-UNION zum Vortrag geladen. Die ÖKO-UNION, für die zur Europawahl 1989 in Schleswig-Holstein der ehemalige REP-Landesvorsitzende Hagen Palleske (Glückstadt) kandidierte, tritt auch unter dem Namen „DEUTSCHE SOLIDARITÄT" auf.



„New-Age-Informationen für den Raum Schleswig-Holstein" nennt sich eine neue Zeitung, die im Januar 1992 erstmals auf den Markt kam. In ihr wird unter anderem mit dem Zusatz „die erste spirituelle Partei in der BRD" für die Partei „Neues Bewusstsein" geworben. Diese wurde im Oktober 1983 unter dem Namen „Esoterische Union" gegründet. Scheiterte die Teilnahme an der Europawahl 1984 noch daran, daß die erforderlichen 4000 Unterschriften nicht beigebracht werden konnten, so trat die inzwischen bundesweit auftretende Partei Ende der 80er Jahre bei Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen an. Offensichtlich verfügt sie trotz geringer Mitgliederzahl über ausreichend Geld, um eine Vielzahl von Schriften zu verbreiten und in teuren Hotels Veranstaltungen durchzuführen. Der Bundessekretär der Partei, Friedhelm Wegner, gründete 1978 die Grüne Liste Umweltschutz (GLU), von der er sich aber schließich 1980 trennte. „Die GLU werde mit Kommunisten, Schwulen und Kriminellen nicht zusammenarbeiten", erklärte er öffentlich. In den Parteiveröffentlichungen finden sich u.a. Bezüge zur Gründerin der Theosophie, Helena P. Blavatsky, in deren Lehre von den sieben Grundrassen die arische Rasse die am höchsten entwickelte der gegenwärtigen Epoche ist.

Schon gehört?

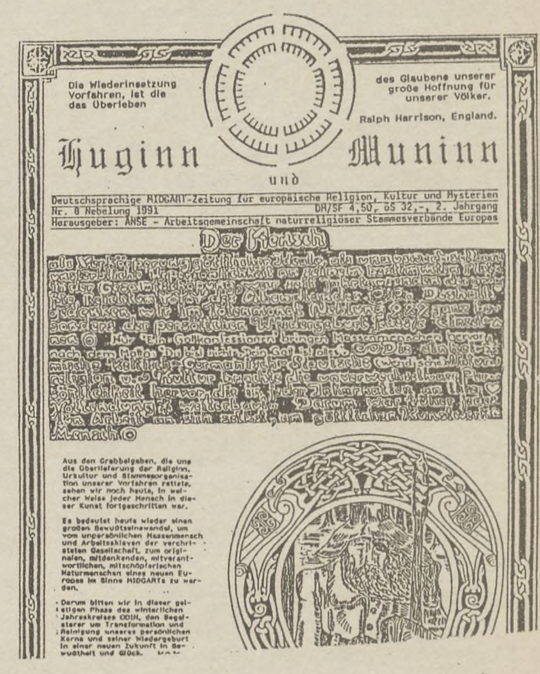


Unter dem Schlagwort „Eigentumssicherung" läuft zur Zeit eine revanchistische Kampagne, mit deren Hilfe Deutsche, die früher östlich der heutigen Grenzen Deutschlands lebten, Anspruch auf Grundstücke und Besitz in Polen, der GUS und der CSFR erheben. Der Schwerpunkt der organisatorischen Tätigkeit wird von Schleswig-Holstein aus geleistet. Als Kontaktadressen werden dabei genannt: der „Bund für Gesamtdeutschland" in Lüneburg, die „Notverwaltung des deutschen Ostens" (Horst Ochmann) in Groß-Wittensee, die „Gemeinschaft Deutscher Osten" (Walter Gabriel) in Bargteheide und das „Vineta-Archiv" in Lübeck.



Die Koordination der Treffen der „Nordstämme" der rassistischen „ANSE (Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas)" hat seit Herbst 1991 nicht mehr Meike Raabe aus Buchholz (auf unserem Foto in der ATZE Nr. 13 ganz links zu sehen). In der Zeitschrift „Huginn und Muninn" heißt es dazu: „Unserer jüngsten STAMMESFÜRSTIN MIDGARTS, Meike Raabe (21), sei an dieser Stelle noch einmal für ihren vorbildlichen Einsatz und ihre gute Arbeit herzlich gedankt. Sie hat durch ihre fröhliches und herzliches Wesen viele Freunde gewonnen, war aber durch die brutalen Drohungen und Nachstellungen der protestantischen Sozialisten dieser Region überfordert, ihrer idealistischen Aufgabe nachzukommen." Zuständig für die „Vernetzung des germanischen Nordens" ist nun Helgard Fischer aus 2104 Hamburg 92.

(In der letzten ATZE-Ausgabe berichteten wir im Zusammenhang mit dem ANSE-Treffen vom 30.6.91, daß der Ludendorffer und REP-Landtagskandidat Hans-Werner Lepthien das Treffen versteckt in einem Busch beobachtete. Diese Meldung ist falsch, wie wir jetzt erfuhren.)



Die Wiederinsetzung des Glaubens unserer Vorfahren, ist die große Hoffnung für das Überleben unserer Völker.

Ralph Harrison, England.

Huginn und Muninn

Deutschsprachige MIDGART-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien
Nr. 8 Nebelung 1991 DM/SF 4,50, öS 32,-, 2. Jahrgang
Herausgeber: ANSE - Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas

Der Mensch

Aus den Grabbeigaben, die uns die Überlieferung der Religion, Urkultur und Stammesorganisation unserer Vorfahren rettete, sehen wir noch heute, in welcher Weise jeder Mensch in dieser Kunst fortgeschritten war.

Es bedeutet heute wieder einen großen Bewußtseinswandel, um vom unpersönlichen Massenmensch und Arbeitssklaven der verchristeten Gesellschaft, zum originalen, mitdenkenden, mitverantwortlichen, mitschöpferischen Naturmenschen eines neuen Europas im Sinne MIDGARTs zu werden.

Darum bitten wir in dieser geistigen Phase des winterlichen Jahreskreises ODIN, den Begeisterer um Transformation und Reinigung unseres persönlichen Kerns und seiner Wiedergeburt in einer neuen Zukunft in Bewußtheit und Glück.



Die Anne-Frank-Ausstellung in Lübeck im November 1991 rief auch die „Auschwitz-Lügner" aus ihren Löchern. Anläßlich einer Anne-Frank-Ausstellung in Lübeck wurde dort im November Material der sog. „Revisionisten" verbreitet, in dem der Massenmord an Juden und Jüdinnen geleugnet wird. Hinter diesen Aktivitäten steht der „Treuekreis Irminsul", der 1980 aus einer Spaltung der 1951 gegründeten „Artgemeinschaft" hervorging und stark von Wilhelm Kusserow geprägt wurde.



Vor dem Kappelner Amtsgericht wurde ein Verfahren wegen Verunglimpfung Andersdenkender, Volksverhetzung und Rassenhetze durchgeführt. Angeklagt waren der presserechtlich Verantwortliche Heinrich Petersen aus Olpenitzfeld und der „Schriftführer" der Zeitschrift „Die Saat" Klaus Wels aus Kiel. Zentraler Punkt der Anklage war die „Auschwitz-Lüge" und die Verherrlichung nationalsozialistischer Verbrechen. Verurteilt wurden beide im Sinne der Anklage in Tateinheit zu je 40 Tagessätzen von 20.- bzw. 70.- DM. Die Einziehung der noch vorhandenen Schriften von „Die Saat" wurde angeordnet. Nach der Urteilsverkündung sprang der dänische Neo-Nazi Hans Christian Pedersen auf den Richter mit dem Aufruf zu: „Ich spreche Ihnen meine tiefste Verachtung aus. Sie sind ein Volksschädling. Darauf steht die Todesstrafe". Er wurde vom Aufsichtsbeamten aus dem Saal geführt.

Die Saat

Für eine ganzheitliche Agrarpolitik

Folge 62 • Dezember 1988 • Herausgeber: Deutscher Landbund e.V.

Aus dem Inhalt:

1. Falsche Signale in unserer Agrarpolitik
   von Peter Petersen
2. Die Karawane zieht weiter
   von J.P. Ney
3. Probieren geht über Resignieren
   von Wilhelm Keiper
4. Biologische Grundlagen deutscher Politik
   von Jürgen Rieger

Peter Petersen, Arenholz:

Falsche Signale in unserer Agrarpolitik

Im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt 1992 hört man auch in unserer Agrarpolitik den Ruf "Wer den Markt hat, hat die Zukunft" und spricht von einer "Landwirtschaft 2000". Man fürchtet die Konkurrenz der Nachbarländer mit ihrer größeren Betriebsstruktur und fordert mehr unternehmerischen Geist, Weitblick und Risikobereitschaft. Es soll keine Bestandsobergrenzen geben. Vom Bundesverband der Arbeitgeber wird der Landwirtschaft geraten, sich mehr zu industrialisieren und "zu verdienstleisten". Strukturwandel sei "Lebenselexier". Auf der diesjährigen Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) in Mainz wurde sogar ausdrücklich vor einem "Strukturkonservatismus" gewarnt.

Dabei sollte man sich doch wirklich auch einmal fragen, ob man das verantworten kann. Fraglos ist es die größte Fehlentwicklung in der leidvollen Geschichte des Bauerntums, daß wir unsere einstige grundherrlich-bäuerliche Abhängigkeit (Leibeigenschaft) am Ende doch nur gegen eine neue Abhängigkeit gerade vom Markt und vom Fremdkapital eingetauscht haben. Die Folge: allein in der Bundesrepublik haben von 1949 noch vorhandenen gut 1.6 Millionen Bauern bereits eine Million bis auf heute nur noch 680 000 aufgeben müssen! Ein modernes Bauernlegen über den Markt!

Im besonderen war es sicher auch die größte Fehlleistung der EG-Agrarpolitik, daß sie die durch unser Landwirtschaftsgesetz 1955 und Artikel 39 des EWG-Vertrages 1957 übernommene reichsnährständische Agrarmarktordnung selber mit einer offenen Flanke bei den Einfuhren mit Billigfuttermitteln unwirksam gemacht hat. Dieses System hatte doch gerade darin seine größte Stärke, daß es über ein Marktgleichgewicht bei Inlandproduktion und Einfuhren feste und ausreichende Preise für die Bauern und damit eine ausreichende Lohnfunktion des Preises in der Landwirtschaft zu sichern vermochte. Schließlich ist der Bauer heute noch nicht nur ein Unternehmer, sondern auch ein Arbeiter, nur mit eigenen Produktionsmitteln, gar auf eigener Scholle. Getreide- und Milchpreis sind quasi sein

- 1 -

Meldungen

Skin zu Bewährungsstrafe verurteilt

Schleswig. Ein mittlerweile 23jähriger Skin aus Kappeln stand im Oktober erneut vor Gericht, u.a. wegen Körperverletzung von Ausländern und Tragen von „Kennzeichen einer verbotenen nationalsozialistischen Partei". Wegen dieser Delikte ist er schon einschlägig vorbestraft. In diesem Verfahren wurden drei Anzeigen verhandelt. Am 30.3.91 hatte er einen Libanesen mit einem Messer, mit Faustschlägen und Tritten angegriffen und zu Boden geschlagen. Bei dem Angriff hatte er laut gerufen, den Libanesen umzubringen. Der zweite Anklagepunkt bezog sich auf einen Angriff mit einer Schreckschußpistole auf den Besitzer eines türkischen Imbißwagens während der Kappelner Heringstage 1990, den er dabei mit rassistischen Parolen bedachte und die Preistafel zertrat. Der dritte Punkt war ein Einbruch in ein Getränkelager und der Diebstahl von fünf Kästen Bier. Trotz der bisherigen einschlägigen Vorstrafen wurde strafmildernd eine achteinhalbmonatige Bewährungsstrafe verhängt, da der Angeklagte ja immer unter Alkoholeinfluß die Taten begangen hätte. Außerdem muß er dem Imbißwagenbesitzer die zertretene Werbetafel bezahlen und insgesamt 1000 Mark an amnesty. Dieses erneute Urteil wird eine direkte Ermunterung an Skins sein, Ausländer anzugreifen, denn sie können sich sicher sein: Passieren wird eh nicht viel.

(Antifaschistische Nachrichten 21/91)

Brandanschlag auf Autos aus der CSFR

Fürstenstein. Einen Brandanschlag auf drei Autos mit tschechoslowakischen Kennzeichen haben nach Darstellung der Polizei ein 18jähriges NPD-Mitglied und ein 15 Jahre alter Jugendlicher in der niederbayerischen Gemeinde Fürstenstein verübt. Gegen den 18jährigen, der nach Mitteilung der Polizei „bereits früher Tschechen als ungeliebte Ausländer beschimpft haben soll", wurde Haftbefehl beantragt.

Nach dem Besuch einer Gaststätte sollen die beiden Freunde ein Hakenkreuz in den Kofferraumdeckel eines Autos aus der Tschechoslowakei geritzt und an dem Wagen ein NPD-Plakat mit der Aufschrift „Scheinasylanten stoppen - Deutschland den Deutschen" angebracht haben. Vor einem weiteren Lokal seien die beiden Täter schließlich auf drei Autos von Immigranten aus der CSFR aufmerksam geworden, worauf sie die Fahrzeuge mit Benzin übergossen und angezündet haben sollen.

Kurz danach habe sich der 18jährige telephonisch bei der Polizeieinsatzzentrale in Passau gemeldet und erklärt, der Brandanschlag sei „von Werwölfen" verübt worden und „gegen die Tschechen" gerichtet gewesen. Mit den Worten „Ausländer raus" habe er aufgelegt.

(Süddeutsche Zeitung 10.12.1991)

Skinheads griffen Schwarzen an

Preetz. Mit der Festnahme von zwölf jungen Männern im Alter zwischen 16 und 23 Jahren endete am 2. Januar in Preetz ein Gewaltakt gegen einen Ausländer, der dabei leicht verletzt wurde. Die Gruppe, die vor allem aus Skinheads bestand, war nach einem Kinobesuch über ihr Opfer hergefallen. Sie kommen zum Teil aus Preetz, zum Teil von der schleswig-holsteinischen Westküste.

Streit um Kieler Pädagogik-Professor

In einer Extra-Ausgabe der Hochschulzeitung *Skizze* dokumentiert der Kieler AStA ausführlich die Auseinandersetzung um Professor Theodor Wilhelm, der sich als einer der führenden NS-Pädagogen hervorgetan hatte und nach dem Krieg seit 1957 in Kiel lehrte. In seinen Aufsätzen während der NS-Zeit feierte Wilhelm u.a. die Hitlerdiktatur als „wahre Demokratie" und begrüßte Maßnahmen wie das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". Später hat er wiederholt versucht, seine Rolle im Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sich gar als Opfer des Regimes darzustellen. Sein Kollege Keim bezeichnet ihn als „den schlimmsten Fall von Verdrängung bis zum heutigen Tag".

Repression im antifaschistischen Mäntelchen

Die Kieler Nachrichten berichteten am 14.11., daß Kieler Kripo und Schutzpolizei eine neue, fünfköpfige Ermittlungsgruppe aufgestellt hätten, „um Ausschreitungen gegen Asylbewerber wie in Hoyerswerda in Kiel gar nicht erst möglich werden zu lassen". Abgesehen davon, daß rassistische Ausschreitungen in Kiel ja längst vorgefallen und von der Polizei auf dem einfachen Wege der abschreckenden Präsenz, die bei anderen Anlässen ja regelmäßig möglich ist, offenbar nicht zu verhindern gewesen sind, handelt es sich dabei schon um ein Meisterwerk beweihräuchernder Polizeistaatspropaganda, Duftnote „Anti-faschismus".

Denn die Beschreibung von Einsatzgebieten und Methoden der neuen Einheit ofenbart überdeutlich, daß es hier in Wahrheit um eine Verschärfung des repressiven Griffs vor allem nach Jugendlichen geht:

- Als durch die neue Einheit zu verfolgende Delikte sind u.a. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, Raub und Kfz-Brüche aufgeführt. Wunderlich, wie hiermit Nazi-Skins usw. Einhalt geboten werden soll.

- Gezielte, personenbezogene Ermittlungen, die die Möglichkeit schaffen sollten, „im Vorfeld kriminelle Aktivitäten zu beobachten und auszuwerten"; diese Formulierung erinnert stark an derzeit bundesweit im Aufbau befindliche Sonderkommissionen „Jugend" u.ä., die sich allerdings mehr mit ausgedehnten Ermittlungsbefugnissen gegen Taccer, S-Bahn-Surfer und Gruppen ausländischer Jugendlicher (vor allem in den Großstädten) richten als gegen Faschisten.

Ein übriges zur Lüftung des antifaschistischen Mäntelchens um die Bestrebungen der Kieler Polizei tun Äußerungen aus höheren Etagen eben dieser Behörde, von denen ein Experte des Themas auf einer IG-Medien-Veranstaltung zum Asylrecht am 14.11. berichtete. Danach seien nämlich „linke Jugendliche in Kiel eine größere Gefahr als rechte". (uga)

Neonazi Polacek abgeschoben

Am 22.1.1992 nahm die niedersächsische Polizei den FAP-Anführer Karl Polacek in seinem Haus fest, um ihn kurz darauf nach Österreich abzuschieben. Polacek, der österreichischer Staatsbürger ist, unterhielt in Mackenrode ein Schulungszentrum, in dem auch ständig jüngere Nazis wohnten. Er selbst war mehrfach selbst an brutalen Überfällen beteiligt.Einen Tag später nahm die Polizei vier Nazi-Skinheads fest, die sich in Polaceks Haus verbarrikadiert hatten. Seine geschiedene Frau beabsichtigt das Haus in Zukunft "normal" zu vermieten. Das Ende von Mackenrode?

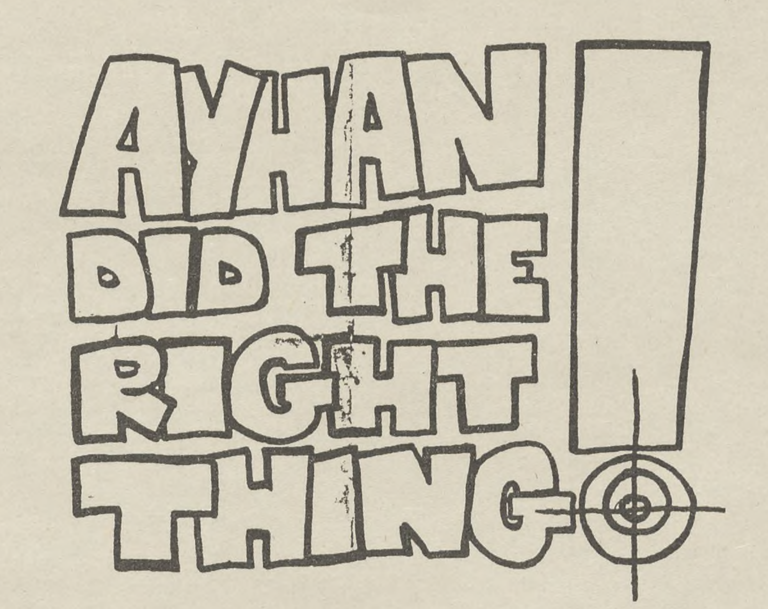
Freispruch für Ayhan Ötztürk !

Der 22-jährige Türke Ayhan Ötztürk wurde am 16.10.1991 von einem Berliner Gericht vom Vorwurf des versuchten Totschlags an einem Republikaner-Mitglied freigesprochen. Dieses Urteil brachte die deutschen Nazis zum Kochen.

Am Abend des 16.11.1990 war Ayhan mit vier Freunden und Freundinnen in der U-Bahn in Ost-Berlin von einer Gruppe Nazis angegriffen worden. Ayhan wehrte sich. Als einer der Nazis eine Gaspistole lud und drohte Ayhan abzuknallen, zog dieser ein Messer. Bei dem Kampf wurden drei der Nazis verletzt. Einer, René Gruber, starb später an den Folgen seiner Verletzungen.

Die deutschen Zeitungen tobten sich erst mal aus über diesen Akt der Selbstverteidigung, den sie (von Bild bis SZ) im Grunde genommen einhellig als Aggression der türkischen Jugendlichen gegen Deutsche begriffen. Auch andere versuchten auf dieser Flamme ihr Süppchen zu kochen: zur Beerdigung Grubers erschien die Republikaner-Größe Franz Schönhuber persönlich. Und die Nebenklagevertretung für die Mutter Grubers übernahm der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der Republikaner, Carsten Pagel.

Ayhan saß vier Monate in Untersuchungshaft. Das jetzt erfolgte Urteil war nicht unbedingt abzusehen. Zu oft schon



haben wir erlebt, daß deutsche Richter Auseinandersetzungen mit Nazis in erster Linie den Angegriffenen selbst anlasten. Und bei der in der Öffentlichkeit herrschenden Stimmung, die sich unter anderem immer wieder in der Bild-Zeitung ausdrückte, war ein rassistisch eingefärbtes Urteil zu befürchten.

Daß es letzten Endes nicht so gekommen ist wie vielleicht befürchtet, ist allerdings wohl weniger den fortschrittlichen Richtern zu verdanken. Gerade in der Stimmung, die 1991 von allgegenwärtigen verbrecherischen Angriffen von Faschisten geprägt war, hätte ein anderes Urteil zu viele Menschen aufgebracht. Damit ist das Urteil allerdings der Ausdruck der Stärke, die antirassistische , antifaschistische Positionen im Moment in der BRD noch haben.

Dieses Urteil muß also für uns zweierlei bedeuten. Zum einen zeigt es, daß die Selbstverteidigung, die antifaschistische Selbsthilfe, vor Angriffen schützt. Sie ist sinnvoll. Wir müssen anhand dieses Urteils auch in der Öffentlichkeit darlegen, daß auch militante Selbstverteidigung im Grunde sogar legal ist. Wir haben eigentlich sogar vor diesen Gerichten ein Recht uns zu wehren. Zum anderen zeigt dieses Urteil, daß unsere Rechte so groß sind wie unsere politische Kraft. Wenn wir es schaffen, daß weiterhin rassistische Übergriffe von einem größeren Teil der Bevölkerung abgelehnt werden, erweitern wir gleichzeitig unseren Spielraum. Insofern ist auch die Parole „Ayhan did the right thing" richtig und richtungsweisend.

Fantomas

Verfahren gegen AntifaschistInnen

Am 3.Mai 1991 mußten sich die BewohnerInnen der „Alten Meierei" in Kiel zum wiederholten Mal gegen einen Angriff von einer ca. 20-köpfigen Gruppe rechtsradikaler Jugendliche wehren. Auch in der überregionalen Presse war einen Tag später von einer Straßenschlacht zwischen Autonomen und Skinheads die Rede.
In Kiel führte dieser mittlerweile ja nicht mehr besonders spektakuläre Vorfall zu einigen polizeikritischen Artikeln in der Lokalpresse. Zu offensichtlich waren in der Vergangenheit die in dem Stadtteil regelmäßig auftretenden rechtsradikalen Aktivitäten von dem zuständigen 4. Polizeirevier in der Diesterwegstraße verharmlost worden. Auch am 3.Mai glänzte die Kieler Polizei: Die eiligst zusammengezogenen Polizeikräfte nahmen zwar zur Unterstützung herbeieilende AntifaschistInnen fest und stürmten später die „Alte Meierei", durchsuchten sie und stellten die Personalien der BewohnerInnen fest. Die rechtsradikalen Jugendlichen konnten aber, auch als die Polizei reichlich präsent war, ihre Angriffe auf das Haus und auf ankommende AntifaschistInnen fortsetzen. Schon an der Reaktion der Kieler Polizeiführung auf die kritischen Presseberichte war abzusehen, was diesen abendlichen Vorkommnissen folgen würde, denn das Bemühen der Herren, von den Aktivitäten der Rechtsradikalen abzulenken, indem sie stattdessen die Gefahr der Selbstjustiz und die Beeinträchtigung des staatlichen Gewaltmonopols durch die antifaschistische Selbsthilfe thematisierten, war unübersehbar.
Folgerichtig waren von den Polizeikräften Ermittlungsverfahren gegen die HausbewohnerInnen und AntifaschistInnen wegen Körperverletzung, versuchter gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Verstoß gegen das Waffengesetz eingeleitet worden. Aus den Ermittlungsakten wird ersichtlich, daß dabei kein Aufwand gescheut wird, um belastendes Material gegen die AntifaschistInnen zusammen zu bekommen, während noch nicht einmal der Versuch unternommen wurde, gegen die Neonazis zu ermitteln. Im Gegenteil:
Aus den Akten ergibt sich auch, daß die Besatzung eines Streifenwagens des 4.Reviers die rechtsradikalen Jugendlichen überhaupt erst aufgefordert hatte, sich von einer anderen Stelle weg und zur Meierei hin zu bewegen. Diese Beamten folgten den Neonazis in geringem Abstand, ohne den Angriff auf die Meierei zu verhindern. Allzuverständlich also, daß neben

Personalien der HausbewohnerInnen auch Fingerabdrücke und Schmauchspurtests gemacht wurden, um mit einem Aufwand, der sonst vielleicht bei Kapitalverbrechen üblich ist, einzelnen das Werfen von Molotow-Cocktails oder das Abschießen von Signalmunition nachweisen zu können. Doch trotz aller Mühe gelang es den Kollegen des Dezernat Kriminaltechnik und Erkennungsdienst des Kriminalpolizeiamtes (K26) in der Blumenstraße nicht, gerichtsverwertbares Material herbei zu zaubern. Denoch ist nicht auszuschließen, daß die Staatsanwaltschaft trotz der bescheidenen Beweislage versucht, einen Strafprozeß gegen die AntifaschistInnen herbei zu führen. Das Interesse der Polizei eine nachträgliche Legitimation für ihre Übergriffe zu erfahren, dürfte erheblich sein.

ROTE HILFE

Unterstützt den Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener!

Der Verein „Rechtshilfefonds für die Verteidigung der politischen Gefangenen e.V." hat die Aufgabe, VertrauensverteidigerInnen politischer Gefangener Besuche bei Ihren MandantInnen finanziell zu erleichtern.

Die Haftbesuche der VertrauensverteidigerInnen sollen durch den Verein mitfinanziert werden, soweit die Finanzierung nicht in anderer Weise gesichert ist. Zur Zeit wird die Hälfte der Fahrtkosten für einen monatlichen Besuch erstattet.

Der Alltag der politischen Gefangenen in der BRD ist der einer permanenten Konfrontation: neben der zerstörerischen Normalität existiert die ständige Drohung weiterer Verschlechterungen der Haftbedingungen bis hin zur Eskalation..

Die minimalen Verbesserungen nach dem Hungerstreik 1989 wurden Schritt für Schritt wieder rückgängig gemacht; das geht von der Verweigerung ärztlicher Versorgung, Streichung des Einkaufs, verschärfter Zensur, Zwangsverlegung bis zu körperlichen Angriffen, Razzien und Bunker.

Auch in der Haft sind die Gefangenen den staatlichen Versuchen weiterer Kriminalisierung ausgesetzt: So wurde versucht, den Hungerstreik für die Zusammenlegung als Organisierung im Sinne des § 129a zu kriminalisieren, der berechtigte Versuch der Gefangenen untereinander zu kommunizieren wird zum „illegalen Infosystem" aufgebauscht. Die Konstruktion angeblicher Illegalität richtet sich gegen die Forderung der Gefangenen nach freier politischer Kommunikation, was nichts mit konspirativer Nachrichtenvermittlung zu tun hat. So schrieb Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF in seiner Erklärung im August 90 zum Thema „illegales Infosystem": „Jede/r kann von uns lesen, was wir schreiben und sehen, was wir tun. Wir wollten es doch mit dem EKD (Evangelische Kirche Deutschlands, d.A.)-Projekt im Zusammenhang mit diesen „kleinen Gruppen" voriges Jahr für jede/n einsehbar machen. Denn es hätte für uns bedeutet, daß es allgemein zugänglich ist, weil es „in Betrieb" sowieso zehnmal abgezapft worden wäre. Da ist nichts „illegal". Wir nehmen uns allerdings heraus, bei manchem die Schnüffler rauszuhalten. Das war zu allen Zeiten und überall Normalzustand, solange es erstens Gefängnisse und zweitens politische Gefangene gibt.... Bei der Kriminalisierungsaktion geht es einzig und allein darum, daß der Apparat mit allen Mitteln verhindern will, daß wir uns arti-kulieren." Eine weitere Bedrohung ist die immer wieder lancierte Behauptung der „Zellensteuerung". Nach wie vor befinden sich die Gefangenen in einem Geiselstatus: jeder Aktion der RAF folgt postwendend der staatliche Angriff auf die Gefangenen in Form der oben erwähnten Kriminalisierungsversuche und Haftverschärfungen.

Die politischen Gefangenen sind einer Sonderbehandlung ausgesetzt. Diese wurde auch immer wieder von Menschenrechtsorganisationen und der UN-Menschenrechtskommission verurteilt.

Ein permanenter Kritikpunkt dieser Organisationen ist z.B., daß bei Strafgefangenen, die wegen § 129a inhaftiert sind, die Kommunikation mit den VerteidigerInnen durch Trennscheibe und Verteidigerpostkontrolle erschwert wird. Überwiegend werden Pressematerialien und politische Texte, die zur Vorbereitung einer politischen Verteidigung notwendig sind, zurückgewiesen; oft dauert es Wochen bis die Post den/die Adressat/en/in erreicht.

Zu den Bedingungen der politischen Gefangenen gehört auch, daß in der Öffentlichkeit ein ideologischer Krieg gegen sie geführt wird. Die politischen Inhalte und Ziele ihres Kampfes sollen unkenntlich gemacht werden.

Die politische Auseinandersetzung mit den Gefangenen ist nicht erwünscht, deshalb findet eine permanente öffentliche Denunziation der Gefangenen in den Medien statt: durch Sprachregelungen (Terroristen), an die Presse lancierte Falschmeldungen, Verdrehungen von Äußerungen aus Erklärungen der Gefangenen usw.

Aufgrund der obengenannten Bedingungen ist es notwendig, daß die Anwälte regelmäßig Kontakt zu Ihren MandantInnen haben:

- um bei Angriffen auf die Gefangenen im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Schutz herstellen und sofortige juristische Schritte einleiten zu könnnen.
- um der Denunziation und Kriminalisierung der Gefangenen in der Öffentlichkeit entgegen treten zu können.
- um die Verteidigung mit ihren MandantInnen vorbereiten zu können.

Zudem sollte aufgrund der Isolationshaftbedingungen und der streng regelmentierten Besuchsbedingungen jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die den Gefangenen menschlichen Kontakt ermöglicht.

Im Rahmen der Pflichtverteidigung wird nur ein Bruchteil der notwendigen Anwaltsbesuche bei U-Gefangenen bezahlt.

Im Strafvollzug müssen die Fahrten zu den oft weit entfernten Haftanstalten von den AnwältInnen selbst finanziert werden, da die Angehörigen nicht über genügend Geld verfügen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Rechtshilfefonds.

Der Fond steht für Nachfragen und detaillierte Informationen zur derzeitigen Situation der politischen Gefangenen zur Verfügung.

Rote Hilfe

Anwälte sind Schutz für die politischen Gefangenen

Spendenaufruf

des Rechtshilfefond für die Verteidigung politischer Gefangener e.V. Die AnwältInnen bringen Kraft und Zeit für die Verteidigung auf - und hohe Kosten. Sie und die Gefangenen sind über die BRD verstreut; ein Gefängnisbesuch z.B. von wenigen Stunden erfordert oft 8, 16, 24 Stunden Zeit und hohe Fahrtkosten. Jede neue Staatsschutz- und Medienkampagne bedeutet doppelte Arbeit und Kosten. Die AnwältInnen können das nicht allein tragen. Sie brauchen regelmäßige Unterstützung.

Spenden:
Sonderkonto, H. Jakobi,
HASPA, BLZ 200 505 50
Kto Nr. 1282/ 12 84 28

Infos:
Rechtshilfefonds,
c/o H.Jacobi,
Laufgraben 37, 2 HH 13

macht Daueraufträge!



Noch bis Anfang Mai ist die Ausstellung „Letzte Spuren“ im Landesarchiv in Schleswig zu sehen. Die Ausstellung wurde erarbeitet von der Oberstaatsanwältin Helge Grabitz (Hamburg) und dem Historiker Prof. Dr. Wolfgang Scheffler (Institut für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin). Kernstück der Ausstellung ist ein überliefertes Photoalbum der Firma Schultz, das die jüdischen Menschen bei ihrer Arbeit im Betrieb im Warschauer Ghetto zeigt. Bei diesem Album handelt es sich um ein einzigartiges Dokument. Es zeigt Menschen, wahrscheinlich ein letztes Mal, die vergeblich auf eine eventuelle Lebenschance hoffen, weil sie in einem wichtigen Rüstungsbetrieb arbeiteten.

Darüber hinaus wird durch umfangreiches Dokumentarmaterial das Leben und Sterben im Warschauer Ghetto dokumentiert sowie der Mord im „Arbeitslager“ Trawniki. Zu der Ausstellung, die jeweils Mo-Fr von 8.30 Uhr bis 17.00 Uhr besichtigt werden kann, ist ein Buch erschienen (Helge Grabitz/ Wolfgang Scheffler, *Letzte Spuren. Ghetto Warschau - SS-Arbeitslager Trawniki - Aktion Erntefest*, Berlin 1991, Edition Hentrich, 337 S., 39,80 DM bzw. während der Ausstellung 29,80 DM).

Parallel zu der Ausstellung führen der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, der Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein und das Landesarchiv Schleswig-Holstein eine umfangreiche Veranstaltungsreihe durch. Die einzelnen Termine lagen uns bei Redaktionsschluß leider noch nicht vor.

Wannseekonferenz:

Massenmord wird Reichssache

Der Befehl des Führers war oberstes Gesetz im sogenannten Dritten Reich des Adolf Hitler. War er verkündet, mündlich oder schriftlich, dann setzte er erst den ganzen Parteiapparat der NSDAP in Bewegung. Die Vollstrecker, die Partei und die SS-Verbände unter dem Befehl des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler, waren erzogen, mit blindem Gehorsam jedem Führerbefehl zu gehorchen.

In einer Vernehmung hatte Adolf Eichmann, verantwortlich für Judenpolitik im Reichssicherheitshauptamt, bestätigt, die ganze Mordaktion sei noch vor dem Überfall auf die Sowjetunion durch Führerbefehl angeordnet. Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, in dem Gestapo, Sicherheits-polizei, die Verbände der Waffen-SS und der Geheimdienst der SS, der SD, zusammengefaßt waren, hatte die Gesamtleitung bei der sogenannten Endlösung der Judenfrage.

Sofort nach dem Überfall auf die Sowjetunion waren für die Frontabschnitte vier Einsatzgruppen aufgestellt worden, aus Verbänden der Waffen-SS, der Sicherheitspolizei und großen Teilen der Wehrmacht. Sie hatten den Befehl, alle Juden, die sogenannten Kommissare der Roten Armee und alle Kommunisten zu erschießen. Und das wurde vollzogen. Zu viele Menschen bekamen Kenntnis von dem Morden. Einige Soldaten; Offiziere, ja auch Generale der Wehrmacht, wandten sich an den Führer, daß dieses Morden von Zivilisten und Kriegsgefangenen gegen die preußische Soldatenehre verstoße. Die meisten aber machten mit.

Es mußten rationellere Methoden entwickelt werden, und möglichst getarnt, um Millionen zu ermorden. Der Plan, das Gelände um Auschwitz zu einem Ausrottungszentrum für alle europäischen Juden zu machen, wurde fast gleichzeitig mit der Wannseekonferenz gefaßt. Der erste Kommandant von Auschwitz, Höß, wußte schon im Sommer 1941, daß Hitler die Endlösung der Judenfrage befohlen und daß die SS diesen Befehl durchzuführen habe. Eichmann, der Verantwortliche für Judenfragen, erklärte ihm: Es käme nur Gas in Frage, Erschießen sei unmöglich, eine zu große Belastung für die SS-Männer.

Es ist bekannt, daß der erste Versuch, jüdische Menschen durch Gasvergiftung zu töten, in Majdanek durch Abgase von großen Dieselmotoren, ursprünglich für U-Boote bestimmt, vorgenommen wurde. Später versuchte man es mit Lastwagen, deren Abgase in die abgedichteten Innenräume gelenkt wurden. Es erwies sich als zu aufwendig. Und dann erinnerte man sich, daß man ja schon vor 1941 zehntausende Menschen ermordet hatte, in Gaskammern. Es waren gestörte Frauen, Männer und Kinder, die von brutalen Ärzten als unheilbar eingestuft wurden, sogenannte „Euthanasie“. Diese Gaskammern wurden in einigen psychiatrischen Krankenhäusern eingerichtet. Ermordet wurden sie nicht von der SS, nein, von gewissenlosen Ärzten und sogenanntem Pflegepersonal, auf Befehl Hitlers, als NSDAP-Angelegenheit. Und geheimgehalten vor jeglicher Öffentlichkeit. Sie wußten, was sie taten, es war Mord.

Nun übernahm das Reichssicherheitshauptamt diese so „bewährte“ Methode, in abgelegenen Konzentrationslagern. Auschwitz mit Birkenau und den vielen Nebenlagern wurde der größte Komplex. Und es sollte getarnt werden durch einen gleichzeitigen Bau eines IG-Farben-Projekts, einer Bunafabrik, in der gesunde Häftlinge des Lagers arbeiten mußten. In Kohlegruben wurden jüdische Häftlinge solange beschäftigt, bis sie -durch Unter-



ernährung und Überarbeitung entkräftet- auch ins Gas getrieben wurden. Und die IG-Farben sorgten für die Bereitstellung des tödlichen sogenannten Ungeziefervernichtungsmittels „Zyklon B" von ihrer Tochterfirma Degesch in Dessau, Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung.
Die Ermordung von Millionen Menschen aus ganz Europa konnte nicht mehr allein eine Aufgabe der NSDAP und der SS, des Reichssicherheitshauptamtes sein. Alle wichtigen Ministerien des deutschen Reiches mußten hinzugezogen werden, um auf ihre Weise und mit ihren Mitteln zur „Endlösung", zur Ermordung der Millionen beizutragen.
Dazu berief man am 20. Januar 1942 die Staatssekretäre der maßgebenden Ministerien und die am Mord direkt beteiligten SS-Organisationen zu einer Beratung in eine Villa Am Großen Wannsee, die vor dem Krieg von der Internationalen Kriminalpolizeikommission (Interpol) benutzt wurde. Als wichtigste Behörde war das Auswärtige Amt eingeladen. Der Staatssekretär, Ernst von Weizsäcker, kam wegen der Peinlichkeit der Angelegenheit nicht, er schickte seinen Unterstaatssekretär. Die Mitarbeit der befreundeten und verbündeten Länder sollte durch Diplomatie gewonnen werden. Es gab Schwierigkeiten mit Bulgarien, Italien, Ungarn, Spanien und den skandinavischen Ländern. Die Konferenz war ein „kameradschaftliches" Mittagessen, für 12.00 Uhr angesetzt und in anderthalb Stunden beendet. Man verließ diese gemütliche Sitzung in aufgeräumter Stimmung, in bester Laune.
Durch diese Konferenz wurde das Massenmördern nun Reichssache. Der ganze Staat, auch seine von der Weimarer Republik übernommenen bürgerlichen Einrichtungen, machten ohne jeden Skrupel mit.
Es ist bezeichnend, daß die ersten Opfer der Vergasung von Menschen durch „Zyklon B" im Stammlager von Auschwitz sowjetische kriegsgefangene Soldaten waren. Danach wurden Millionen Menschen, Juden, Sinti und Roma ins tödliche Gas getrieben.

Rudolf Hirsch

Villa Am Großen Wannsee

Das „Wannseeprotokoll"

Die Henker beraten die „Endlösung der Judenfrage"

20.Januar 1942: In der Villa am Großen Wannsee Nr. 56-58 versammeln sich unter Vorsitz des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Obergruppenführer Heydrich, prominente Vertreter des NS-Staates. antiFA dokumentiert im folgenden wesentliche Auszüge aus dem Protokoll, das -in der kalt-brutalen Sprache der Machthaber des Dritten Reiches verfaßt- das wohl umfassendste Dokument eines bis ins Detail geplanten Völkermordes darstellt. Das eben von Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, verlegte Dokumentarwerk „Dimension des Völkermordes. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus" bilanziert ein Minimum von 5,29 und ein Maximum von knapp über sechs Millionen ermordeter jüdischer Menschen. Die geplante gesamteuropäische „Endlösung", wie sie angestrebt war, konnte durch den Sieg der Antihitlerkoalition verhindert werden.

„Der Wunsch des Reichsmarschalls..."

Das Besprechungsprotokoll vermerkt unter Punkt II: *„Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer Heydrich, teilte eingangs seine Bestallung zum Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage durch den Reichsmarschall mit und wies darauf hin, daß zu dieser Besprechung geladen wurde, um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen. Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im*

Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller in diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung: Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD).
Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD gab sodann einen kurzen Überblick über den bisher geführten Kampf gegen diese Gegner. Die wesentlichsten Momente bilden a) die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes, b) die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des deutschen Volkes.
Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.
Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe a) alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, b) den Auswanderungsstrom zu lenken, c) die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.
Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.(...)"
Im Protokoll wird dargelegt, wie sich der NS-Staat durch die jüdischen Bürger, ihre noch bestehenden Vereinigungen und durch ausländische Juden diese Auswanderungen bis Ende 1941 hat finanzieren lassen. So wurden u.a. 9 500 000 Dollar von ausländischen Juden für die Staatskasse eingenommen. „Im Schenkungswege", wie es im Protokoll heißt.

„...rund 11 Millionen Juden in Betracht"

Protokollpunkt III erhellt die ungeheuerlichen Dimensionen des geplanten Völkermordes. Kein europäischer Staat ist ausgenommen: *„Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.*
Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.
Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:
Bei den angegebenen Judenzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur um „Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmungen der Juden nach rassischen Grundsätzen teilweise dort noch fehlen (...)"

„... wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt"

„Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.
Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrungen der Geschichte.)
Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.
Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden (...)"
„Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein. Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflußten europäischen Gebieten wurde

Land	Zahl
A. Altreich	131.800
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine 2.994.684	
Weißrußland (ausschl. Bialystok) 446.484	
Zusammen: über	11.000.000

vorgeschlagen, daß die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sich mit den zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD besprechen (...)"

Das Protokoll hält dann im einzelnen fest, wie sich die Situation in den bereits überfallenen europäischen Ländern hinsichtlich der „Angelegenheit" oder „zur Regelung des Problems" - der geplanten „Endlösung" also - darstellt. Aufschlußreich ist die Bestätigung der unmittelbaren Miwirkung des gesamten Auswärtigen Amtes bei den Maßnahmen der Ermordung der europäischen jüdischen Bevölkerung. Der Völkermord war nicht nur eine Angelegenheit der SS-Killer - es handelte sich um ein gesamtstaatliches Unternehmen, an dem alle Bereiche beteiligt waren. Die Tatsache, daß im Auswärtigen Amt bereits im Januar 1939 eine Denkschrift die „radikale Lösung der Judenfrage" formulierte und Ende 1941 zur Vorbereitung der Konferenz am Großen Wannsee „Vorstellungen des Auswärtigen Amtes zur totalen Lösung der Judenfrage" vorgelegt

wurden, belegt diese Verstrickung in den Holocaust. Punkt 8 dieses Papiers lautete: „Durchführung dieser Maßnahmen wie bisher im guten Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt." Ungeachtet dessen gehörten die Diplomaten des NS-Staates zu den ersten Kräften, die - neben der Generalität - in den Dienst der jungen Bundesrepublik Deutschland übernommen wurden.

„...die restlose Bereinigung des Problems"

Protokollpunkt IV nennt im ersten Satz die Grundlage der faschistischen Rassenpolitik, die 1935 auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP zum Gesetz erhoben wurde:
„Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen ist. (...)"
Mit buchhalterischer Akribie beschäftigte sich Heydrich dann über weite Strecken mit dem „Mischlingsproblem". Wer ist ein „Mischling 1. Grades"? Wie, wenn er mit „Deutschblütigen" verheiratet ist? „Behandlung der Mischlinge 2. Grades", die „grundsätzlich den Deutschblütigen zugeschlagen werden" mit Ausnahme bei „rassisch besonders ungünstigem Erscheinungsbild des Mischlings 2. Grades, daß ihn schon äußerlich zu den Juden rechnet" oder, wenn eine Beurteilung „erkennen läßt, daß er sich wie ein Jude fühlt oder benimmt". Festgelegt wird, wer ins Ghetto geht, welche Kinder evakuiert, also auf die Todesreise geschickt werden, wer schließlich, „um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen", sterilisiert werden soll. Dazu heißt es.
„...SS-Gruppenführer Hofmann steht auf dem Standpunkt, daß von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muß, zumal der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisation unterziehen würde,
Staatssekretär Dr. Stuckart stellt fest, daß die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen-Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde. Um zum anderen auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen, schlug Staatssekretär Dr. Stuckart vor, zur Zwangssterilisierung zu schreiten. Zur Vereinfachung des Mischlingsproblems müßten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, daß der Gesetzgeber etwa sagt: „Diese Ehen sind geschieden."

„...Juden so schnell wie möglich entfernen"

„...Staatssekretär Dr. Bühler stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Verlauf dieser Aktion nicht behindern würden. Juden müßten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden, weil gerade hier der Jude als Seuchenträger eine eminente Gefahr bedeutet und er zum anderen durch fortgesetzten Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung bringt. Von den in Frage kommenden etwa 2,5 Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig.
Staatssekretär Dr. Bühler stellte weiterhin fest, daß die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeit durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würde. Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.
Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. Meyer als auch seitens des Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.
Mit der Bitte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an die Besprechungsteilnehmer, ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Besprechung geschlossen."



Im Warschauer Ghetto: Leichen verhungerter Kinder

Nürnberg und die „Endlösung"

„Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden..." So hatte es Heydrich auf der Wannseekonferenz formuliert. Einer der Autoren dieser Gesetze, des „Reichsbürgergesetzes", des „Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" (beide vom 15. September 1935) und des „Gesetzes zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes" (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935, Staatssekretär Stukkart, saß mit am

Konferenztisch. Mitbeteiligt war Oberregierungsrat Globke, Am Gesetzeswerk und an dem im Frühjahr 1936 dazu erschienenen Kommtentar. Und das nicht nur so nebenbei. Der „Reichs- und Preußische Minister des Innern", Frick, beantragte am 25 April 1938 die Beförderung Globkes und begründete dies unter 3. mit den Worten: *„Oberregierungsrat Dr. Globke gehört unzweifelhaft zu den befähigtsten und tüchtigsten Beamten meines Ministeriums. In ganz hervorragendem Maße ist er an dem Zustandekommen der nachstehend genannten Gesetze beteiligt gewesen..."*

Und genannt werden die Gesetze, die 1935 auf dem „Reichsparteitag der Freiheit" verabschiedet und 1942 auf der Wannseekonferenz als Grundlage der „Endlösung der Judenfrage" bezeichnet worden waren. Exakt diese Formulierung ist in Globkes und Stuckarts Kommentar zu diesen perversen Gesetzen zu finden. Zu lesen ist dort:

„Die beiden Nürnberger Gesetze mit ihren Ausführungsbestimmungen enthalten die grundlegende Lösung dieses Rassenproblems..."

„Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für allemal vorbei ist..."

„Das Judenproblem ist also nicht nur ein rassenbiologisches. Es bedurfte auch in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für die Jahrhundertwende..."

„Der Jude ist uns völlig fremd nach Blut und Wesen. Deshalb ist die Dissimilation (dissimilierten - unähnlich machen, ausscheiden - H. D.) die einzig mögliche Lösung..."

Der spätere Präsident des „Volksgerichtshofes", Roland Freisler, jubelte in der Zeitschrift „Deutsche Justiz": *„Auf die Gediegenheit der Kommentierung der Gesetze und zugehöriger Verordnungen besonders hinzuweisen, erübrigt sich. Der Kommentar kann wohl in keiner Handbücherei eines Rechtsanwalts fehlen."*

Im „Ministerial-Blatt" des Innenministeriums war zu lesen:

„Das grundlegende Erläuterungswerk wird allen beteiligten Volksgenossen, Parteistellen, Behörden, Gerichten, Standesämtern und Gesundheitämtern wertvolle Hilfe leisten."

Und auch den SS-Mordtruppen, die mit Globkes Kommentar im Rucksack ihre Blutspur durch Europa zogen und die „Endlösung" in den Konzentrationslagern und bei zahlreichen Massakern praktizierten. In den „Nürnberger Gesetzen" war der Holocaust in dürre Paragraphen gekleidet - in Globkes Kommenar war der Mordauftrag präzise beschrieben, waren die Gesetze praktikabel gemacht für jeden Killer:

„Artfremden Blutes ist alles Blut, das nicht deutsches Blut noch dem deutschen Blut verwandt ist. Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner..."

Und alles unter Berufung auf Gott: *„Die nationalsozialistische Staatsführung hat den unerschütterlichen Glauben, im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln, wenn sie den Versuch macht, die ewigen, ehernen Gesetze des Lebens und der Natur, die das Einzelschicksal wie das der Gesamtheit beherrschen und bestimmen, in der staatlich Völkischen Ordnung des Dritten Reiches wieder zum Ausdruck zu bringen, soweit dies mit den unvollkommenen, den Menschen zu Gebot stehenden Mitteln möglich ist."*

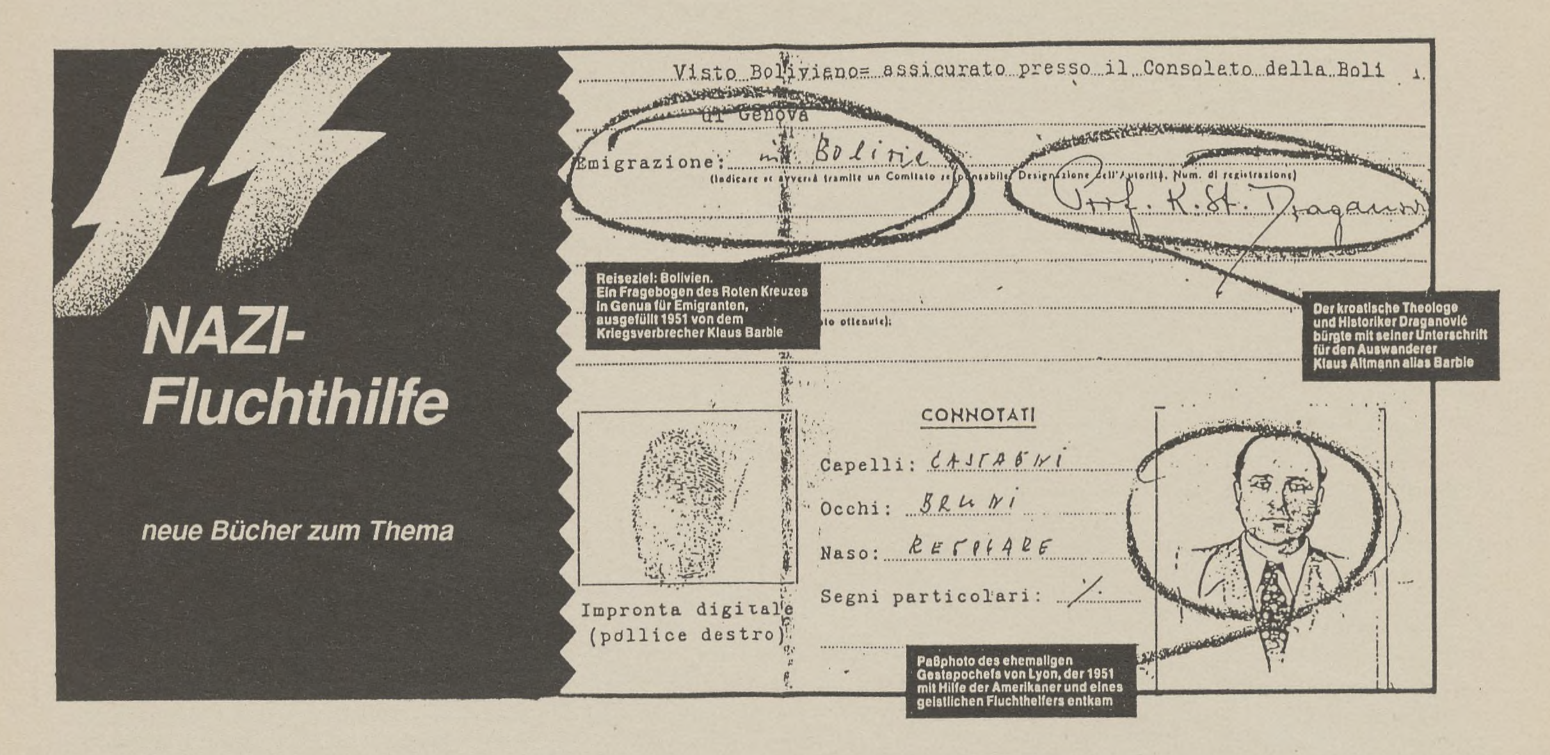
Staatssekretär Dr. Stukkart, SS-Obergruppenführer, Träger des Goldenen Parteiabzeichens, Vorgesetzter Globkes von 1935 bis 1945 und mit ihm maßgeblich beteiligt an der Formulierung der Nürnberger Gesetze und des dazu gehörenden Kommentarwerks, Teilnehmer an der Wannseekonferenz vor 50 Jahren, wurde am 14. April 1949 in Nürnberg verurteilt und aus „gesundheitlichen Gründen" sofort aus der Haft entlassen. Von einer Spruchkammer in Hannover wurde er als „Mitläufer" eingestuft und zu einer Sühne von 500,00 DM verurteilt - zahlbar nach dem ersten Gehalt oder dem Erhalt seiner Pension.

Dr. Hans Maria Globke, unter der Nr.101 auf der alliierten Kriegsverbrecherliste aufgeführt, begann nach kurzer Internierung eine neue und steile Karriere. 1946: Stadtkämmerer in Aachen, Mitglied der CDU. 1949: Vizepräsident des Landesrechnungshofes Nordrhein-Westfalen. Im Oktober 1949 zum Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt ernannt. 1950: Ernennung zum Ministerialdirektor und Leiter der Personalabteilung des Bundeskanzleramtes. September 1953: Ernennung zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Am 7.Juni 1951 berichtet die Zeitung „Nachtexpress" über eine Ehrenerklärung des Globke-Vorgesetzten, Bundeskanzler Adenauer: „Daß Ministerialdirektor Dr. Globke an den Kommentaren zu den Nürnberger Gesetzen mitgearbeitet hat, war zeitbedingt und ist nicht grundsätzlich zu verurteilen. Außerdem habe ich nie einen treueren Beamten gekannt."

Hans Daniel

(Wir haben die beiden Artikel zur Wannseekonferenz aus der in Ostberlin erscheinenden Monatszeitschrift **„antiFA"** entnommen)



Hin und wieder ist die Rede von ihm. Dann erscheinen kurze Meldungen in der Presse, daß er noch immer in Syrien lebt. Gemeint ist Alois Brunner, einer der engsten Mitarbeiter von Adolf Eichmann. Dorthin hat er sich abgesetzt, um für seine Beteiligung an den Nazi-Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Er ist allerdings kein Einzelfall. Nach dem Krieg waren es tausende, die sich über die sog. „Rattenlinie", von hohen SS-Leuten noch vor dem offiziellen Ende der Nazi-Herrschaft vorbereitet, absetzten. Jetzt liegen gleich zwei Untersuchungen zu diesem überaus brisanten und wichtigen Thema vor, zu dem es bisher wenig seriöse Recherchen gibt.

Auf der Grundlage der Recherchen für einen Film entstand das Buch von Rena und Thomas Giefer. Ausgangspunkt ist das Jahr 1944, in dem immer mehr SS-Offiziere der tatsächlichen Entwicklung des Krieges gewahr wurden. Neben Versuchen, mit den USA zu einem Separatfrieden zu kommen, wurde noch im selben Jahr damit begonnen, Fluchtwege zu organisieren und Kapital und Vermögen ins Ausland zu schaffen.

Die Flucht von Nazi-Verbrechern wurde zudem nicht selten durch den Teil der USA-Regierung erleichtert, der sich das Wissen deutscher Militärs, Geheimdienstleute und Wissenschaftler (*Operation Paperclip*) in der aufziehenden Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zunutze zu machen gedachte.

Einzelne Kapitel geben Einblick in die Rolle, die Nazis wie Adolf Eichmann und Otto Skorzeny, dessen Organisation ODESSA wohl zu den bestorganisiertesten Nazi-Fluchthilfeorganisationen gehörte, spielten.

Schließlich gibt ein umfangreiches Interview Einblick in die Arbeit einer 1979 in den USA eingerichteten Spezialbehörde (OSI - *Office of Special Investigation*), die sich darum bemüht, in die USA geflohenen Nazi-Verbrechern die USA-Staatsangehörigkeit wieder abzuerkennen, um sie dann ausliefern zu können. Sie hat zudem großen Einfluß auf die Verhängung von Einreiseverboten; ein solches besteht nicht nur gegenüber dem österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim, sondern auch gegen den deutschen Bankier Herrmann Josef Abs.

Besonders dieser Teil des Buches macht es für diejenigen interessant, die bereits einiges über das Thema wissen. Auch als Einführung ist das Buch durchaus zu empfehlen, was nicht zuletzt daran liegt, daß es über weite Teile den Charakter einer Reportage hat. Schade nur, daß die verlegerische Sorgfalt nicht reichte, um auch die Druckfehler zu beseitigen.

Einen wichtigen Teilaspekt der „Rattenlinie", die im Buch von Rena und Thomas Giefer bereits auftaucht, hat Ernst Klee in seinem Buch „Persilscheine und falsche Pässe" dargestellt. In bekannt gründlicher Recherche werden die Aktivitäten der Kirchen nach 1945 dargestellt. Zu diesen gehört nicht nur das Ausstellen falscher Pässe, die Unterbringung in kirchlichen Einrichtungen und die Vermittlung wichtiger Kontakte, wie Klee am Beispiel der sog. „Rattenlinie" in den Kapiteln „Paß- und Fluchthilfe in Rom" und „Dankschreiben aus Bischof Hudals Archiv" überzeugend nachweist.

Auch bei in Deutschland internierten NS-Verbrechern ergriff die Kirche Partei. Selbst bei KZ-Schindern und Judenschlächtern fand sie noch Gesichtspunkte, die sie strafmildernd und entschuldigend in die öffentliche Debatte oder hinter den Kulissen einbrachte. Für Industrielle, die wegen ihrer Unterstützung für das NS-Regime zur Verantwortung gezogen werden sollten, setzten sich höchste kirchliche Würdenträger ein, so z.B. der damalige Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Kardinal Frings. Unzählige Beispiele belegen die dreisten Versuche hoher kirchlicher Würdenträger, den internierten Nazis so schnell wie möglich wieder zur Freiheit zu verhelfen. Dabei kam es bspw. auch zur Zusammenarbeit mit der „Stillen Hilfe", einer noch heute tätigen Hilfsorganisation von ehemaligen SS-Angehörigen.

Klees Bilanz, der Schlußfolgerung, daß „die deutschen Kirchen nach 1945 die effektivsten Helfer von NS-Verbrechern" waren, ist nichts hinzuzufügen. Bleibt zu hoffen, daß der vorliegenden Untersuchung weitere folgen werden, in denen über den rein dokumentarischen Charakter hinaus auch die Motive für das kirchliche Verhalten stärkere Berücksichtigung finden.

Rena Giefer/ Thomas Giefer
Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis
Frankfurt/Main 1991, Anton Hain

Ernst Klee
Persilscheine und falsche Pässe
Frankfurt/Main 1991,
Fischer-TB 10956

Kurdistan:

Neue Aktionen der Todesschwadronen

Nach den Wahlen in der Türkei hat sich eine neue Regierungskoalition gebildet. Demirel, Kandidat der rechtsliberalen Partei DYP und Altfaschist vom Putsch 1980, schloß zusammen mit den „Sozialdemokraten" von der SHP eine Regierungskoalition.

Die Wahlen wurden auf Wunsch aller großen Parteien vorgezogen, und so kam auch Turgut Özal, Vorsitzender der ehemaligen Regierungspartei ANAP dabei nicht zu kurz; er bleibt als Ministerpräsident im Amt. Ein Grund für die Vorverlegung der Wahlen waren sicher auch die zu erwartenden Gewinne der HEP-Partei in den kurdischen Wahlkreisen.

Die HEP-Partei wurde von kurdischen SHP-Abgeordneten als reformistische Alternative zur PKK gegründet, die in Kurdistan den bewaffneten Kampf führt. Doch immer mehr PKK-SympathisantInnen traten ihr bei und stellten in vielen Wahlkreisen eigene KandidatInnen auf. Durch die Vorverlegung der Wahlen konnte die HEP-Partei aufgrund des türkischen Parteiengesetzes die Wahlvoraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllen und gliederte sich der SHP an.

In Kurdistan wird diese große Koalition als „Kriegsregierung" bezeichnet, die den Terror gegen das kurdische Volk verschärfen und die Aufstände beenden soll.

Schon nach dem Putsch 1980 hat sich Demirel bei den anschließenden Verhaftungen, Folterungen und staatlichen Morden einen Namen gemacht, wurde dann aber bei der sogenannten „Demokratisierung" abserviert. Inzwischen scheint er dazu gelernt zu haben, denn die neue Regierung gibt sich gegenüber der Weltöffentlichkeit durchaus demokratisch und menschenfreundlich.

Doch während sogar ein „Ministerium zur Einhaltung der Menschenrechte" gebildet wurde, gab es im Parlament schon beim Eid auf die Verfassung Ärger. Leyla Zana und einige andere kurdische Abgeordnete der SHP verweigerten den Eid auf die kemalistische Verfassung und propagierten stattdessen die „geschwisterliche Solidarität zwischen dem kurdischen und türkischen Volk". Weiterhin kündigte Leyla Zana an, sie werde das Parlament verlassen und für ihr Volk kämpfen, wenn der Staatsterror nicht aufhöre.

Tatsächlich hat sich der Terror vor allem gegen die Menschrechtsvereine in Kurdistan auch nach den Wahlen verschärft. Außer Vedat Aydin starben nach Berichten der Menschenrechtsvereine mindestens 16 Menschen bei Terroranschlägen der „Kontraguerilla", Spezialeinheiten der türkischen Armee. So wurde z.B. in Batman, einer PKK-Hochburg, ein Bombenanschlag auf ein Vorstandsmitglied des dortigen Menschenrechtsvereins verübt. Der Mann überlebte, blieb aber auf einem Auge blind. Einen Monat später wurde sein Sohn Riza in eine Polizeistation verschleppt und schwer gefoltert. Rizas Vater fand ihn dann ebenfalls blind in einem Krankenhaus in Diyarbakir.

In Kulplice wurden die Frauen und Mädchen von den Spezialeinheiten auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und gezwungen, sich vor den Soldaten auszuziehen. Begleitet wurde dies mit dem Kommentar: „Nun seht mal, ob die PKK euch helfen kann".

In der Nähe von Diyarbakir wurde ein PKK-Lager mit Giftgas bombardiert. Als die Angehörigen sowie ein großer Demonstrationszug die Toten bergen wollten, wurde trotz einer Genehmigung das Feuer von den Spezialeinheiten und der regulären Armee eröffnet. Dabei kamen 16 Menschen ums Leben, darunter auch Kinder, und etwa 150 Menschen wurden verletzt. Die Spezialeinheiten unterstehen dem türkischen Militär und wurden teilweise von der deutschen GSG-9 ausgebildet. Nach dem Mord an Vedat Aydin fanden sich Hinweise, daß die Kontraguerilla im Rahmen des vom CIA gesteuerten „GLADIO" Projektes operiert.

Nachdem Griechenland die Unterstützung der PKK mit Geld und Waffen offiziell zugesagt hat, fürchten die Militärs vermehrt, im Kampf gegen die PKK zu unterliegen. Doch die Regierung in Ankara möchte den Anschluß an die EG 93 nicht verlieren und sieht durch die Aktionen des Militärs ihr demokratisches Image gefährdet. Außerdem hat es bei den Wahlen große Stimmengewinne für die islamischen Fundamentalisten gegeben, wodurch sich vielleicht erklärt, daß viele Terroranschläge der Spezialeinheiten auf die „Hizbullah" geschoben werden, eine fundamentalistisch-islamische Organisation. Diese dementiert jedoch die Anschläge.

Zur Zeit spielt sich in der Türkei ein Machtkampf zwischen der Regierung und dem Militär ab. Das geht soweit, daß Abge-



ordnete vom obersten General der Armee bedroht werden, wenn sie Aktionen der Spezialeinheiten an die Öffentlichkeit bringen.

Der türkischen Armee sitzt auch die NATO im Nacken. Die Bombardierungen von PKK-Stellungen und zivilen Dörfern über die irakische Grenze hinaus haben auch die Lieferungen von NVA Material im Wert von 1,5 Mrd. DM (!!!) an die Türkei in die Öffentlichkeit gebracht. Vermutlich könnten auch diverse illegale Materialverschiebungen, z.B. zur Herstellung von Giftgas ans Licht kommen, welches von der Türkei mehrmals bei der Bombardierung Kurdistans eingesetzt wurde.

Die BRD ist immer noch offizieller NATO-Partner der Türkei und versorgt die türkische Armee in diesem Rahmen mit Militärgütern und finanzieller Rüstungshilfe. Dabei ist die deutsche Regierung mehr als gewillt, beide Augen zu schließen und die „Demokratisierung" in der Türkei anzuerkennen. So wurde einem schon rechtskräftig anerkannten Flüchtling das Recht auf Asyl in diesem Monat wieder genommen, weil die Türkei nach Ansicht des Auswärtigen Amtes inzwischen ein demokratisches Land sei.

Währenddessen stößt die Armee dieses „demokratischen" Landes unverhüllte Drohungen gegen SympathiesantInnen des kurdischen Befreiungskampfes aus: Wenn sich die PKK nicht vom Kampf zurückziehe, werde man alle UnterstützerInnen in der Türkei und Europa zur Rechenschaft ziehen.

Die ersten Auswirkungen zeigen sich inzwischen auch in Deutschland: „Kurden raus!", „Tod allen Kurden!" war in türkischer Schrift in einem ganzen Stadtteil von Bremen an die Wände geschmiert. Unterschrieben waren sie mit „Türkisches Patriotisches Kommando". Und während politische KurdInnen in deutschen Asylverfahren und deutschen Gerichten als „Terroristen" diffamiert werden, unterstützt die deutsche Regierung weiterhin die Todesschwadrone in der Türkei.

Nach letzten Meldungen hat die türkische Regierung in den letzten Wochen ihre Angriffe gegen die kurdische Bevölkerung verstärkt fortgesetzt. Mehrmals wurden erneut kurdische Dörfer bzw. Städte mit Giftgas bombardiert. Nach türkischen Zeitungsberichten wurden dabei bisher ca. 500 Menschen getötet.

Flüchtlingslager in Diyarbakir

Dänemarks Nationalsozialistische Bewegung (DNSB) und der Dänische Verein (DDF)

Ausgerechnet Dänemarks Ausländer-"Ex und Hopp"-Bewegung, Den Danske Forening, fürchtet nunmehr einen internen Putsch von seiten der dänischen Nazis. Anhaltspunkte dafür sieht der erste Vorsitzende, Prof. Ole Hasselbalch, gegenüber der dänischen Zeitung „Ekstra Bladet" vom 5.9.91 darin, daß jetzt auch der ehemalige DNSB-Chef und „Reichsführer", Povl H. Riis Knudsen, nebst Adjutant Hendrik Olling versucht hat, in diese Vereinigung biederer Ausländerfeinde einzudringen.
Nach Vereinssatzung dürfen Nazis nicht aufgenommen werden, was Herrn Hasselbalch jedoch nicht daran hinderte, Jütlands Naziführer H. Olling säuberlich auf einer Karteikarte zu erfassen. Aber nun, von „Ekstra Bladet" darauf gestoßen, fliegt der natürlich raus. Die Namen zweier weiterer Top-Nazis, ebenfalls Mitglieder, mag er gegenüber der Zeitung nicht nennen. Glaubt man seinen Worten, so wurde „Den Danske Forening" seit Jahren von Riis Knudsens Leuten unterwandert. Wen wundert's?
DDF gruppierte sich ursprünglich um Pastor Soren Krarup aus Ribe, Chefideologe der dänischen „Ausländer raus"-Bewegung, dessen neurechte Sichtweise in der Zeitschrift des Nordischen Ringes e.V. (1-2/87), der „Nordischen Zukunft" (1. Vors. ist der Hamburger Anwalt und Neonazi Jürgen Rieger) wie folgt wiedergegeben ist:
„Es sind gerade die scheinbar edlen Motive, die den Vertretern der Asylanten solche Macht über Politiker, Parteien und Kirchen verleihen, daß sie sich über unser Recht und Gesetz hinwegsetzen, und sich jetzt schon wie eine Besatzungsmacht im fremdbesetzten Land aufführen. Sie haben zumindest Partei ergriffen - gegen die Dänen, gegen unser Volk. Und nun kommen sie und betteln, ums uns noch weiterhin terrorisieren zu können! Darum: Keinen Pfennig!"
In der Konsequenz unterscheidet sich Krarups Aussage nicht im geringsten von der der hitleristischen DNSB. Jedoch die Akzeptanz der dänischen Gesellschaft gegenüber dem Pastor läßt erschrecken. So leidet er auch keinen Mangel an Einladungen zu Vorträgen. Beim südschleswigschen Verein in Glücksburg äußerte sich Krarup am 22.4.89 dann auch sinngemäß:
„Aus meiner Sicht hätte man die Einwanderer Anfang der 70er Jahre nach Hause schicken sollen, als ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde. Aber man hat sie aus sog. humanitären Gründen hierbleiben lassen. Es wirkt für mich wenig human, Menschen mit verschiedenen Wesens- und Kulturansichten so zu verpflanzen."
Worin unterscheidet sich diese Auffassung noch von den dänischen Nationalsozialisten? Prof. Hasselbalch jedenfalls kann sicher sein, inhaltlich würde ein Putsch nichts verändern. Und personell? Auch hier ist vorgesorgt. Demokratische Vorstandswahlen gibt es im Verein nicht. Der Vorstand bestimmt sich aus dem Führungskader selbst und über die Mitglieder dahingehend, daß diese, nach Hasselbalch, nicht mündig genug sind, um bei etwaigen Vorstandswahlen zu verhindern, daß DNSB-Leute die Führung übernehmen.
Unterwanderung und Vereinsdiktatur waren für DDF-Landessekretär Flemming Hammerild Grund genug, dem Vorsitzenden den Krempel kurzerhand vor die Füße zu schmeißen. Gegenüber Journalisten äußerte er, Hasselbalch besitze eine Anleitung zum Bomben bauen.
Riis Knudsen, langjähriger Vorsitzender der Weltunion der Nationalsozialisten und Führer der Europäischen Bewegung, wird es nicht schwer haben, mit der DNSB innerhalb von DDF Kader zu bilden.
Die Ziele von Danmarks Nationalsocialistiske Bevaegelse sind in der deutschen Ausgabe von „Notre Europe", „Unser Europa" vom Juli 1984 (Herausgeber ist die ANS/Paris) wie folgt formuliert:
„Mit Kontakten zu Basis-Bewegungen, Infiltration der Friedens- und Umweltschutzbewegung ... will DNSB-Leiter Kamerad Knudsen die dänische NS-Bewegung voranbringen, ... Dabei führt diese Taktik keinesfalls zur Abkehr von den Grundsätzen. Eindeutig bekannte sich Kamerad Knudsen zum Ziel der DNSB, die Gedanken Adolf Hitlers weiterzuführen, ..."
Die DNSB, hervorgegangen aus der DNSU (Danmarks Nationalsocialistiske Ungdom (Jugend) - Söhne ehemaliger dänischer Alt-Nazis und SS-Männer -, wurde von Riis Knudsen 1984 gegründet und am 5.11.1990 offiziell aufgelöst. Im internen Mitteilungsblatt „Kamptegnet" (Kampfzeichen = Hakenkreuz) aus 3/90 (letzte Ausgabe) werden Rücktrittsersuchen mehrerer Vorstandsmitglieder, desolate Arbeitshaltung und Geldmangel als ausschlaggebende Gründe angegeben, dem einzig anwesenden Vollmitglied zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung zu stellen. Laut Protokoll geschah dies unter Protest der nicht stimmberechtigten Aktivisten.
Tatsache ist, daß der damalige Organisationssekretär Jörgen Nielsen verurteilt wurde, dem Journalisten Bent Henius 15000 Kronen Schadensersatz und dem Gericht 12000 Kronen Prozeßkosten zu zahlen, da Henius durch Nielsen beleidigt wurde. Nielsen hatte in Anspielung auf die jüdische Herkunft über dessen verstorbenen Vater geäußert, dieser würde das Grundwasser

des Kirchhofs mit seiner Asche verunreinigen. Da Nielsen selbst nicht zahlungsfähig ist, eine Haftstrafe wurde ihm zusätzlich auferlegt, hätte die DNSB zahlen müssen. Diese existiert nun nicht mehr und so konnte Riis Knudsen Henius' Anwalt kurzerhand mitteilen „Kein Geld!" Doch damit war der Schachzug nicht beendet.

Die DNSB ist tot. - Es lebe die DNSB. Neu ist jetzt „Danmarks Nationalsocialistiske Bevaegelse af 1.1.1991".

Waren laut Satzung alter DNSB die Rechte der Mitglieder noch nach dem Vorbild der NSDAP geregelt, so hat die DNSB vom 1.1.1991 klare Verhältnisse geschaffen. Es wäre müßig, hier im einzelnen darauf einzugehen. Der Vorstand, einmal bei Gründung gewählt, hat das absolute Sagen. Selbst die eigene Wiederwahl geschieht durch den Vorstand selbst und dieser setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden Jonni Hansen, dem Kassierer Henrik Asferg und dem Führungsmitglied Espen Kristensen.

Hansen wiederum war 1987 Mitglied (Nr. 27) der DDF und wurde 1989 wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen. Hansen beteuert, daß die neue DNSB nichts mehr mit Riis Knudsen zu tun habe, dieser aber als Gastredner jederzeit willkommen sei. Die neue DNSB sei nur für Seeländer offen. Sicher hat er nicht bemerkt, daß sein Kassierer auf Jütland in Randers ansässig ist.

Povl H. Riis Knudsen wird sich auch in Zukunft nicht über Arbeitsmangel beklagen können. Er wird weiterhin der Kopf der dänischen Bewegung bleiben und als Inhaber des Norland Forlags/Aalborg sind besonders deutsche Neonazis auf ihn angewiesen. Neben Thies Christophersens „Bauernschaft" über NSDAP/AO-Pamphlete bis hin zu Riegers „Rasseschriften" druckt und vertreibt er fast alles, was in der BRD teilweise oder ganz verboten ist.

Neuerdings ist er Kontaktanschrift für Revisionistenfreunde und Wunsiedelmarschierer in Dänemark. Nicht verwunderlich, Knudsen, Ziehkind von Christophersen, mit besten Kontakten zur internationalen Naziszene, war Mann der ersten Stunde und versorgte bereits in den siebziger Jahren die norddeutschen Neonazis mit Propagandamaterial.

Nur damit?

Rosa Weiß





Die neuen Führer der neuen DNSB Espen Rohde Kristensen, Henrik Asferg Kristensen & Jonni Hansen

Nazi-Terror in Schweden

Rassistische Mordanschläge und Bombenterror sind Bestandteile des schwedischen Alltags im ausgehenden Jahr 1991. Ein Toter und vier Verletzte sind die Opfer eines Rassisten, der seit August 1991 Jagd auf EinwanderInnen macht. Dabei benutzt er ein Gewehr mit einer Laserzieleinrichtung, die äußerst treffsicheres Zielen bei Tag und Nacht erlaubt. Vier seiner Opfer überlebten schwer verletzt, am 8. November wurde der iranische Flüchtling Jimmy Ranjbar durch Kopfschuß ermordet. Möglicherweise dient dem rassistischen Mörder ein in der schwedischen Nazi-Szene verbreitetes Buch mit dem Titel „Der Jäger" als Vorbild. Es handelt vom Krieg eines Mannes gegen Juden und Schwarze und gibt konkrete Anleitungen.

Seit mehreren Wochen versetzen zudem Bombendrohungen Schweden in Aufruhr. Und es bleibt nicht nur bei Drohungen. Am 30. Dezember explodierte im Stockholmer Hauptbahnhof eine Bombe, bei der lediglich aufgrund der Vorwarnung nur ein Mensch verletzt wurde. Spätestens die jüngsten Ereignisse haben einer breiteren Öffentlichkeit in Schweden deutlich gemacht, daß auch dort eine zu terroristischen Aktivitäten fähige und bereite Nazi-Szene existiert.

Ziel der Anschläge und Drohungen ist es, der Forderung nach Freilassung von Klas Lund Nachdruck zu verleihen. Dieser wurde am 9. August 1991 mit drei weiteren Neonazis nach mehrmonatiger Fahndung durch die schwedische Polizei festgenommen. In der in Nordschweden gelegenen Hütte, in der Lund Unterschlupf gefunden hatte, wurde auch Geld von einem im Juli in der Nähe begangenen Bankraub gefunden. Lund ist zudem wegen Waffendiebstahl bei der schwedischen Polizei, bei dem im April 36 neue Sig-Sauer Polizeipistolen gestohlen wurden, zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Die Organisation „Vitt Arisk Motstand" (VAM) (Weißer arischer Widerstand), an deren Spitze er steht, gilt als gewalttätigste Nazi-Gruppierung in Schweden und hat ihr Vorbild in der SA-Gruppierung WAR (White Aryan Resistance). In der VAM-Zeitschrift *Storm* wird der Kampf gegen Immigranten, Juden, Schwarze und Homosexuelle propagiert.

VAM, die sich selbst als „nationalsozialistisch" bezeichnet, ist jedoch nicht die einzige faschistische bzw. rassistische Organisation in Schweden, die Terror verbreitet. Auch die Nordische Reichspartei (NRP) gehört dazu. Ihr früherer Anführer, Staffan Winlöf, sitzt wegen Gewalttaten im Knast. In dieser Organisation war bis 1988 auch Helena Larsson aktiv, bevor er die Gruppe *Sveriges Framtid* (Schwedens Zukunft) gründete.

Ebenfalls aus der NRP kommt Anders Klarström, der Vorsitzender der zu Zeit bedeutendsten faschistischen Organisation, der „Schwedischen Demokraten" (SD), ist. Die Partei fordert u.a. einen sofortigen Einwanderungsstop und die Wiedereinführung der Todesstrafe und rechnet mit dem Einzug in Kommunalparlamente.

(Dieser Artikel entstand auf der Grundlage aktueller Pressemeldungen und von Berichten in der internationalen antifaschistischen Monatszeitschrift *Searchlight*.)

Zur autonomen Organisationsdebatte:

Welches Schweinderl hätten´s denn gerne? Ich glaube ich nehme Antifa!

Die Autonomen diskutieren wieder - jedenfalls könnte man das der Flut von Papieren, die seit einigen Wochen die linksradikalen Publikationen überschwemmt, entnehmen. „Organisation der radikalen Linken, anhand Antifa-Politik". Wer hätte das gedacht? Aber immerhin ist der Antifa-Bereich mittlerweile ja der letzte Bereich, in dem tatsächlich noch in beachtenswertem Maßstab autonome Politik praktiziert wird.

Ohne Zweifel: die linksradikale/autonome Restbewegung muß sich organisieren, will sie sich weiter mit nennenswerten Ergebnissen auch gegen die stärker werdende Repression durch den Staatsapparat behaupten. Sie muß sich organisieren, will sie ihre Ideen in größeren Teilen der Bevölkerung verbreiten, will sie den Boykott der mehr oder weniger gleichschaltenden Medienlandschaft durchbrechen. Sie muß sich auch organisieren, wenn sie überhaupt wieder breitere Diskussionen, auch untereinander, über die Zukunft antifaschistischer Arbeit initiieren will.

Tatsächlich lebt die Antifa-Bewegung im Moment davon, daß viele Einzelpersonen aus aktueller Betroffenheit, und Mangels Alternativen, bereit sind, Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen mit antifaschistischem Hintergrund zu besuchen. Tatsächlich dominieren diese Einzelpersonen die Szenerie. Dies wurde sicherlich deutlich anhand verschiedener Großdemonstrationen des letzten Jahres. In Bayreuth (wir berichteten von der Antifaschistischen Gegendemonstration zum Geburtstag von Rudolf Hess) waren z.B. kaum mehr als 5 organisierte Zusammenhänge von mehr als 10 Personen erschienen. Wo es vor Jahren noch möglich war, eine Großdemonstration zu stabilisieren, indem sich organisierte Gruppen mit Erfahrung und Verantwortung in ihr verteilten, und eigenverantwortlich die Demos mitzubestimmen, und wo es noch möglich war, diese Gruppen per Plenum zu koordinieren, befand sich lediglich eine große Masse von Einzelpersonen, die ohne Plan und Ziel durch die Gegend wankten.

Aber auch die politische Arbeit spiegelt die Verfassung der Antifa-Bewegung wieder: Außer in ein paar Städten, in denen noch relativ gut funktionierende Zusammenhänge bestehen, gibt es kaum noch koordinierte Antifa-Arbeit. An der Arbeit dieser Zusammenhänge orientieren sich denn auch mehr oder weniger die im Land verstreuten Kleingruppen. Die Antifa-Bewegung wird also politisch und programmatisch im Grunde genommen von nur einer Hand von Gruppen ausgemacht. Sie ist hauptsächlich bestimmt durch den Kampf gegen Nazi-Organisationen. Das bedeutet über faschistische Organisationen und Aktivisten zu recherchieren, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, sie gesellschaftlich so gut es geht zu isolieren und, wo möglich, zu attackieren. (Mehr und mehr aber auch in der Unterstützung von Flüchtlingskämpfen.)

Diese Politik beruht meines Wissens nach im Grunde genommen immer noch auf Diskussionen der frühen 80-er. Diskussionen die jedoch auch nicht von einer breiten Bewegung, sondern von einigen Wenigen geführt wurden. Allein die Tatsache, daß schon damals ein nicht zu unterschätzender Teil der in die antifaschistischen Arbeit involvierten Menschen, solche Diskussionen kaum wahrnahm ist bedenklich. Daß die Antifa-Bewegung der späteren Jahre sich im Grunde genommen damit zufrieden gab, „daß da ja mal Diskussionen geführt, und Grundlagen gefunden" worden sind, schon beinahe erschreckend. Die Analysen dieser Diskussionen kann man grob zusammenfassen:

Die BRD steht in der Kontinuität des Faschismus. Die tragenden Säulen der Nazi Gesellschaft wurden übernommen.
Faschismus ist nicht an der konkreten Herrschaftsform, sondern an den Staatszielen festzumachen.
Antifaschismus ist also immer gegen die hauptsächlichen Staatsziele gerichtet. Er muß antiimperialistisch sein.
Nazi-Organisationen werden von den Herrschenden nicht nur geduldet, sondern auch gefördert, da sie sowohl als Mittel gegen den linken Widerstand dienen, als auch gesellschaftliche Aufgaben übernehmen (heute als Vorreiter einer äußerst repressiven Flüchtlingspolitik)
Faschismus ist integraler Bestandteil der westeuropäischen Demokratien.

Diese Ausgangspunkte sind grundsätzlich nach wie vor richtig. Ich will mich aber hier einmal mit ihren Schattenseiten beschäftigen. Jede Kampfetappe, sei es der Kampf für die politischen Gefangenen, die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen des Trikonts, die Anti-IWF Kampagne (um nur einige zu nennen) ist damit Bestandteil des antifaschistischen Kampfes. Besonderheiten des antifaschistischen Kampfes waren damit in den 80-ern vor allem die direkte, nachvollziehbare Militanz, eine teilweise offene Haltung gegenüber Bündnissen mit Gewerkschaften und dem DKP-Spektrum und die Tatsache, daß regelmäßig, nämlich zumindest zu jedem Wahlkampf, die Faschisten Schauplätze für unsere Aktionen stellten. Das ging so weit, daß in ländlichen Gegenden regelmäßig **nur** durch die immer wiederkehrenden Nazi Veranstaltungen die Antifa-Bewegung mobilisiert wurde. Immerhin reichte diese Regelmäßigkeit aus, eine gewisse Kontinuität unserer Arbeit hervorzubringen.

Neben diesen Besonderheiten teilte die Antifa-Bewegung das Schicksal der übrigen autonomen Kampagnen: inhaltliche Debatten wurden „aufgeschoben ist nicht aufgehoben". Diese Debatten schienen ja im Grunde auch gar nicht nötig. Die Komplexität der Themenbereiche garantierte, daß irgendeine Begründung die jeweilige Kampagne schon inhaltlich füllen würde. Über spezielle Probleme des antifaschistischen Kampfes wurden Auseinandersetzungen, wenn überhaupt, anhand von Bündnisdiskussionen geführt. So zum Beispiel die Diskussion über die „Verbotsforderung[1].

Dagegen spielten Themen wie der Faschismusbegriff, die Situation in anderen europäischen Ländern, Antisemitismus in der Antifa-Bewegung kaum eine Rolle. Andererseits spielte sich das selbe in anderen Politikbereichen ab. Daß uns vor zwei Jahren, mit der Mauer ein ganzer Berg von ideologischen Fragen vor die Füße fiel, haben wir einzig und allein unserer Angst vor „Unklarheiten", vor der Zerstörung unseres bequem unkomplizierten Weltbildes zu verdanken.

Damit erklären sich einige unserer heutigen Probleme. Die reformerische, staatstragende Antifa-Bewegung aus dem DKP/VVN Spektrum, die sich immer wieder an den Staat und seine Organe wandte, endlich gegen die Faschisten vorzugehen, ist als er-

ste Opfer dieser Probleme geworden. Seit der Auflösung der DDR hat sie ihre eigentliche Aufgabe verloren. Das schlechte Gewissen will heute auch die liberale Öffentlichkeit nicht mehr vorgehalten bekommen. An die Politiker und Medien die Forderungen „Kein neues 33" und „33 kam nicht über Nacht" zu richten, während diese sich der Auswirkungen ihres rassistischen „Asyl-" und „Ausländergesetzes" erfreuen, ist Blödsinn. Aber auch der autonome Antifaschismus ist insofern Bankrott. Wenn der Faschismus den westlichen Demokratien und der imperialistischen Politik immanent ist - ist er wirklich erst in den paar Monaten nach der Übernahme der DDR dort „entfacht" worden? Außerdem läßt die Teilnahme an Antifa-Aktionen in dem Maße nach, in dem Rassismus und faschistische Übergriffe alltäglich werden. Ja - in der Zeit in der wir die Faschisten klein halten konnten, war das noch einfach. Jetzt schwappt langsam von Osten her (und in der eigenen Umgebung) etwas auf uns zu, was vielen denn doch zu gewaltig erscheint. Außerdem ist es auch schwierig einen permanenten Kleinkrieg mit Faschisten politisch zu nutzen.

Die Folge daraus ist ein Bedürfnis nach Stärke. Und wenn wir die Stärke nicht aus der Masse schöpfen können, müssen wir sie eben erreichen, indem wir wenigen übriggebliebenen uns zusammenschließen.

In diesem Zusammenhang begreife ich zunächst auch das Bedürfnis vieler nach Organisierung. Wie oben schon gesagt - ich teile dieses Bedürfnis. Die Frage ist nur wie. Der Versuch die radikale oder nennt sie autonome Linke anhand Antifa-Politik zu organisieren birgt einen Vorteil: im Bereich Antifa haben wir noch eine gewisse Stärke. Der Nachteil dagegen wäre eine Wiederholung der selben Fehler wie vor zehn Jahren. Wir müssen genau wissen, warum wir Antifa-Arbeit betreiben. Und wir müssen genau wissen was an unserer Arbeit, sei es Antifa oder andere, revolutionär ist. Ich sage es hier ganz klar: Ich glaube nicht, das antifaschistische Arbeit aus sich heraus revolutionär ist, mag sie auch noch so militant sein. Antifaschistische Arbeit hat heute mehr denn je den Charakter von defensiver Verteidigung. Wir müssen den Vormarsch reaktionärer Stimmungen und Politik stoppen. Wir müssen Angriffe abwehren und möglichst breit Bündnispartner suchen. Revolutionäre Ansätze müssen wir dabei so gut wie möglich einarbeiten. Allerdings kann das kein Ersatz dafür sein, losgelöst vom Bereich Antifa, nach Kampfbereichen zu suchen, in denen wir trotz alledem in die Offensive kommen können. Die Hauptwidersprüche des Kapitalismus im imperialistischen Stadium sind nunmal nicht die , mit denen wir unmittelbar im Antifa-Bereich konfrontiert sind. Hauptwidersprüche bleiben nach wie vor Arbeit und die Auspressung der Menschen in den rohstoffexportierenden Ländern. Hauptwiderspruch ist der Widerspruch zwischen lebenswertem Leben für alle und den Ausbeutungsstrategien der Herrschenden, von der „neuen Weltordnung" bis zur allgegenwärtigen Unterdrückung der Frauen, die die rassistische Diskriminierung noch potenziert.

Eine Organisierung von Antifa-Arbeit kann also nur sinnvoll sein, wenn sie auf einem Verständnis aufbaut, welches davon ausgeht, daß diese Organisierung nur einen Teilbereich, und zwar einen Nebenschauplatz umfasst. Dieser Nebenschauplatz ist zwar im Moment unglaublich wichtig, trotzden stellt er nicht den Dreh- und Angelpunkt revolutionärer Politik dar, und muß auch so behandelt werden. Alles andere, nämlich das Beharren auf der revolutionären Organisation anhand Antifa, stellt nur die Wahllosigkeit dar, mit der heute oft vorgegangen wird. Es ist egal, welches Feld man sich sucht - Hauptsache es verspricht einige Aufmerksamkeit von außen. Ob Antifa oder IWF - hauptsache wir sind viele und fühlen uns gut!

Das war die erste Hälfte des „wie". Die zweite Hälfte meiner Bedenken gegenüber der mir zugänglichen Stellungnahmen zur „antifaschistischen Organisation" ist eher technischer Natur. Ich erinnere mich genau an Autonomentreffen nach den „großen" Demonstrationen in Berlin und Krefeld anfang der 80-er. Damals gab es Organisationsvorschläge, die ähnlich gelagert waren wie die heute. Die Voraussetzungen waren dieselben: Gut funktionierende Zusammenhänge (allerdings alles etwas größer als heute) in einigen Städten. Ansonsten kleine Gruppen, die sich mehr oder weniger daran orientierten. Aber auch schon damals gab es dieselbe Kritik wie heute: „Wenn sich nicht Zusammenhänge an der Basis herausbilden, also in den Städten und Dörfern entwickeln, die sich, sobald sie einigermaßen groß und stabil geworden sind, miteinander verknüpfen, wird nur eine Organisation von oben erfolgen". Es ist auch heute so. Die beteiligten Zusammenhänge können natürlich relativ fundiert und aus einer Diskussion heraus ihre Positionen vertreten. Wahrscheinlich könnten sie sogar eine bestimmte Beteiligung an einer Organisierung garantieren. In der größten Anzahl von Städten jedoch bestehen solche Strukturen nicht. Fährt der Autonome X (meistens sind es ja auch Typen) also zu einem „Organisierungstreffen" (Plenum) spricht er - wie oft erlebt - für seine Stadt. Tatsächlich hat dies aber nichts zu bedeuten. Was kann er gewährleisten - kann er überhaupt die Diskussion weitergeben? Wie soll so eine Organisierung gewährleistet werden?

Organisierung kann nur zwischen funktionierenden Zusammenhängen entstehen. Zusammenhänge, die eigenständig entstanden sind, eigenständig vernünftige Arbeit leisten und gemerkt haben, daß es in ihrem Interesse ist, ihnen etwas nützt, sich mit anderen Zusammenhängen zu vernetzen. Solche Zusammenhänge sind einschätzbar, da sie ihre geleistete Arbeit darstellen können, und geben eine gewisse Garantie für Kontinuität. Nur in einem solchen Rahmen wird sich auch eine zielgerichtete Diskussion entwickeln lassen.

Ich fasse also zusammen: Organisierung kann sich nur zwischen selbstständigen, kontinuierlichen Zusammenhängen entwikkeln. Nur wenn solche Zusammenhänge in, in Bezug auf die Gesamtfläche, genügend großer Anzahl vorhanden sind, können sie eine Struktur bilden, die auch weniger gut strukturierten Gruppen Halt geben kann.

Damit rückt das in der Organisationsdebatte angestrebte Ziel zunächst in größere Ferne. Ins Auge gefasst werden könnte lediglich eine verschärfte Zusammenarbeit der bestehenden größeren Zusamenhänge, auf einer rein antifaschistischen Ebene. Sinnvoll könnte auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen antifaschistischen Zeitungen sein. Alles weitere später. Grundsätzlich jedoch müssen unsere Kräfte erst mal dazu verwandt werden, vor Ort, und in möglichst vielen Orten, eigenständige Antifa-Strukturen zu errichten. Wenn das im Moment schwierig zu sein scheint, so müssen wir uns Gedanken über unsere Inhalte machen. Nur durch inhaltliche Fortschritte werden wir in der Lage sein, mehr Leute kontinuierlich in unsere Arbeit einzubinden. Mit Plattheiten werden wir allerdings niemanden dazu bewegen, sich zu engagieren.

Alles in allem ein langer Weg. Kürzer allerdings, als die Umwege über die verschlungenen Pfade der Vernetzung von Phantombewegungen. Für die Gruppen, die jetzt schon recht gut strukturiert sind, mag dieser Vorschlag allerdings eine Gefahr in sich bergen: mit der Diskussion über unsere Inhalte könnte sich natürlich so manch eine/r aus dem Staub machen, der/die nur durch die Unklarheiten noch dabei war. Für die anderen gilt nach wie vor:

„Im Vertrauen auf die eigene Kraft Berge versetzen"

- allerdingens nur mit der eigenen.

Fantomas

[1] vgl. :17Grad Celsius, Zeitung für den Rest, No.2, 1991;

[2] vgl. den Reader:"Was ist revolutionärer Antifaschismus?", bei starkem Interesse kann über die atze eine Kopie besorgt werden.

ACHTUNG - ATZE-Sonderausgabe - ACHTUNG - ATZE-Sonderausgabe - ACHTUNG

Mitte Februar 1992 erscheint eine Sonderausgabe der ATZE mit dem Schwerpunkt Asyl- und Flüchtlingspolitik. Dieses Thema wird im kommenden Wahlkampf eine gewichtige Rolle spielen. Das Heft soll ein antirassistisches Eingreifen erleichtern. Es kann auf Büchertischen oder bei Veranstaltungen verkauft werden.

Aus dem Inhalt:

- Der Kampf der Norderstedter Flüchtlinge gegen die herrschende Asylpolitik und für ein Bleiberecht
- Sozialdemokratische Asyl- und Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein
- Internationale Normen und Gesetze (Genfer Flüchtlingskonvention, Hohes Flüchtlingskommissariat)
- Festung Europa und das Schengener Abkommen
- Fluchtursachen am Beispiel Ghanas
- Staatliche Flüchtlingspolitik - wem nützt sie?
- Rassismus über alles! Zum Programm der DVU

Die Sonderausgabe der ATZE erscheint in Zusammenarbeit mit der *Landesarbeitsgruppe Ausländerpolitik der Volksfront.*

Wer Interesse am Verkauf der ATZE in seinem/ihrem Ort hat, möge sich bitte an die Redaktionsadresse wenden.

Andere über uns ...

"Atze" - antifaschistische Zeitung aus Kiel

***Atze* steht für "antifaschistische Zeitung" und wird seit einiger Zeit von der Antifa-Bewegung in Kiel herausgegeben. Sie ist aber keineswegs nur für Antifaschisten aus Kiel interessant, sondern bietet in qualitativ guter Aufmachung Informationen und Einschätzungen aus der gesamten Bundesrepublik.**

Die neuste Ausgabe (Nr.13, Oktober bis Dezember 1991) beinhaltet eine Vielzahl von Themen, von der Asylpolitik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung über Antisemitismus in der (ehemaligen) Sowjetunion und Gewalt gegen Schwule bis hin zu einem Artikel über das Buch "Nicht ohne meine Tochter". Abgerundet wird das ganze mit Berichten über Antifa-Aktivitäten in Kiel und anderswo.

Auch Erfolge und Fehler der Bewegung gegen den Naziterror werden in *Atze* diskutiert. So wird z.B. im Artikel über die Demo in Wunsiedel bzw. Bayreuth am 17.8.91 die bisherige Weigerung der Autonomen, ein breites Bündnis bis hin zu sozial-demokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen zu bilden, selbstkritisch analysiert. Ideen, die bisher zur "Grundausstattung" der Autonomen gehörten, werden in Frage gestellt:

"Auch die politische Bedeutung von Bündnissen wurde und wird in diesen Teilen des Spektrums (autonomer Gruppen) offensichtlich falsch eingeschätzt. Dieser Staat und seine Organe hat ... keine Probleme, ein paar tausend Autonome in Schach zu halten." (*Atze* Nr. 13, S.11)

Diese Diskussionen bieten gute Ansätze und lassen hoffen, daß die Antifa-Bewegung erkennt, wie wichtig es ist, ein breites Bündnis mit Massenbeteiligung aufzubauen.

Atze ist eine lesenswerte Zeitschrift, die ein Beispiel für die gesamte Antifa-Bewegung sein könnte. Sie kostet 2 DM plus Portogebühr und ist zu beziehen bei

Atze
Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstr. 6
2300 Kiel

Joachim Ladwig

Aus: "Klassenkampf", Zeitung der SAG, Nr. 101, 1/1992

2,-DM

Kongreß zur Flüchtlingspolitik

des Kieler Bündnisses gegen Rassismus und Abschiebung am 8./9. Februar in der Pumpe

Programm:

Sa, 10.00 Eröffnung
- Begrüßung durch die Veranstalter und Vorstellung von Fragestellungen und Zielen des Kongresses
- Einführungsreferat zu Fluchtbewegungen und Fluchtursachen weltweit, Referentin: Britta Jünemann, Flüchtlingsrat NRW
- Bericht über die Lebenssituation von Flüchtlingen in der BRD von einem Flüchtling aus der Norderstedter Shalomgemeinde

Sa, 14.00 Arbeitsgruppen mit Referaten zu Einzelaspekten

I. Flucht und Fluchtursachen, Leitung: Britta Jünemann,
Berichte von Flüchtlingen aus
- Zaire (mit Videoausschnitten)
- Kurdistan (mit Videofilm)
- China

Welche Rolle spielen die Industrienationen?

II. Asyl-, Fremden- und Flüchtlingsrecht in Europa,
Leitung: Franz Scheurer, Thomas Jung
- Grundlagen und Praxis des deutschen Asyl- und Ausländerrechts
- Asyl- und Flüchtlingsrecht in Europa im Überblick
- Auswirkungen der geplanten Freizügigkeit in der EG 93

Wie wird das zukünftige Asyl- und Flüchtlingsrecht aussehen?

III. Möglichkeiten und Probleme nichtstaatlicher Flüchtlingshilfe, Leitung: Lilli Riedwyll, Lotti Stolz, Asyl-Koordination Schweiz
- Das private Netzwerk von Unterkünften für abgelehnte Asylbewerber in der Schweiz
- Beispiele aus den USA
- Die Kirchen zwischen christlichem Anspruch und staatlichem Druck

Welche konkrete Unterstützung können wir leisten?

IV. Rassismus, seine Geschichte und politische Funktion,
Leitung: Klaus F. Geiger, Henning Melber, GSH Kassel
- Historische Wurzeln des Rassismus in Europa
- Die politische Funktion des Rassismus heute
- Die soziologische Theorie von austauschbaren Randgruppen

Welche Gründe führen heute zu Rassismus? Welche Ausdrucksformen findet er im Alltag? (auch in unserem?)

Sa, 20.00 Deutsch-Türkisches Fest (Abschlußfest der Veranstaltungsreihe „Zwischen den Kulturen - Iki Kültür arasinda" vom 17.11.91 bis 8.2.92)

So, 10.00 - 14.00 Zusammenfassendes Plenum
- Berichte aus den 4 Arbeitsgruppen
- Diskussion
- Verabschiedung von Thesen zur Flüchtlingspolitik als Richtschnur für die weitere praktische Arbeit

Der Kongreß findet in deutscher Sprache statt. Wir bemühen uns für die Diskussion in möglichst vielen Arbeitsgruppen Übersetzungen in Englisch, Türkisch, Französisch und Persisch zu organisieren.

Das Kieler Bündnis gegen Rassismus hat zur Zeit zwei Arbeitsgruppen:

- Öffentlichkeitsarbeitsgruppe, jeden Montag, 19.00, Schweffelstr. 6/ Hof
- Asylgruppe, jeden Mittwoch, 19.00, Deutsch-Türkisches Volkshaus, Kaiserstr. 92
- Das Plenum des Bündnisses trifft sich zur Zeit jeden Dienstag, 20.00, im Deutsch-Türkischen Volkshaus, Kiel-Gaarden.

Spendenkonto für die weitere Flüchtlingsarbeit: S. Petersen, Kto-Nr. 475383-204, PGA Hamburg 20010020, **Stichwort „Asyl"**